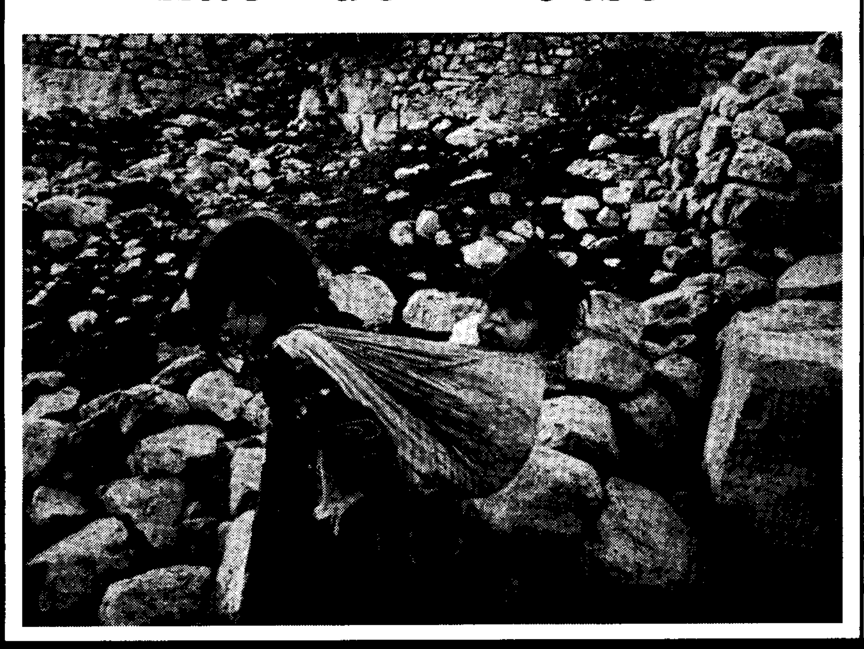


Türkei — 5 Jahre nach dem Putsch



NACHRICHTEN UND BERICHTE:

Themenblock:

Außerdem:

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Uwe Göde, Christine Grieshaber, Daniela Heuberger, Hans-Martin Holub, Peter Hübner, Christa Kernbichl, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Rainer Luick, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Alexander Spermann, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641) 7 70 53

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 130:
26. November 1985

Anzeigenschluß für Nr. 130:
3. Dezember 1985

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Ist das Apartheid-Regime am Ende?

Seit mehr als drei Monaten gilt in 36 von 256 Gerichtsbezirken Südafrikas der Ausnahmezustand. Zuletzt hatte die weiße Minderheitsregierung vor 25 Jahren zu diesem Mittel gegriffen, um Unruhen in den schwarzen Townships unter Kontrolle zu bekommen. Die Bestimmungen des Ausnahmerechts richten sich vor allem gegen die verschiedenen Organisationen des schwarzen Widerstandes. Sie sollen zerschlagen werden, um die Revolte der Schwarzen im Keime zu ersticken.

Obwohl der Widerstand in sich gespalten ist, hat er heute verglichen mit früher, eine neue Qualität erlangt, die es dem Staat kaum noch ermöglichen wird, ihn zu unterdrücken. Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Apartheidsystems dürften jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch verfrüht sein.

Der Ausnahmezustand

Der Ausnahmezustand betrifft vor allem die Gebiete um Johannesburg und Port Elizabeth. Mehr als fünf der insgesamt 24 Millionen Schwarzen leben in diesen Gebieten, die zu den wichtigen Industriezentren Südafrikas zählen.

Die Bestimmungen des Ausnahmerechts räumen den Sicherheitskräften weitgehende Sondervollmachten ein, sie geben ihnen faktisch freie Hand.

Die wichtigsten Bestimmungen:

— Jeder Polizist, Soldat, Bahnpolizist oder Gefängnisaufseher kann zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung ohne Haftbefehl Verhaftungen vornehmen.

— Verdächtige können ohne Angaben von Gründen bis zu zwei Wochen (inzwischen unbegrenzt) festgehalten werden.

Darüberhinaus dürfen die Sicherheitskräfte Gebäude schließen, bestimmte Gebiete sperren, Ausgangssperren anordnen, sowie die Presse zensieren.

Kein Angehöriger der Sicherheitskräfte kann für Handlungen im Rahmen seines Dienstes vor einem Gericht zur Rechenschaft gezogen werden, sofern er in gutem Glauben gehandelt hat. Um die Bestimmungen des Ausnahmerechts durchzusetzen, hat die südafrikanische Regierung mehr als 47.000 Polizisten und Militärs aufgeboten.

In den ersten Tagen des Ausnahmezustandes wurden die führenden Aktivisten der verschiedenen Organisationen des Widerstandes (UDF, AZAPO, COSAS und viele andere) systematisch an Hand

vorbereiteter Listen verhaftet. Inzwischen wurden mehr als 2.000 Personen verhaftet, von denen allerdings ungefähr 1.000 wieder entlassen wurden.

Nahezu ein Viertel der Verhafteten sind Mitglied von COSAS (Congress of South African Students). Diese Organisation war die treibende Kraft hinter den seit Anfang 84 laufenden Schulboykottaktionen. Ziel dieser Boykottaktionen ist die Durchsetzung der Forderungen nach demokratisch aufgebauten Schülervertretungen sowie besseren Ausbildungsmöglichkeiten. Dazu kamen aber bald auch allgemeine, gegen das Apartheidsystem gerichtete Forderungen. Ende August wurde COSAS gebannt; der Schülerkongress ist somit die erste Organisation, die nach 1977 gebannt wurde.

Auch Beerdigungsfeierlichkeiten, die in den Monaten vor Verhängung des Ausnahmezustandes zu ständigen Manifestationen des schwarzen Widerstandes geworden waren, sind nun streng reglementiert:

— bei Grabreden darf nicht über Politik geredet werden;
— der Leichnam darf nur mit einem Leichenwagen zum Friedhof gebracht werden;
— alle Trauergäste müssen ausschließlich mit Fahrzeugen befördert werden;
— während der Begräbnisfeier dürfen keine Plakate oder Flugblätter mitgeführt oder verteilt werden.

Insgesamt hat sich für die Ausnahmegebiete jedoch nur wenig geändert, da die Sicherheitskräfte auch ohne Ausnahmerecht weitgehende Vollmachten haben. Viele Bestimmungen des Ausnahmerechts von 1960 sind in der Zwischenzeit Bestandteil des normalen Rechts geworden. So hatte die Regierung die Versammlungen verschiedener Organisationen wiederholt untersagt. Im April verbot sie in 18 Distrikten alle Versammlungen in denen Arbeitsniederlegungen diskutiert werden sollten, die Versammlungen von 29 Organisationen aus dem UDF-Spektrum wurden generell verboten. Dieses Verbot wurde noch vor dem Ausnahmezustand auf 30 Distrikte und 40 weitere Organisationen (jetzt auch AZAPO) ausgedehnt. Seit 1976 sind ohnehin Versammlungen im Freien nicht mehr erlaubt.

Die Revolte der Schwarzen

Der Verhängung des Ausnahmezustandes waren Monate der Unruhen in den schwarzen Townships vorangegangen. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei, aber auch bei Konflikten unter den Schwarzen selbst, waren bis dahin über 600 Menschen umgekommen (heute über 680). Richtig begonnen hatten die Unruhen im September letzten Jahres im Vaal-Dreieck, als die schwarzen Stadträte die Mieten um durchschnittlich R 5,9 (1 R — ca. DM 1,1) anheben wollten. In der ohnehin schon gespannten Atmosphäre nach den Wahlen zum Drei-Kammer-Parlament im August — zusätzlich verschärft durch die zunehmende Verelendung in den Townships — brachte die Ankündigung der Mieterhöhung das Faß zum überlaufen. Obwohl die Stadtverwaltung die Mieterhöhungen verschoben, war es zu spät. Bürgerinitiativen, die zuvor mit den Stadtverwaltungen verhandelt hatten, organisierten die ersten Protestdemonstrationen. Hundertausende gingen auf die Straße, es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. In Sharpeville, Evaton und Sebokeng gingen die Häuser der Stadträte in Flammen auf. Schon der erste Tag der Auseinandersetzungen kostete zehn Menschen das Leben, darunter das mehrerer Stadträte.

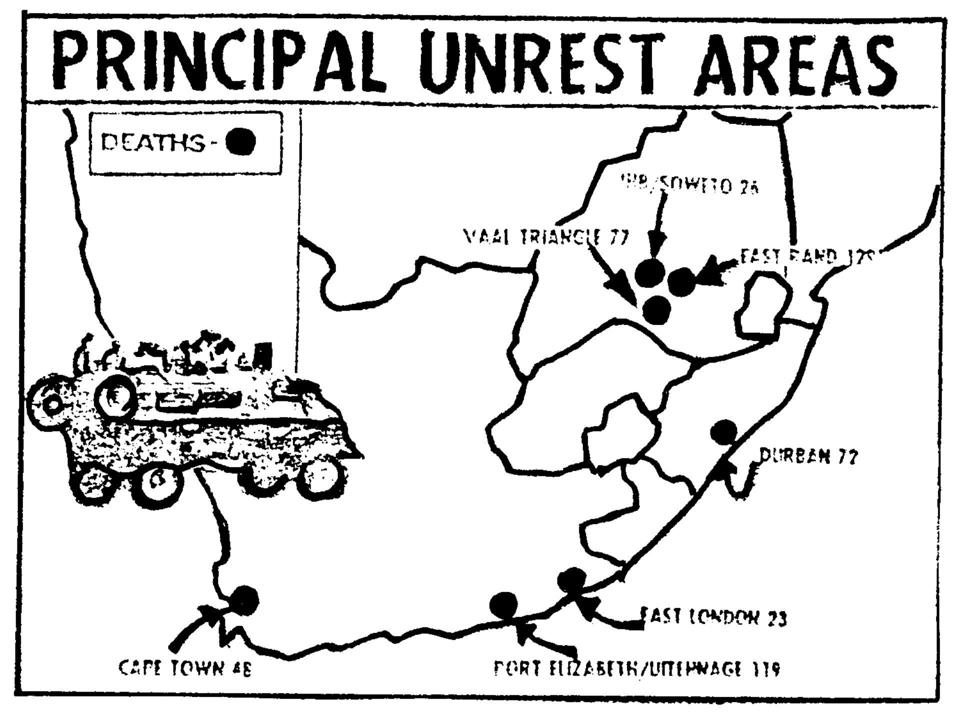
Der Staatsapparat griff zu scharfen, repressiven Maßnahmen um der Situation Herr zu werden. Übergriffe der Polizei, Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren gehörten von da an zur „Normalität" des Lebens in den Townships. Der plötzliche und gewaltsame Ausbruch jahrelang aufgestauter Frustrationen, die Entladung der Wut und des Hasses gegen das „System" konnte jedoch durch den Einsatz der Polizei nicht mehr verhindert werden.

Die Unruhen eskalierten weiter und breiteten sich auf andere Teile Südafrikas aus: Free State, East Rand und dann auch auf das Eastern Cape. Dort ergriffen die Unruhen auch kleinere Städte wie Cradock, Balfour, Janssenville. Schließlich entflammte der Konflikt auch in Soweto, wo es bis dahin bemerkenswert ruhig geblieben war. Kurz darauf verhängte Botha den Ausnahmezustand.

Inzwischen sind die Unruhen in eine neue Phase eingetreten: Anfang September griffen Schwarze erstmals weiße Wohnviertel in Kapstadt und East London an.

Die führenden Aktivisten der politischen Organisationen, der Bürgerinitiativen und Bürgerrechtsgruppen leben seit Ausbruch der Unruhen in ständiger Lebensgefahr. Auf Vertreter von UDF und AZAPO werden mehr als 80 Anschläge mit Molotow-Cocktails verübt. In den Townships agieren Todesschwadrone, die vermutlich Verbindungen zu den Stadtverwaltungen haben. Immer wieder werden „Schwarze Listen" bekannt, mit Namen der führenden Aktivisten der verschiedenen Organsationen des Widerstandes.

Im Juli werden vier prominente Führer der UDF aus Cradock (in der Nähe von Port Elizabeth) unter bisher noch ungeklärten Umständen ermordet. Die Polizei versuchte für die Ermordung die AZAPO verantwortlich zu machen, es wird jedoch vermutet, daß die Polizei selbst ihre Finger im Spiel hatte. Die Sicherheitskräfte haben auch erehblichen Anteil daran, daß die Unruhen nicht aufhören. Sie gehen mit äußerster Härte und Brutalität gegen die Schwarzen vor. Wahllos schießen sie mit Gummigeschossen, Tränengas, aber auch mit scharfer Munition in Demonstrationszüge hinein. Sie nehmen



Hauptunruhegebiete

dabei immer in Kauf, daß Kinder und Frauen getötet werden. Viele der Opfer sind Jugendliche und Kinder.

In Soweto wurde Mitte September eine 13jährige Schülerin vom Militär erschossen. Sie befand sich mit weiteren Schülern gerade auf dem Weg nach Hause, als das Militär das Feuer auf sie eröffnete. Das Militär hatte zuvor angeordnet, daß alle Schüler das Schulgelände verlassen müßten.

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Nach den Beerdigungen der von den Sicherheitskräften Ermordeten, kommt es immer wieder zu erneuten Zusammenstößen, die den Prozeß der Radikalisierung in den Townships weiter vorantreiben.

Zielscheibe des Protests in den Townships ist in erster Linie die schwarze Selbstverwaltung. Diese von der weißen Minderheitsregierung vor zwei Jahren eingerichteten Selbstverwaltungen hatte die Schwarzen von Anfang an abgelehnt. Die Wahlen verliefen ohne große Beteiligung der Bevölkerung. Die Räte werden abgelehnt, weil sie mit dem „System" zusammenarbeiten, aber auch deswegen, weil sich viele der Stadträte in ihrem Amt hemmungslos bereichern.

Inzwischen haben die meisten Stadtverwaltungen aufgehört zu funktionieren. Von 38 Verwaltungen, die in den letzten zwei Jahren aufgebaut wurden, arbeiten nur noch fünf. In acht verschiedenen Gebieten haben die Stadträte geschlossen ihren Rücktritt erklärt, da es für sie selbst und für ihre Familien zu gefährlich geworden ist, weiter im Amt zu verbleiben.

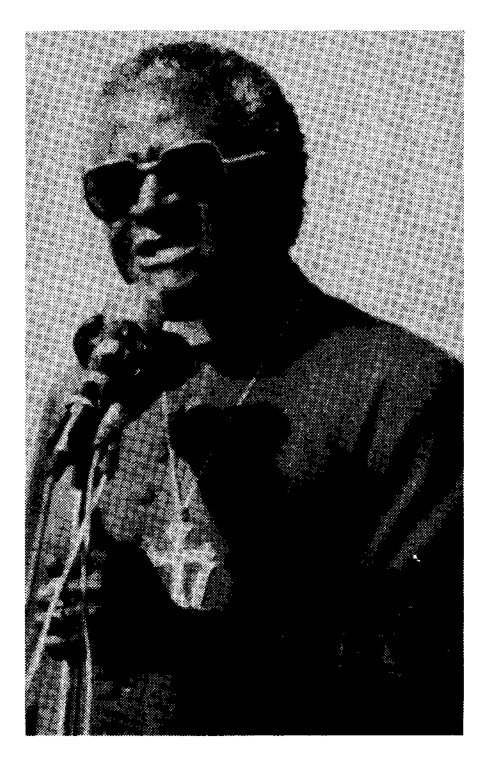
„Die schwarzen Townships", so die Zeitung „Sunday Star", „versinken im Chaos." Den Hass der Township-Bewohner, vor allem der Jugendlichen, haben sich auch andere Kollaborateure mit dem System zugezogen: Polizisten, Spitzel, Informanten, Schwarze, als solche identifiziert, wurden meist an Ort und Stelle auf grausame Weise umgebracht. Es ist üblich geworden, diesen Personen Autoreifen um den Hals zu hängen, ihnen Hände und Füße zu binden, sie mit Benzin zu übergießen und dann bei lebendigem Leibe zu verbrennen.

Bischof Tutu hat bei mehreren Gelegenheiten, großen persönlichen Mut bewiesen, als er solche Lynchmorde verhinderte.

Aufgebrachte Jugendliche beschuldigten ihn deswegen, daß er nur Frieden predige, sogar Friede mit dem System. „Wie lange wollen sie uns noch predigen, daß wir mit diesen Kollaborateuren Nachsicht üben sollen, diese Leute bringen uns um, wenn wir in ihre Hände fallen. Warum erlauben sie uns nicht, diese Hunde genau so zu behandeln wie sie uns behandeln." Tutu hielt ihnen entgegen, eine gerechte Sache verlange ein anderes Vorgehen. Er drohte gar, das Land zu verlassen, wenn die Morde nicht aufhörten.

Die Ursachen der Revolte

Entzündet hat sich die Revolte vor allem an den miserablen Lebensbedingungen in den Townships. Überall fehlt es an grundlegenden infrastrukturellen Einrichtungen wie Abwasserkanalisation oder fließendem Wasser. Die meisten Straßen sind ungeteert, es gibt nicht genug Wohnungen, die wenigen Wohnungen, die es gibt sind klein und teuer, die Elektrizitätsversorgung fehlt oder ist unerschwinglich. Diese Lebensverhältnisse sind jedoch nur bei oberflächlicher Betrachtung die Ursache der Revolte. Die Gründe, warum sich gerade jetzt der lang schwellende Konflikt wieder entzündet hat, liegen tiefer. Sie



Bischof Tutu

sind das Ergebnis tiefgreifender Veränderungen in der südafrikanischen Gesellschaft:

— Unabhängige schwarze Gewerkschaften haben seit Beginn der 80er Jahre einen ernormen Aufschwung erlebt. Dies läßt sich an der Mitgliederentwicklung deutlich ablesen. 1980 hatten die registrierten Gewerkschaften 800.000 Arbeiter organisisert, 1984 schon 1,4 Millionen; die mehr als 50 unregistrierten Gewerkschaften konnten 1983 150.000 Arbeiter organisiseren, 1984 schon 230.000. Die „National Union of Mineworkers" die erst 1981 gegründet wurde, ist heute eine der bedeutendsten Gewerkschaften überhaupt. Sie hat heute schon mehr als ein Viertel der ca. 560.000 Bergwerksarbeiter organisiert. Einige dieser unabhängigen Gewerkschaften wollen sich noch in diesem Jahr in einem gemeinsamen Dachverband zusammenschließen (NUM, FOSATU [Federation of South African Trade Unions] mit 120.000 Mitgliedern, GWU [General Workers Union] mit 12.000 Mitgliedern sowie eine Reihe kleinerer Gewerkschaften), mit über 400.000 Mitgliedern würde diese Gewerkschaftsföderation zu einem wichtigen Faktor in der südafrikanischen Wirtschaft werden. Nicht beteiligt sind die Gewerkschaftsverbände CUSA (Council of Unions of South Africa), Azactu (Azanian Confederation of Trade Unions, AZAPA orientiert) sowie die GWU (General Workers Union), um nur die wichtigsten zu nennen.

Der bedeutendste Punkt in der Entwicklung der unabhängigen Gewerkschaften ist der Aufbau betrieblicher Vertretungsstrukturen. Dadurch ist in den Betrieben eine breite gewerkschaftliche Führungsschicht entstanden, die in vielen Streiks Selbstbewußtsein gewonnen hat und zugleich unschätzbare Erfahrungen sammeln konnte.

Diese Erfahrungen sind auch den vielen Bürgerinitiativen und Bürgerrechtsgruppen zugute gekommen. Viele Gewerkschaftsmitglieder haben sich in diesen Gruppen engagiert, weil eine direkte politische Betätigung in den Gewerkschaften kaum möglich ist (obwohl heute viele Gewerkschaften politisch eindeutige Aussagen machen).

Diesen Bürgerrechtgruppen, die in den letzten Jahren entstanden sind, ist es gelungen, den bis dahin unorganisierten, eher individuell artikulierten Protest gegen die unhaltbaren Verhältnisse in den Townships zu vereinheitlichen und ihm zum erstenmal ein Sprachrohr verleihen. Die Bürgerrechtsgruppen haben sich jedoch nicht darauf beschränkt, die konkreten Mißstände in den Townships anzuprangern. Sie haben ihre Arbeit zugleich mit allgemeinen, gegen die Apartheid gerichteten Forderungen verknüpft. Die Bürgerrechtsgruppen sind es auch, die die in vielen Teilen Südafrikas mit großem Erfolg laufenden Konsumentenboykottaktionen gegen weiße Händler organisieren.

Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen sind jedoch nicht spannungsfrei. Dies zeigte sich unter anderem daran, daß PEBCO (Port Elizabeth Black Civic Organisation) im Frühjahr einen Streik in Port Elizabeth organisierte — gegen den erklärten Willen einiger Gewerkschaften wie FOSATU, CUSA und GWU. Mit dem Streik wollte die UDF-Bürgerrechtsgruppe vor allem gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer und des Benzinpreises protestieren. Die Gewerkschaften lehnten eine Beteiligung ab, weil die Entscheidung ohne Beteiligung der Arbeiter getroffen worden sei und weil der Streik nicht den Interessen der Arbeiter diene. Trotz der offziellen Ablehnung des Streiks durch die Gewerkschaften wurde der Streik ein großer Erfolg. Die Gewerkschaften erklärten jedoch, die Arbeiter seien hauptsächlich aus Angst zu Hause geblieben, aus Angst davor, daß die jugendlichen Organisato-

ren des Streiks Gewalt gegen sie anwenden würden.

— Die von der Regierung initiierte Verfassungsreform hat ebenfalls wesentlich zu den gegenwärtigen Unruhen beigetragen. Sie war nicht nur Anlaß zur Gründung vieler Bürgerrechtsgruppen sowie der Bildung von UDF und NF, sondern hat der schwarzen Mehrheit zugleich demonstriert, daß die Weißen nicht einmal bereit sind, die Schwarzen symbolisch an der Macht zu beteiligen.

Hoffnungen, daß sich das Apartheidsystem auf friedlichem Weg überwinden ließe, erwiesen sich für viele Schwarze spätestens jetzt als Trugschluß. Ein großer Teil der Townshipbewohner ist heute der Meinung, das Apartheidsystem lasse sich nur noch mit Gewalt beseitigen. Anders als 1976, ist der Widerstand gegen das Apartheidsystem eine Massenbewegung geworden, die nicht nur von Jugendlichen getragen wird.

— Wesentlich ist schließlich auch, daß sich Südafrika seit Beginn der 80er Jahre in der schwersten Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren befindet. Vor allem die schwarze Bevölkerung ist davon betroffen. Die Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen stieg von Juli 84 bis Juli 85 um 68%; ungefähr die Häfte der ökonomisch aktiven Bevölkerung ist arbeitslos. Port Elizabeth, das einmal das Detroit Südafrikas genannt wurde, weil sich hier die Automobilindustrie konzentriert, gleicht heute wegen der hohen Arbeitslosigkeit einer „Geisterstadt".

Der Lebensstandard der Schwarzen ist massiv gesunken. Von etwa 2 Millionen Schwarzen, die in Soweto wohnen, leben 58 % unter der Armutsgrenze. Im Mai lag das Existenzminimum bei R 400 monatlich für eine Familie mit fünf Personen. Der Durchschnittsverdienst liegt jedoch bei nur R 300, davon müssen allein R 100 für Wasser, Strom und Miete aufgebracht werden. Die wirtschaftliche Lage ist inzwischen so prekär geworden, daß die Regierung Südafrikas beschlossen hat, bis Ende des Jahres keine Auslandsschulden zurückzuzahlen. Gegenwärtig belaufen sich die Auslandsschulden auf rd. 22 Mrd. US Dollar, davon werden bis zum 31.8.86 rd. 14 Mrd. Dollar fällig. Ausgelöst wurde die Zahlungskrise durch die Weigerung amerikanischer Banken, fällige Kredite umzuschulden. Die schwierige Lage ist aber auch deswegen entstanden, weil seit Beginn des Jahres der Kapitalabfluß drastisch angestiegen ist. Allein im ersten Vierteljahr wurden R 2,9 Mrd abgezogen, soviel wie im ganzen Jahr zuvor.

Hohe Arbeitslosigkeit, Inflation und soziale Verelendung haben in den Townships eine explosive Stimmung geschaffen, die nur noch eines Funkens bedurfte.

Formen des Widerstandes

Neben dem eher spontanen und gewaltsamen schwarzen Widerstand gibt es im wesentlichen zwei Formen des friedlichen Widerstandes: Streiks, Boykottaktionen sowie Begräbnisfeierlichkeiten.

Die Kampfform des Boykotts hat eine lange Tradition in der Geschichte des schwarzen Widerstandes. Schon in den vierziger Jahren hat man die öffentlichen Busse boykottiert, um Fahrpreiserhöhungen zu verhindern. In den letzten Monaten hat der von COSAS lancierte Schulboykott im Widerstand der Schwarzen eine große Rolle gespielt. Er begann im Januar 1984 in Atteridgeville bei Pretoria. Die Schüler forderten:

— demokratische Schülerräte,

— die Entlassung unqualifizierter Lehrer,

— Schulfplicht und kostenlose Bildung.

Die Boykottaktionen in den Schulen haben bis heute nicht abgerissen, nach inoffiziellen Schätzungen haben sich in diesem Jahr mehr als 100.000 Schüler daran beteiligt.

Anfang September ließ die südafrikanische Regierung im Raum Kapstadt 454 von 904 Schulen für Farbige schließen. Etwa 360.000 Schüler wurden damit ausgesperrt. Schon in den Wochen zuvor hat die Regierung „Verhaltensregeln" erlassen, die den Aufenthalt während der Unterrichtszeit außerhalb der Schule untersagen. Ende August wurden 300 Schüler verhaftet, weil sie gegen diese „Verhaltensregel" verstoßen haben, sie werden wahrscheinlich vor Gericht gestellt.

Eine andere Form des Boykotts hat inzwischen weite Verbreitung gefunden. Seit Monaten kaufen viele Schwarze nicht mehr in den Geschäften weißer Besitzer ein. Die Boykottkampagne hatte am Eastern Cape begonnen und hat in der Zwischenzeit auch Kapstadt erreicht. Besonders in den Gebieten des Ausnahmerechts ist diese Form des Protestes zur einzig möglichen geworden.

In einzelnen Gebieten ist der Boykott so erfolgreich, daß die Umsätze der Geschäfte bis zu 100% zurückgegangen sind. Einige der weißen Händler, die nur

eine geringe Eigenkapitaldecke haben, stehen kurz vor dem Bankrott. In der Regel sind die Kampagnen von Bürgerrechtsgruppen gut vorbereitet, die schwarzen Händler in den Townships werden informiert, wann sie mehr Konsumgüter auf Lager nehmen müssen. Es werden Vereinbarungen mit ihnen getroffen, damit diese die günstige Situation nicht benutzen, um die Preise zu erhöhen.

Die Boykottaktionen werden mit Forderungen verbunden, die auf lokaler Ebene konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erzwingen sollen. Darüberhinaus wird der Abzug der Polizei aus den Townships verlangt sowie die Aufhebung des Ausnahmerechts. Die Organisatoren des Boykotts wollen aber auch, daß die Handelskammern der weißen Geschäftsleute ihren Einfluß auf die Regierung geltend machen, damit diese die Apartheid beseitigt. Bevor der Ausnahmezustand verhängt wurde gab es auch erste Verhandlungen zwischen Vertretern der Weißen und der Schwarzen. In einigen Fällen konnten dabei für die lokalen Probleme Lösungen gefunden werden.

Die Südafrikanische Regierung versucht jedoch, die Boykottaktionen zu unterbinden, indem sie die schwarzen Geschäfte in den Townships schließen läßt, die von den Boykottaktionen profitiert haben. Bekannt gewordene Organisatoren des Konsumentenboykotts wurden verhaftet. Die Vertreter der weißen Geschäftswelt beklagen sich nun, daß sie keine Verhandlungspartner mehr hätten.

In einem Land, in dem Sportveranstaltungen und Beerdigungen die einzigen Gelegenheiten sind, wo Schwarze im Freien zusammen kommen können, mußten Beerdigungen von Schwarzen, die bei Unruhen umgekommen sind, zu einer wichtigen Artikulationsform des schwarzen Widerstandes werden. Sie gleichen denn auch eher politischen Massenveranstaltungen als Beerdigungsfeierlichkeiten. Oft kommen mehrere zehntausend Schwarze zusammen. Den Ablauf einer Beerdigung schildert die Zeit (Nr. 33/85): „Ein Redner nach dem anderen plädiert für fortgesetzten Widerstand. Die Radikalisierung ist unüberhörbar, die Solidarisierung unübersehbar. Ein Erstklässler dirigiert von den Schultern seines Vater herab die Sprechchöre: Amandla — ‚An die Macht', ein donnerndes Viva auf die eingekerkerten oder exilierten Führer des 1960 verbotenen ‚African National Congress' (ANC), Nelson Mandela und O. Tambo. Und nochmals Amandla. Und Tausende von erhobenen schwarzen Fäusten aller Altersstufen. Dann Kampflieder aus allen Kehlen: ‚Wir maschieren auf Pretoria' — ‚Tod für Botha' — ‚Das Volk muß regieren'...".

Es ist daher kein Zufall, daß die südafrikanischen Regierung Beerdigungsfeierlichkeiten nun scharf reglementiert, um diese Manifestationen des schwarzen Widerstandes zu unterbinden.

Die Organisationen des Widerstandes

Der Widerstand der Schwarzen ist in sich zersplittert und gespalten. Diese Schwäche der Widerstandsbewegung ist aber zugleich ihre Stärke. Anders als einheitlich und zentral geleitete Organisationen sind die vielen hundert kleinen Bürgerrechtsgruppen, Basisgruppen und Bürgerinitiativen kaum zu zerschlagen. Dort wo führende Aktivisten verhaftet oder ermordet werden, übernehmen schnell andere die Führungspositionen.

Der organisierte Widerstand der Schwarzen spaltet sich hauptsächlich in zwei Lager auf:
Auf der einen Seite die „Vereinigte Demokratische Front" (UDF) und auf der anderen Seite das „Nationale Forum" (NF). Die UDF die 1983 gegründet wurde, hat sich seither zu einer dominierenden politischen Kraft in Südafrika entwickeln können. Etwa 700 verschiedene Gruppen haben sich diesem Bündnis angeschlossen. Ziel des politisch sehr heterogenen Bündnisses ist in erster Linie die Beseitigung des Apartheidsystems. Erreicht werden soll dieses Ziel in einem breiten, klassenübergreifenden Bündnis und mit gewaltfreiem Widerstand. Gemeinsame politische Grundlage ist eine „verwässerte" Fassung der „Freiheitscharta". Der UDF wird daher auch eine politische Nähe zum ANC nachgesagt, was nicht völlig unbegründet ist. Ein großer Teil der inzwischen verhafteten Führungsspitze sind ehemalige ANC-Mitglieder.

Die UDF hat im letzten Jahr entscheident dazu beigetragen, daß die Wahlen zum Drei-Kammer-Parlament für die Regierung zu einem Fiasko wurde.

Die Radikalisierung der Schwarzen in den letzten Monaten ist nicht ohne Einfluß auf die UDF geblieben. Vertreter einzelner Gruppen haben schon darauf hingewiesen, daß der Versuch, das System mit friedlichen Mitteln zu verändern, gescheitert sei und das die Zeit des Verhandelns inzwischen vorbei sei. Gemäßigte Kräfte der UDF, wie Bischof Tutu, sind schon jetzt, obgleich auch sie sich zumindest verbal radikalisiert haben, weitgehend isoliert. Daß die südafrikanische Regierung nahezu alle gemäßigten Führer der UDF verhaftet hat, könnte den Prozeß der Radikalisierung in der UDF weiter vorantreiben. Wie und ob die UDF diese politische Zerreißprobe überstehen wird, läßt sich noch nicht absehen.

Das „National Forum", das zur gleichen Zeit wie die UDF gegründet wurde, ist politisch homogener. Es bekennt sich explizit zu sozialistischen Positionen, es versteht sich als antiimperialistisch, antirassistisch, anti-sexistisch und anti-kollaborationistisch. Ziel dieses Bündnisses ist daher nicht nur die Abschaffung der Apartheid unter der Führung der Arbeiterklasse, sondern der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft.

Anders als die UDF akzeptiert das Forum keine Organisationen als Mitglied, die hauptsächlich aus Weißen bestehen; Weiße als Individuen sind jedoch zugelassen.

Aufgrund ihres spezifischen Charakters als Diskussionsforum, tritt das National Forum bei konkreten Aktionen weniger in den Vordergrund als die UDF. Diese Rolle übernehmen die einzelnen Mitgliedsorganisationen wie die „Cape Action League" oder die AZAPO (Azanian Peoples Organisation). Zwischen Anhängern von UDF und der in der Tradition des schwarzen Bewußtseins stehenden AZAPO ist es in den vergangenen Monaten immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Die Ursachen dieser Konflikte liegen in den politisch-ideologischen Differenzen sowie in der Rivalität um den politischen Einfluß in den Townships. Die Führungsspitzen beider Organisationen haben die gewaltsamen Auseinandersetzungen jedoch immer verurteilt. Der Sprecher der UDF, M. Marobe, sagte dazu Mitte Juni: „Als Organisationen kämpfen wir nicht gegeneinander, wir mögen unsere Differenzen und Mißverständnisse haben — aber wir werden diese nicht mit Gewalt lösen."

Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß mit gefälschten Flugblättern sowie mit Provokateuren die Anhänger der beiden Organisationen gegeneinander aufgehetzt wurden. Der Staat versucht offensichtlich mit solchen Mitteln die bestehenden Differenzen auszunützen, um auf diese Weise den Widerstand der Schwarzen zu paralysieren.

Daß beide Organisationen diese Auseinandersetzungen nicht verhindern konnten, deutet auch darauf hin, daß sie Probleme haben, ihre eigene Basis in den Townships zu kontrollieren.

Welchen Einfluß der ANC auf die gegenwärtige Phase des schwarzen Widerstandes in Südafrika hat, ist schwierig zu beurteilen. Bei Demonstrationen werden Fahnen mit den Farben des ANC mitgeführt, in Reden bezieht man sich immer wieder auf Tambo und Mandela. Auch bei Umfragen spricht sich immer eine große Mehrheit für die bedingungslose Freilassung N. Mandelas aus. Aber in einer kürzlich durchgeführten Umfrage waren lediglich 23% aller Befragten der Ansicht, daß Mandela sie repräsentieren solle (16% Bischof Tutu, 6% Buthelezi, 14% UDF, 5% die südafrikanische Regierung usw.) Auch wenn solche Umfragen vielleicht nur einen zweifelhaften Aussagewert haben, läßt sich daraus schließen, daß der ANC zwar tief verankert ist in der schwarzen Bevölkerung, aber nicht unbedingt eine absolute Mehrheit hinter sich hat. Auch der ANC hält seine Präsenz in den Townships nicht für ausreichend. Dies spiegelt sich in den Beschlüssen der im Juni in Kabwe/Zambia abgehaltenen Konsultativkonferenz wider (der ersten seit 1969). Der Auf- bzw. Ausbau der Untergrundzellen in Südafrika soll in der nächsten Zeit absolute Prio-

rität haben für den ANC. Darüber hinaus sollen die militärischen Aktionen intensiviert werden, wobei künftig keine Rücksicht mehr darauf genommen werden soll, ob in solchen Aktionen auch weiße Zivilisten zu Schaden kommen.

Tambo: „Mehr und mehr Weiße sind bewaffnet und an der zivilen Verteidigung beteiligt, es ist daher schwierig zu unterscheiden, wer bewaffnet ist und wer nicht.“ Neu ist auch, daß der ANC in den bisher vernachlässigten Bantustans, wo etwa die Hälfte der schwarzen Bevölkerung Südafrikas lebt, aktiv werden will. Zu erkennen ist eine deutliche Radikalisierung des ANC, der bewaffnete Kampf soll jetzt auch in die weißen Gebiete hineingetragen werden.

N. Mandela, der bisher immer die Einberufung einer Nationalversammlung (national convention) gefordert hat, erklärt nun, daß die Waffengewalt der einzige Weg sei für die Schwarzen; die Zeit des Verhandelns sei nun vorbei. Jetzt ginge es nur noch um die Modalitäten der Machtübergabe.

Unklar ist, wie in diesem Zusammenhang das Treffen zwischen ANC und südafrikanischen Geschäftsleuten zu interpretieren ist, das Mitte September in Zambia stattgefunden hat. In den Gesprächen habe Tambo, so die Geschäftsleute, gemäßtigte Standpunkte zu Wirtschaftsfragen vertreten, die keinesfalls mit der Darstellung der südafrikanischen Regierung übereinstimmten, wonach der ANC eine kommunistische Organisation sei. Tambo knüpfte an das Treffen die Hoffnung, daß die Geschäftsleute ihren Einfluß einsetzen würden, damit es zu einer „schnellen Lösung“ komme. Gleichwohl hält Tambo Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung nicht für wahrscheinlich.

Verhandlungen dürften zum gegenwärtigen Zeitpunkt, vor dem Hintergrund der dramatischen Radikalisierung der städtischen Schwarzen, auch kaum opportun sein. Jede Organisation die Verhandlungen anstrebte, würde sich damit ins politische Abseits manövrieren.

Inkatha — eine Organisation des Widerstandes?

Inkatha ist noch immer eine bedeutende Organisation schwarzer Südafrikaner. Die Wurzeln dieser Organisation gehen zurück bis 1928, als sie gegründet wurde, um die kulturellen und ethnischen Traditionen der Zulus zu bewahren. Ihre eigentliche Bedeutung erhielt sie jedoch erst nach 1975, als der Chief-Minister Buthelezi des Homelands KwaZulu sie zu neuem Leben erweckte. Eigenen Angaben zufolge hat Inkatha (vollständig übersetzt: nationale kulturelle Befreiungsbewegung) etwa 1 Million zahlende Mitglieder, hauptsächlich Zulus. Viele der Mitglieder sind jedoch eher unfreiwillig beigetreten. Denn in KwaZulu werden Arbeitsplätze in der Verwaltung bevorzugt an Inkatha-Mitglieder vergeben. Die straff geführte Inkatha-Bewegung beherrscht den Verwaltungsapparat KwaZulus völlig, jeglicher Widerstand gegen das autoritäre Regime wird von den Jugendbrigaden der Bewegung gewaltsam unterdrückt. Auch außerhalb des Homelands haben die Inkatha-Abteilungen Widerstand gegen die Bewegung immer wieder gewaltsam zu unterdrücken versucht.

Buthelezi, der Anführer der Inkatha-Bewegung, versteht sich und seine Bewegung als ein gewichtiger politischer Faktor, der in Südafrika zu einem friedlichen und gewaltfreien Wandel beitragen könne. Von westlichen Regierungen wird er deswegen hoffiert, sein staatsmännisches Format wird gepriesen. Letzteres besteht hauptsächlich darin, daß er sich konsequent für die „freie Marktwirtschaft“ ausspricht und weil er so realistisch ist, einzusehen, daß ein allgemeines und gleiches Wahlrecht wegen des Widerstandes der Weißen nicht durchzusetzen ist. Seine kompromißbereite Haltung hat Buthelezi geschickt verknüpft mit einer zumindest verbalen Ablehnung des Apartheidsystems. So hat er sich bis heute standhaft dagegen gewehrt, daß KwaZulu „unabhängig“ wird.

Trotz des nachwievor beträchtlichen Rückhalts der Inkatha-Bewegung, ist deren Einfluß vor allem in den Townships in den letzten Jahren geschwunden. Seit sich überall in Südafrika Bürgerrechtsgruppen gebildet haben, vor allem seit UDF und NF gegründet wurden, gibt es für Schwarze eine politische Alternative. Die UDF hat sich in Natal schnell zum wichtigsten politischen Konkurrenten der Inkatha-Bewegung entwickelt, gewaltsame Zusammenstöße waren unvermeidlich.

Die brutale Ermordung der schwarzen Rechtsanwältin Mxenge am 1. August, die bei der Verteidigung 16 führender UDF-Mitglieder mitwirkte, wird in Zusammenhang mit Inkatha-Anhängern gebracht. 5000 UDF-Anhänger, die in einem Kino in Umlazi/Durban für die ermordete Rechtsanwältin eine Gedenkfeier abhielten, wurden von 500 bewaffneten Männern angegriffen. Es wird angenommen, daß auch hinter dieser Aktion die Inkatha-Bewegung stand. In den folgenden Tagen wurden ganze Viertel der Inder geplündert und abgebrannt. Als Täter wurden hauptsächlich Inkatha-Mitglieder identifiziert. Die Polizei schützte während der Auseinandersetzungen nur bestimmte Gebiete, während sie in anderen den Inkatha-Leuten freie Hand ließ. Während der Auseinandersetzungen kamen mehr als 70 Schwarze um, meist UDF-Anhänger, die sich Inkatha entgegenstellten um das Leben der indischen Mitbürger zu beschützen. Inzwischen hat Inkatha, so ihr Generalsekretär Dhlomo, in den Townships wieder Ruhe und Ordnung hergestellt und die Polizeiaufsicht übernommen. Ziel dieser offensichtlich mit den Behörden abgestimmten Aktion war die Ausschaltung der Bürgerrechtsgruppen, vor allem aber der UDF. Anschuldigungen der Presse wurden von Buthelezi in einem Leserbrief abgestritten, die Journalisten bezichtigte er der Geisteskrankheit.

Ist das Apartheidregime am Ende?

Mitte August entstanden große Erwartungen, daß die Regierung Botha den Schwarzen schließlich doch noch substantielle Zugeständnisse machen werde. im Vorfeld eines Regionalkongresses der „Nationalen Partei“ in Durban/Natal, erhielten westliche Regierungen entsprechende Hinweise. Die Enttäuschung war umso größer, weniger unter den Schwarzen selbst, sie erwarten von der südafrikanischen Regierung ohnehin nichts mehr, als unter den westlichen Industriestaaten, die wohl gehofft hatten, sie könnten mit dem Verweis auf die angekündigten Reformen, die immer lauter werdende Sanktionsforderungen abbügeln. In seiner Rede vor dem Parteikongress machte Botha mit aller Deutlichkeit klar, daß es ihm nicht um eine Beseitigung der Apartheid gehe, sondern allenfalls um eine Modernisierung:

- das Prinzip des gleichen Wahlrechtes (eine Person — eine Stimme) wurde abgelehnt, mit der Begründung, dies führe zur Vorherrschaft einer Gruppe über die andere und damit ins Chaos;
- die Zuzugskontrollen sollen überdacht werden, weil das gegenwärtige System überholt und teuer ist;
- die Verfassungsrechtliche Zukunft soll in „Konsultationen mit jenen bestimmt werden, die es angeht“, die Homelandpolitik soll jedoch wesentlicher Bestandteil der Lösung bleiben.
- das Problem der städtischen Schwarzen, soll mit den Führern der Homelands und mit Vertretern aus ihrer Mitee ausgehandelt werden.

An die Freilassung N. Mandelas knüpfte Botha erneut die bekannte Bedingungen: „Ich bin im Prinzip bereit, die Freilassung von Herrn Mandela zu erwägen, falls er zusichert, sich nicht an der Planung, Anstiftung oder Ausführung von Gewalttaten als Mittel zur Förderung politischer Ziele schuldig zu machen.“

Um diese Rede scheint es in der Regierung zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein, zwei Minister sollen mit ihrem Rücktritt gedroht haben, falls Botha zu weitgehenden Reformen in seiner Rede ankündigen werde. Der Führer der ultrarechten weißen Partei der „Konservativen Treurnicht“ hat denn auch die drei Minister (le Grange, Schoemann, de Klerk) die dafür bekannt sind, daß sie den „Reformkurs“ der Regierung nicht billigen, dazu aufgefordert, zur Opposition überzulaufen.

Die Ablehnung der Ankündigungen Bothas war einhellig. Den Schwarzen, aber auch den südafrikanischen Wirtschaftsverbänden und der weißen libera-

len Oppistion, weil sie nicht weit genug gingen, den „Konservativen“ weil sie zu weit gingen. Treurnicht warnte Botha, daß er zwischenö den radikalen Forderungen der Schwarzen und dem Widerstand der Weißen zermalmt würde, die Weißen würden es ablehnen, sich von den Schwarzen regieren zu lassen.

Vielen Weißen ist noch nicht bewußt, wie ernst ihre eigene Lage geworden ist in Südafrika. Die Kluft zwischen Schwarz und Weiß hat sich in den Jahren nach Soweto nicht verringert, eher noch verbreitert. Obwohl die Townships, in denen in den letzten Monaten täglich Menschen von der Polizei erschossen wurden, in unmittelbarer Nähe ihrer eigenen Wohngebiete liegen, wissen sie praktisch nichts über die dort herrschenden Zustände. Presse und Fernsehen berichtet mehr über Unruhen und Ereignisse im Ausland, als über die Auseinandersetzungen im eigenen Land. Die meisten Weißen vertrauen daher noch immer darauf, daß die Probleme in gewohnter Manier zu lösen seien, mit massivem Einsatz von Polizei und Militär. Daß ausgerechnet die Wirtschaftsverbände die Regierung drängen grundlegende Reformen einzuleiten (Beendigung der Zwangsumsiedlungen, Beseitigung der Zuzugskontrolle, Beseitigung des Ausnahmezustnndes, Verhandlungen über die Frage der Machtteilung), hat seine eigenen Gründe. Aktuell mag der Konsumentenboykott der Schwarzen dabei eine Rolle spielen, viele Geschäftsleute werden durch den Kaufstreik empfindlich getroffen. Für die Wirtschaft insgesamt hat der Boykott jedoch keine große Auswirkung, da die Waren nachwievor bei den gleichen Produzenten eingekauft werden müssen. Viel grundlegender sind jedoch die strukturellen Mängel des rassischen Kapitalismus in Südafrika: für die Industrie stehen nicht genügen qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung, weil das Erziehungswesen bisher vernachlässigt wurde; der Binnenmarkt ist zu klein, da die große Mehrheit der Schwarzen nicht am gesellschaftlichen Reichtum Südafrikas beteiligt wird; Zuzugskontrollen sowie andere, die Freizügigkeit einschränkenden Gesetze verhindern, daß ein funktionierender Arbeitsmarkt entsteht. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise Südafrikas ist vor allem eine Folge dieser Strukturdefizite.

Die Wirtschaftsverbände wollen daher aus eigenem Interesse eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ihnen ist bewußt, daß das Apartheidsystem historisch überholt ist und irgendwann ersetzt werden wird. Daher ergreifen sie auch die Initiative und führen Gespräche mit dem ANC, der wahrscheinlich einmal die Macht übernehmen wird. Ende September haben 91 leitende Manager großer südafrikanischer Wirtschaftsunternehmen mit ganzseitigen Anzeigen in Südafrikas Sonntagszeitungen die Regierung erneut aufgefordert, den Prozeß der Reformen zu beschleunigen.

Unter dem Druck der Verhältnisse hat die Regierung konkretere „Schritte“ angekündigt:

— Die Regierung erwägt den in den Homelands ausgebürgerten Schwarzen die südafrikanische Staatsbürgerschaft zurückzugeben.
— Botha will ein Referendum abhalten, falls die verfassungsrechtliche Stellung der Schwarzen geändert werden soll (Abstimmung nur unter den Weißen!).
— Der Minister für Erziehung und Entwicklungshilfe kündigte an, daß ein einheitliches Bildungssystem geschaffen werden soll.
— Ende September kündigt Botha schließlich an, daß Schwarze künftig wählen dürfen in einem föderalen Südafrika, das aus Einheiten bestehen soll, die sowohl regionale als auch gruppenspezifische Gesichtspunkte berücksichtigen.
— Schwarze sollen künftig am Präsidentschaftsrat teilnehmen. Dieses Gremium berät den Präsidenten in wichtigen nationalen Fragen.

Ein Komitee des Präsidentschaftsrates hat Mitte September außerdem in einem Bericht vorgeschlagen, das Gesetz über die Zuzugskontrollen abzuschaffen, es soll stattdessen ersetzt werden durch eine Politik, die Schwarze nicht diskriminiert.

An den grundlegenden Strukturen des Apartheidsystems wird aber durch diese „Reformen“ weiterhin nichts geändert. An der Politik der getrennten Wohngebiete wird weiterhin festgehalten, die Schaffung eines föderativen Systems zementiert lediglich die bisherige „Homeland-Politik“. Der schwarze Widerstand wird sich mit einer solchen Lösung daher kaum zufrieden geben.

Die weiße Minderheitsregierung ist sich allerdings noch immer sicher, daß sie die Lage in den Townships unter Kontrolle bringen kann. Dafür sprechen auch eine ganze Reihe von Gründen:

— die Weißen sind den Schwarzen militärisch völlig überlegen. Die Sicherheitskräfte des Apartheidregimes sind mit modernstem militärischen Material ausgerüstet (mit aktiver Beihilfe deutscher Unternehmen); die Schwarzen verfügen dagegen bisher nur über Steine und Molotow-Cocktails.
— Die Townships sind geographisch gut isoliert von den Gebieten der Weißen, sie sind so angelegt, daß sie von den Sicherheitskräften problemlos abgeriegelt werden können.
— Der Widerstand der Schwarzen ist zu zersplittert, um die „Machtfrage“ jetzt schon stellen zu können. Das verhindert zwar, daß der Staat den Widerstand zerschlagen kann, verhindert aber auch ein koordiniertes und geplantes Vorgehen.
— Die Wirtschaft Südafrikas scheint trotz Krise noch stark genug zu sein, um den immensen Militär- und Sicherheitsapparat finanzieren zu können.



Die Wirtschaft dürfte langfristig gesehen jedoch der schwächste Punkt sein. Das ausländische Kapital beginnt sich aus Südafrika zurückzuziehen, nicht auf Druck der Disinvestitionskampagnenen, sondern weil die Profite sinken. Wirtschaftssanktionen wenngleich sie häufig überschätzt werden, könnten diesen Prozeß beschleunigen.

Ein wichtiger Faktor ist jedoch die zunehmende Stärke der unabhängigen schwarzen Gewerkschaftsbewegung. Politisch eingesetzt, könnte diese Stärke einmal entscheidend sein.

Im Moment spricht jedoch alles dafür, daß das Apartheidregime noch nicht ernsthaft gefährdet ist. Aber das ist nur eine Frage der Zeit. Die Unruhen werden nicht mehr völlig abflauen. Sie werden immer wieder neu aufflammen — bis es für die Weißen tatsächlich zu spät sein wird.

wh

Verwendete Literatur

Update No. 3/South Africa in the 8os; Hrsg.: Catholic Institute for International Relations, Juni 85, London
G. Braun, Schwarze Opposition in Südafrika; in: aus politik und zeitgeschichte, B 12/85
L. Berger, Freiheitscharta contra Black Consciousness?; in: blätter des iz3w Nr. 126/85
P. Ripken, Trittbrettfahrer Buthelezi; in: issa 1/84
K. Jochelson, Evaluation and Expectations, Work in Progress Nr. 35/Feb. 85
D. Pillay, Community Organisaiions and Unions in Conflict; in: Work in Progress Nr. 37, June 85.
W. Puschra, Schwarze Gewerkschaften in Südafrika, Bonn o. J. (Hrsg.: Friedrich Ebert Stiftung)

Quellen:

City Press: 30.6.
Financial Mail: 19.7./15.8.
Sowetan: 25/21/26/29.7; 14/16/30/13/2/26/27.8.; 12/17.9.; 28.6.
Star: 19.6; 12/29/26/29/21/11/9/22.7.; 7/8/2/18/ 28/29/28/16/22/23/14/1/5/17.8; 5/9/12.9.;
Sunday Star: 9/30.6; 7.7.; 4.8.; 15.9.;
Weekly Mail: 14.6.; 16.8l; 26.8.;
FAZ: 26.6.; 16/19/20/23/29/30/24/31.8.; 2/1/13/ 4/9.9.;
FR: 26/27/30/31.7.; 12/29.8.; 6/11/12/4/30.9.;
Financial Times: 26.6.; 15/16.8.;
NZZ: 8/24/26/31.7.;
SZ: 30.7.; 17/13.8.; 26.6.;
TAZ: 24/30.7.; 2/6/3/13/23/12/29/31.8.; 2/3/10/ 13/23/14.9.; 1/2.10.;
Zeit: 26.7; 9.8.; 16.8.; 13.9.;
Spiegel: 32, 33, 35, 36;
Guardian: 22.7.;

Eritrea

Bomben bedrohen die Ernte

Nach der Dürre ist die Ernte in Eritrea nun durch äthiopische Bomben bedroht

Nach 5 Jahren Dürre hat es in Eritrea zum ersten Mal wieder ausreichend geregnet.

Noch während der Dürreperiode hatte sich die Bevölkerung mit dem Bau von kleinen Staudämmen und Bewässerungskanälen auf die Regenzeit vorbereitet. Diese Anstrengungen waren nicht umsonst. In kurzer Zeit konnten immerhin 92.000 ha Ackerland bestellt werden. Die humanitäre Hilfsorganisation „Eritrean Relief Association“ (ERA), Partnerorganisation des deutschen „Eritrea-Hilfswerk“, unterstützte die Bauern mit Saatgut, Ackergeräten und einfachen Werkzeugen, die aus dem Spendeneinkommen finanziert wurden. Ca. 100.000 Menschen, die wegen der katastrophalen Dürre ihre Dörfer verließen, konnten neu angesiedelt werden. In den 31 ‚Settlement-Camps' wurde nach der Erstversorgung mit Nahrungsmitteln ebenfalls der Wiederaufbau der Landwirtschaft in angriff genommen. Ca. 5.500 ha Land konnten im Umfeld der Ansiedlungen mit Gemüse und dem hirseartigen Getreide ‚Sorghum‘ angebaut werden.



Bauer in Eritrea: Hoffnung nach 5 Jahren Dürre

Die Erde dieser ersten erfolgversprechenden Selbsthilfeprojekte ist in Gefahr. Nicht etwa durch fehlenden Regen, auch nicht durch andere Naturkatastrophen, sondern durch planmäßige Zerstörung von Menschenhand.

Wir befürchten ernsthaft die Bombardierung der Ernte mit Brand- und Napalmbomben durch die äthiopische Luftwaffe.

Seit nunmehr 23 Jahren leidet die eritreische Zivilbevölkerung erst under dem Kaiser Haile Selassie und danach unter der äthiopischen Militärregierung, die seitdem versuchen, die ehemalige italienische Kolonie Eritrea mit militärischer Gewalt unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Obwohl die Militärs nur noch die großen Städte besetzt halten können, alle ländlichen Gebiete werden von der Befreiungsorganisation EPLF kontrolliert, haben sie die Lufthoheit über Eritrea. Nach einem jetzt veröffentlichten Bericht der „Eritrea Relief Association wurden alleine im Jahr 1984 400 Dörfer und Kleinstädte bombardiert, bei militärischen Offensiven Hunderte von Häusern niedergebrannt, 2055 Stück Vieh geplündert und mehr als 700 Zivilisten in Gefängnisse eingesperrt und gefoltert. Selbst eine große Internatsschule mit über 3000 Kindern war Ziel eines äthiopischen Luftangriffs im vergangenen November.

Alleine diese Massaker geben uns allen Grund zu der Befürchtung, daß jetzt im Oktober/November die bevorstehende Ernte bombardiert werden soll.

Zudem war den Hunger zu einer der wichtigsten Waffen der äthiopischen Militärregierung geworden: die hungernde Landbevölkerung wurde in die Verteilungszentren der großen Städte gelockt, um sie von dort aus in den Süden Äthiopiens zwangsumzusiedeln oder gar in die äthiopische Armee zwangszurekrutieren. Ebenfalls nach Angaben der ERA wurden 1984 1342 Menschen mit Gewalt in die äthiopische Armee gepresst, um sie gegen eingene Landsleute kämpfen zu lassen. Die Selbstversorgungsansätze Eritreas widersprechen den Interessen der äthiopischen Militärs. Durch Zerstörung der Ernte wird eine erneute Hungersnot verursacht, die die erneute Abhängigkeit zur Folge haben wird.

Mit der Hoffnung auf Verhinderung der Erntezerstörung haben alle europäischen Hilfs- und Unterstützungstruppen zur Veröffentlichung dieser Gefahr aufgerufen.

Wir appellieren an die Weltöffentlichkeit, die Vernichtung von Nahrungsmitteln zu verhindern.

Die Regierung eines Landes, dessen Bevölkerung selbst in riesigem Ausmaß von einer Hungerkatastrophe betroffen ist und auf Hilfesendungen der westlichen Länder angewiesen ist, darf die Ernte des benachbarten Eritrea nicht zerstören.

Für den Fall der tatsächlichen Bombardierung haben wir ein sogenanntes ‚Anti Bomb Alarm Network‘, kurz ABAN genannt, aufgebaut, welches eine schnelle Information gewährleisten und weitere Zerstörungen in Grenzen halten soll.

Das Eritrea Hilfswerk in Deutschland e.V. ruft alle Organisationen, Einzelpersonen, Medien usw. auf, ihren Einfluß geltend zu machen, daß die Zerstörung der Ernte in Eritrea, und damit der Eigeninitiative der Bevölkerung, verhindert wird und stattdessen die Selbsthilfeprojekte weiter unterstützt werden.

Bernd Vollmer, Eritrea Hilfswerke e. V.,
Pf 18 03 38, 5000 Köln 1
Spendenkonten:
Deutsche Bank Bonn 073 3333
Postscheckamt Köln 4093-503
Stadtsparkasse Köln 1112978
Stadtsparkasse Bonn 53777

Militärüberfall auf Flüchtlingslager

Zwei Todesopfer forderte ein Überfall hondurensischer Militärs auf das Flüchtlingslager „Colomoncagua"

Im letzten Heft wurde bereits über die angespannte Situation im Flüchtlingslager „Colomoncagua"/Honduras berichtet, in dem circa 8.000 Flüchtlinge aus El Salvador leben, vor allem Frauen, Kinder und Alte. Es wurde dabei auf die Einkreisung durch hondurensisches Militär, die „Besuche" von hohen US-Militärs etc. eingegangen. Am 29. August, gegen 15.00 Uhr kam es nun zu einem brutalen Überfall von seiten des hondurensischen Militärs:

Unter dem Kommando von Major Miguel Ramirez überfielen ungefähr 100 Soldaten, die dem 10. Infanterie Bataillon mit Sitz in Marcala angehören, die beiden Teillager Cajellon und Copinol in Colomoncagua. Dabei setzten sie Gewehre und ein Maschinengewehr ein, mit denen sie wahllos auf Flüchtlinge und ihre Behausungen schossen. Als sie nach circa 1,5 Stunden abzogen hinterließen sie eine grausige Bilanz: 2 Tote, einer davon ein 2 Monate altes Baby, das von einem Soldaten mit den Füßen getötet wurde; der andere Tote, Manuel Romero, war 23 Jahre alt und seine Leiche wurde von den Soldaten mitgenommen. Mitgenommen wurden auch 10 männliche Lagerbewohner, zum Teil Alte, die schon seit 4—5 Jahren im Lager leben und die alle einen von den hondurensischen Behörden ausgestellten Flüchtlingsausweise besitzen. Sie alle wurden geschlagen und z. T. bestialisch gefoltert (z. b. wurden Carlos Hernandez Bauch und Kehle aufgeschlitzt). 3 Flüchtlinge liegen schwerverletzt (Bauchdurchschüsse) in einem Krankenhaus in Tegucigalpa. Viele Angehörige und Frauen, die die Gefagenen schützen wollten, wurden geschlagen und ebenfalls verwundet (Kugeldurchschüsse, Bajonettstiche etc.). Zwei Frauen wurden vergewaltigt. Insgesamt gab es circa 50 Verletzte unter den Flüchtlingen. — Die Gesichter einiger Soldaten waren geschwärzt und einige schienen unter Drogeneinfluß zu stehen. Laut Zeugenaussagen waren 2 US-Amerikaner unter den Soldaten. Die Soldaten drohten den Frauen, daß sie das nächste Mal auch die Frauen umbringen würden; sie sollten am besten das Land verlassen. Der einzigen ausländischen Zeugin wurde von ihrer Botschaft angeraten, das Land zu verlassen, da sich die US-Botschaft in Tegucigalpa bereits nach ihrem Namen erkundigt hätte.

In der hondurensischen Presse wurde der Überfall als „Auseinandersetzung zwischen hondurensischem Militär und der salv. Guerilla" dargestellt; das getötete Kind ist ein getöteter „Guerillero". ACNUR und Kirchenvertreter der kath. Kirche von Honduras und El Salvador wiesen diese Darstellungen zurück. Presse und Besucher haben im Moment keinen Zugang zu den Lagern.

Die Flüchtlinge werten den Überfall als weiteren Schritt zu ihrer gewaltsamen Vertreibung aus den Lagern, wie sie von Col. A. Garcia Turcios (Beauftragter der hond. Regierung für Flüchtlingsfragen) bereits angekündigt wurden. Die Lager wären dann frei für eine „Inbesitznahme" durch die hondurensischen Militärs, samt der vorhandener und von den Flüchtlingen ausgebauter Infrastruktur. Die Lager böten sich auch „US-Beratern" als Ausbildungszentrum für salvador. Soldaten an, als Nachfolger für Trujillo an der Karibikküste.

Trotz ihrer Angst vor weiteren Überfällen wollen sich die Flüchtlinge nicht gewaltsam vertreiben lassen. Sie brauchen allerdings unsere Unterstützung und Solidarität, damit die hondurensische Regierung ihre physische Integrität und ihre fundamentalen (Menschen)Rechte anerkennt.

Protestschreiben (bitte in spanisch oder englisch) können gerichtet werden an den hond. Präsidenten Suazo Cordova, Tegucigalpa, Honduras sowie an die US-Botschaft in Tegucigalpa.

Hans Maier



...vor allem Frauen, Kinder und Alte

Sri Lanka

„Falls sie uns heute töten werden...“

Reisebericht aus Trincomalee

Auf dem Flug von Trivandrum, der Hauptstadt des indischen Bundesstaates Kerala nach Colombo bin ich der einzige „weiße“ Fluggast. Diese Sonderstellung weiß ich auch bei den Kontrollen auf dem Flughafen Katunayake zu nutzen: ein freundliches Lächeln und ein tiefer Blick in die Augen des Beamten und schon habe ich den Einreisestempel in meinem Paß, während meine srilankischen Mitpassagiere sich einer gründlichen Gepäck- und Personenkontrolle unterziehen müssen. Ich bin erleichtert, habe ich doch im Gepäck indische Tageszeitungen und Presseberichte, in denen etwas gesagt wird, was die Regierung in Colombo nicht zugibt: daß die srilankische Armee auch gerade in jenen Tagen im August Hunderte von Tamilen getötet hat.



Tricomalee, Hauptstraße am Nachmittag des 17. August 1985

Als ich früh am nächsten Morgen in Trincomalee, in einer zu einem Drittel von Tamilen bewohnten Stadt an der Nordostküste der Insel bei Bekannten ankommen, erfahre ich, daß die Menschen eine schlaflose Nacht hatten. Die ausschließlich aus Sinhalesen rekrutierten Sicherheitskräfte (Armee und Marine) haben die ganze Nacht in den von Tamilen bewohnten Straßen in die Luft geschossen und Handgranaten geworfen. Ich erfahre auch, daß ein tamilischer Junge vom Nachbarhaus am Tag vorher von sinhalesischen Zivilisten mit dem Messer erstochen, die Leiche bis zu Unkenntlichkeit verstümmelt und anschließend auf der Straße zur Schau gestellt worden sei.

Im Lauf der folgenden Tage erlebe ich selbst, was es bedeutet, Angst zu haben.

Schon der erste Spaziergang durch die Stadt macht deutlich, daß sich die Situation seit meinem letzten Besuch zur Jahreswende und vor allem seit meinem ersten Besuch im August vergangenen Jahres sehr zugespitzt hat. Auf den Straßen, die früher voll von Menschen waren, ist es still geworden. Es gibt auch keinen mehr, der den Touristen fragt, woher er kommt und die Kinder mit ihrem fröhlichen „Hallo“ fehlen ganz.

Nur in den Morgenstunden, wenn die Geschäfte und Marktbuden geöffnet sind (aus Sicherheitsgründen schließen sie wie die Banken auch schon um 10.00 Uhr vormittags), ist es lebhafter. Aber auch hier ist es anders geworden: viele Geschäfte sind ganz geschlossen, weil ihre Besitzer und Beschäftigten geflohen sind oder weil es keine Kunden mehr gibt, da mehr als die Hälfte der Bewohner die Stadt schon verlassen haben. Vergebens suche ich nach dem Textilhändler, von dem ich im Januar einen Rock kaufte und mit dem ich mich öfters unterhielt. Jetzt ist sein Platz leer.

Das Warenangebot ist dürftig geworden. Mir fällt auf, daß es kaum Bananen, Mangos oder Ananas gibt, wovon früher die Marktstraße voll war. Die Leute haben begonnen, Reis auf Vorrat zu kaufen.

Nur die Trümmer der in den Unruhen vom Juli 1983 verbrannten und zerstörten Häuser sind unverändert geblieben.

Der bilderbuchschöne Strand ist trotz Saisonzeit menschenleer; kein Fischer, kein Tourist ist zu sehen, die bedrohliche Spannung ist auch hier zu spüren. Auch ich finde plötzlich den weißen Sandstrand nicht mehr schön, während die Soldaten auf der naheliegenden Straße patrouillieren.

Die Touristen sind dieses Jahr nicht mehr gekommen und so stehen die großen, hauptsächlich von deutschen Reisegruppen belegten Hotels wie auch die kleinen Familienpensionen leer. Die wenigen Touristen, die sich noch hierher gewagt hatten, haben einige Tage vorher die Stadt aus Angst vor Unruhen verlassen. Das Fernbleiben der Touristen zeigt wieder einmal, wie unsicher dieser Wirtschaftszweig als Einkommensquelle ist.

Mit meinem tamilischen Freund kann ich nur einige Stunden nachmittags zusammen sein, aber bevor es dunkel wird, muß er mein Zimmer verlassen. Ich kann auch nicht mit ihm auf der Straße zusammengehen oder ihn oder andere Freunde zu Hause besuchen, da es zu gefährlich wäre.

Fest zum Straßenbild gehört das Militär. Ein ganz „normaler“ Anblick sind die Militärfahrzeuge, die mit hoher Geschwindigkeit und ohne Rücksicht auf die Passanten, durch die Straßen rasen. Auf den Lkw's stehen viele blau-uniformierte Marinesoldaten, die Maschinengewehre stets schußbereit auf die Passanten gerichtet. Ab und zu halten die Lkw's an und die Soldaten gehen in die Geschäfte einkaufen, wovor die Tamilen Angst haben, da sie sich häufig, ohne etwas zu bezahlen, bedienen lassen.

Geradzu absurd wirkt das Verhalten des Militärs, daß beim Einkauf der Soldaten gleichzeitig andere vor dem Geschäft Wache halten. Einmal beobachtete ich, wie die Soldaten dabei ihre Gewehre auf

den Rücken eines Mannes richtete, der gerade die Straße fegte. Der Anblick, insbesondere der Marinesoldaten, ist furchterregend und mir ist öfters berichtet worden, daß sie plötzlich das Feuer eröffnen. Nicht zu unrecht stellte ein amerikanisches Nachrichtenmagazin fest, daß Sri Lanka die „undiszipliniertеste Armee der Welt" habe.

Gerade während meines Besuches in Sri Lanka finden die Gespräche zwischen fünf tamilischen Widerstandsbewegungen und der srilankischen Regierung in Thimbu, der Hauptstadt Bhutans statt. Bereits am 18. Juni hatten die gegnerischen Parteien eine 12wöchige Feuerpause vereinbart, und viele hatten damals gehofft, daß sich die Situation zumindest für die Zeit der Feuerpause entspannen würde. Aber im Gegenteil, die tamilische Bevölkerung ist immer stärker der Bedrohung und den Übergriffen von sinhalesischen Zivilisten und den Sicherheitsfkräften ausgesetzt.

Nachts liege ich schlaflos auf dem Bett und höre die Schüsse und Handgranaten. Bei jedem Schuß zucke ich zusammen und denke, ob die Soldaten auf Menschen oder in die Luft schießen. Ich horche, ob die Schüsse näher zu hören sind. Manchmal wird die Dunkelheit durch Leuchtraketen erhellt. Meine Gastfamilie hat sich in das hintere Zimmer verschanzt.

Bei morgentlicher Begrüßung ist immer die erste Frage nach den Ereignissen während der Nacht (die für Tamilen beim Einbruch der Dunkelheit gegen 18.00 Uhr beginnt: dann wagt sich keiner mehr von ihnen, auf die Straße zu gehen). Informationen werden ausgetauscht und weitergegeben. Während meines Besuches werden jede Nacht Tamilen von sinhalesischen Zivilisten getötet. Meistens handelt es sich bei den Tätern um sogenannte „Homeguards", die von lokalen Politikern beziehungsweise Parlamentsabgeordneten zur „Selbstverteidigung" bewaffnet worden sind. Ihnen wird somit von offizieller Seite freie Hand gegeben, Tamilen zu töten. Keine Polizei, kein Gericht befaßt sich mit diesen Morden. Auch keine Zeitung schreibt die Wahrheit, denn diese werden von der Regierung kontrolliert und zensiert. Als zwei Tage vor meinem Besuch acht Tamilen in einem Flüchtlingslager nahe bei Trincomalee nach Augenzeugenberichten von den Militärs erschossen wurden, schrieben die Zeitungen daß „Terroristen" Tamilen töteten, wobei nach offiziellem Sprachgebrauch Terroristen gleichbedeutend mit Tamilen sind!

Am zweiten Morgen meines Besuchs kommen die Nachbarn aufgeregt und erzählen, daß ein aus Colombo ankommender Bus am Stadtrand von sinhalesischen Mobs überfallen, sechs tamilische Passagiere getötet und 12 weitere schwer verletzt worden seien. Zwei Mädchen seien von den Mobs in den Dschungel verschleppt worden. Bis zu meiner Abreise war ihr Schicksal unbekannt. Die Leichen der Getöteten waren zunächst verschwunden, werden dann aber am folgenden Tag in einem Schulgebäude gefunden. Eine der verletzten Überlebenden ist eine Frau vom Bürgerkomitee. Die über 50 Messerstiche in ihrem Rücken und ihre zerschnittenen Brüste beweisen die Brutalität der Mobs. Im städtischen Krankenhaus kann aber den Schwerverletzten nicht viel geholfen werden, denn die medizinische Versorgung ist seit geraumer Zeit zusammengebrochen. Da die meisten Ärzte geflüchtet sind, können nur Notoperationen durchgeführt und erste Hilfe geleistet werden. Blutspenden müssen jeweils von Angehörigen des Patienten organisiert werden, da sonst das Militär die Blutreserven für sich beschlagnahmen würde.

Am Freitag kommt die Nachricht, daß in der nordöstlich von Trincomalee gelegenen Stadt Vavuniya die Sicherheitskräfte morgens über 200 Tamilen getötet und 250 verletzt haben. Ein BBC-Journalist, der als Augenzeuge über das Massaker berichtet, wird von der Regierung wegen „Verbreitung von Lügen" scharf angegriffen. Und selbstverständlich dementiert die Regierung, daß ein solches Massaker stattgefunden habe. Indische Zeitungen berichten, daß noch Tage nach dem Massaker eine Friedhofsatmosphäre in Vavuniya herrschte. Am gleichen Tag gegen Mittag fahren die Marinesoldaten auf den Straßen Trincomalees herum und schreien auf sinhalesisch, daß sie jetzt alle Tamilen töten werden. Plakate mit derselben Ankündigung sind auf die Hauswände geklebt worden. Die Menschen rennen von Haus zu Haus und geben die Nachricht weiter. Wortlose Panik. Kleine Kinder werden in „sichere" Häuser gebracht, ebenfalls Mädchen und junge Frauen, um sie vor Vergewaltigungen durch die Soldaten zu schützen. Nach kurzer Zeit ist es auf den Straßen totenstill und die Haustüren sind verriegelt.

Zum Glück passiert an dem Nachmittag nichts. Am Abend werden aber beim Bahnhof drei Tamilen, die gewagt hatten, auf die Straße zu gehen, getötet.

Am folgenden Tag, es ist Samstag, ist das Leben lahmgelegt. Jeder hat Angst. Eilig werden die notwendigsten Besorgungen gemacht. Viele versuchen, noch einen Platz im Bus zu bekommen, um aus der Stadt zu fliehen. Gegen Mittag kommt die Nachricht, daß in dem drei Meilen entfernten Nachbarort die Sicherheitskräfte gerade Tamilen erschießen. Es wird schon von vielen Toten berichtet. Sprachlose Panik. Wieder werden die Kinder und Mädchen, die morgens nach Hause zurückgekehrt waren, in „sichere" Häuser geschickt und die Türen verschlossen. Schnell mache ich noch ein Foto von der absolut menschenleeren, einst sehr belebten Hauptstraße, während die Nachbarn Ausschau halten, daß kein Militärfahrzeug kommt, denn in dieser Situation zu fotografieren, könnte auch einem Ausländer das Leben kosten.

Die Armeeflugzeuge kreisen dicht über den einstöckigen Häusern. Quälende Nachmittagsstunden: man sitzt, schweigt, steht auf und läuft unruhig hin und her. Es gibt keine Worte in dieser Situation. Da ich nicht beten kann, schreibe ich Briefe nach Deutschland, in der Hoffnung, daß die Information dort weitergegeben wird.

Ich schreibe seitenweise in mein Tagebuch und mache Notizen über die Ereignisse, doch bin ich konfus und unfähig, mich zu konzentrieren. Mein Gastgeber mir gegenüber flüstert immer wieder vor sich hin: „falls sie uns heute töten werden ...". Auch ich habe Angst.

Meine Freunde bitten mich eindringlich, sofort abzureisen, da abzusehen sei, daß die Verkehrsverbindungen bald eingestellt werden (was dann auch geschieht) und ich meinen Rückflug nach Indien rechtzeitig erreichen muß. Auch gefährde ich durch meine Anwesenheit die tamilischen Freunde, da Kontakte zwischen Tamilen und Ausländern als verdächtigt gelten. Daß diese Befürchtung nicht übertrieben ist, beweist der Fall eines Tamilen in der Nachbarschaft, der kurz nach Abreise seines britischen Besuchs von den Mili-

tärs getötet wurde. Zu meiner eigenen Sicherheit kann ich mich nicht darauf berufen, daß ich Ausländerin bin, denn ich könnte ja im Ausland berichten, was in Sri Lanka geschieht. Und wohl aus diesem Grund sind in den letzten Monaten mehrere Ausländer von den Sicherheitskräften erschossen worden. Am Tage meiner Abreise werden ein Japaner getötet und zwei Malaysier durch Polizeikugeln verletzt, da diese bei einer Straßenkontrolle ihren Wagen angeblich nicht angehalten haben. Entschuldigend schreiben die Zeitungen von der "Übernervosität" der Polizei.

Bevor ich früh am nächsten Morgen mit einem Minibus nach Colombo fahre, nehme ich noch Abschied von meinen Freunden und Bekannten. Mein Freund hat nur den Wunsch, daß ich einmal sein Grab aufsuchen soll, falls er getötet wird. Auf eine gemeinsame Zukunft wagen wir jetzt nicht zu hoffen.

Der Bus fährt mit hoher Geschwindigkeit auf der (für das Militär) gut ausgebauten Straße durch den Dschungel. Gerüchten zufolge sollten die hier operierenden tamilischen Befreiungsbewegungen als Vergeltung für die Massaker der vergangenen Tage die Straße und die Eisenbahnlinien verminen. Es wird gewarnt, nach 10.00 Uhr unterwegs zu sein. Während der Fahrt wird der Bus sechsmal von der Polizei beziehungsweise von den Militärs angehalten. Alle Passagiere — außer mir — müssen den Bus verlassen und ihre Ausweise kontrollieren lassen. Bei einer Kontrolle wird dem Fahrer mitgeteilt, daß ab sofort keine Tamilen mehr befördert werden dürfen.

Nach meiner Abreise aus Trincomalee hat sich die Situation dort offenbar noch mehr zugespitzt. Es wird von neuen Massakern an Tamilen und verbrannten Häusern berichtet. Lebensmittel sind knapp geworden, weil die Lebensmittellieferungen von Sinhalesen beschlagnahmt und geplündert werden. Tausende sollen wieder aus der Stadt geflohen sein. Ich weiß nicht, ob mein Freund und die anderen Freunde noch am Leben sind.

Aber auch die Medien hier schweigen zu dem Völkermord in Sri Lanka. Und auch die wenigen Meldungen, die veröffentlicht werden, geben in der Regel die Regierungsversion wieder, die selten der Wahrheit entspricht. Dagegen wird täglich über Asylanten (von denen ein großer Teil Tamilen sind) berichtet; sie werden als Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert, die die Bundesrepublik überfluten.

Es wird bewußt geleugnet, daß es sich hier ebenfalls um Menschen handelt, die vor Verfolgung und Massakern Schutz suchen, wie jene, die aus Vavuniya und Trincomalee flüchteten.

Rai Li

Siehe auch blätter des iz3w Nr. 127, August 1985, S. 15 „Sri Lanka brennt nicht nur im Norden"

Nepal

Unruhe im Himalaya

Die Bombenanschläge, bei denen im Juli dieses Jahres 8 Menschen ums Leben kamen und 27 verletzt wurden, zogen zum ersten Mal seit der Volksabstimmung 1980 verstärktes internationales Interesse auf die innenpolitischen Vorgänge in dem Hindukönigreich Nepal. Damals hatte die Bevölkerung sich mit knapper Mehrheit gegen die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems entschieden. Die erneuten Unruhen veranlassen zu der Frage, ob hinter den Anschlägen einzelne, weniger ernst zu nehmende Gewalttätige oder ein gestärktes revolutionäres Potential stehen. Weshalb lassen Unruhen in dem abgelegenen Himalaya-Staat die Großmächte dieser Welt aufhorchen? Wie stark wackelt König Birendra's Thron diesmal?

Nepal ist ein schmaler Landstreifen, ca. 835 km lang und 160 km breit, der die Südabdachung des zentralen Himalaya bildet. Im Norden grenzt Nepal an die volksrepublik China, im Osten, Süden und Westen an Indien und bildet somit eine Art Puffer zwischen den beiden regionalen Großmächten. Die jüngsten Bevölkerungsangaben schwanken zwischen 15 und 17 Millionen Einwohnern, von denen immer noch 80 % als Analphabeten zu bezeichnen sind. Bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 81 $ im Jahr lebt über die Hälfte der Nepalesen unter der sogenannten Armutsgrenze. Nepal zählt zu den zehn ärmsten Agrarstaaten der Welt. Die Gesellschaft ist Geprägt von einem Kastensystem, das in beinahe undurchschaubarer Weise mit einer Stammeshierarchie verwoben ist. Nach den Brahmanen (Priesterkaste) und den Chettris (Kriegerkaste, die mit ihrem Rana-Zweig bis 1951 das Land regierte) folgen in der gesellschaftlichen Bedeutung mehrere Stämme wie die Newars, Rais, Limbus, Gurung, die in sich wiederum in Kasten aufgegliedert sind. Am unteren Ende der Leiter stehen die Unberührbaren wie etwa Schuhputzer oder Müllbeseitiger.

Der Grundbesitz ist äußerst ungleich verteilt: 69 % der Bevölkerung besitzen und bewirtschaften nur ein Zehntel des anbaufähigen Bodens. Die 10 % Großgrundbesitzer, die 60 % des Bodens besitzen, gehören den einflußreichen oberen Kasten an (Brahmanen, Chetis und Thakurs). Etwa 90 % der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft (meist in Form kümmerlicher Subsistenzwirtschaft auf viel zu kleinen Äckern), die knapp 60 % zum Bruttosozialprodukt beiträgt (Dienstleistungssektor 27 %, Baugewerbe 9 %, Industrie 4 %).

In den letzten Jahren wurde Nepal immer stärker von ausländischer Hilfe abhängig. Im Haushaltsjahr 1983/84 erhielt das Land 65 % mehr Auslandshilfe als im Vorjahr. Der Außenbeitrag in Höhe von 4,2 Mrd. nepalesischen Rupien (NR), der sich aus Grants (1,6 Mrd. NR) und Anleihen (2,6 Mrd. NR) zusammensetzt, machte 43 % der Gesamtausgaben bzw. 63 % der staatlichen Entwicklungsausgaben aus. 1984/85 betrug die weitere Steigerung der ausländischen Hilfe schätzungsweise 22 %.

Hatte sich die Auslandsverschuldung zwischen 1975 und 1979 auf ca. 1 Mrd. NR vervierfacht, war diese 1984 auf rund 6 Mrd. NR angewachsen. Die Angaben bezüglich der Schuldendienstrate (Anteil der Deviseneinnahmen aus Exporten von Gütern und Dienstleistungen, der für Zins- und Tilgungszahlungen verwendet werden muß) differieren zwischen 5,5 und 12 %.

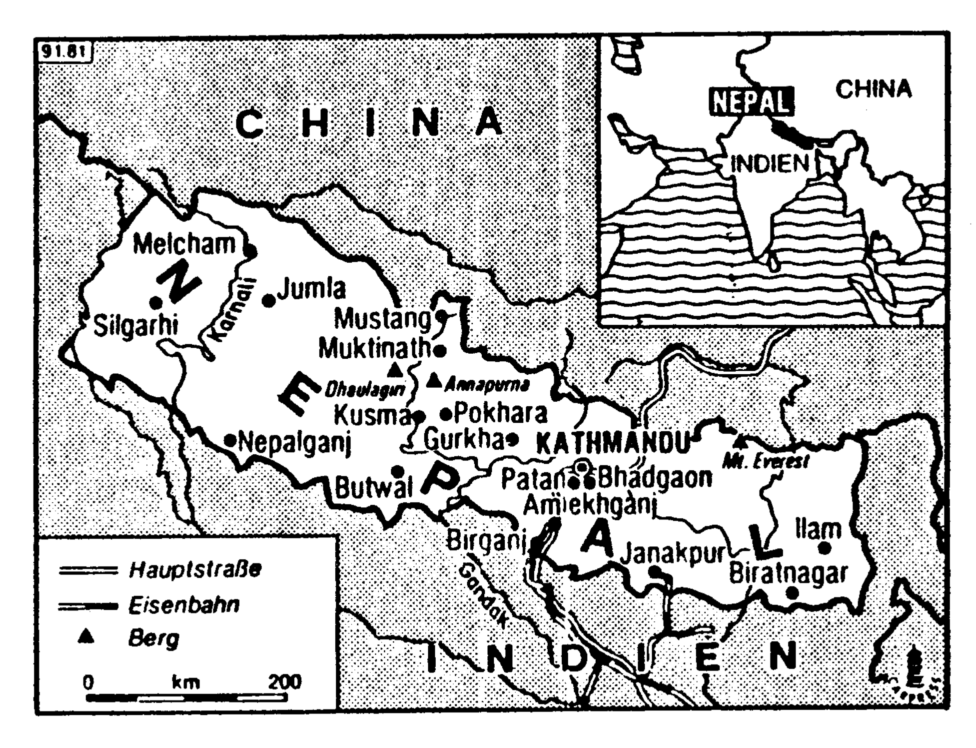
Das internationale Interesse an der innenpolitischen Lage Nepals ist weniger wirtschaftlicher als vielmehr strategischer Natur. Für die VR China liegt Nepal unmittelbar in ihrer asiatischen Einflußsphäre. Sowohl die mächtigen Nachbarn Indien und China als auch die USA und die UdSSR sind sehr daran interessiert, daß Nepal's Status und Funktion als Puffer zwischen den beiden regionalen Großmächten erhalten bleibt. Jede innenpolitische Regung wird daher sofort mit aufmerksamem Interesse verfolgt. Nicht ohne strategische Überlegungen bauten die Chinesen in dem unwegsamen Hochgebirgsland mit einem kaum vorhandenen Straßennetz eine Straße, die nach Lhasa in Tibet (s. Karte) führt.

Die machtpolitische Einflußnahme durch den südlichen Nachbarn Indien hat eine lange Geschichte. Wer immer in Indien herrschte, hatte ein wachsames Auge auf die Himalaya-Region. Nicht zuletzt ist der enge Kontakt zwischen der Nepali Congreß-Partei NCP (s. Kasten) und der

indischen Kongreß-Partei zu nennen. Immerhin organisierte P. B. Koirala den Widerstand der verbotenen Opposition mehrere Jahre lang aus dem indischen Exil.

Auch die zwar nicht unmittelbar benachbarte UdSSR ist an dem Schicksal des kleinen Pufferstaates interessiert und politisch präsent. Sowohl das sowjetische als auch das chinesische kommunistische Lager hat zahlreiche Anhänger unter der politisch interessierten und aktiven Minderheit der nepalesischen Bevölkerung. Neben der NCP sind diese beiden wohl die wichtigsten der zahllosen verbotenen politischen Gruppierungen.

Die USA gewährten mit umgerechnet etwa 1 Mrd. DM dem abgelegenen Himalaya-Staat, dessen ‚entwicklungpolitische Absorptionsfähigkeit' längst überschritten ist, bisher die meiste finanzielle Hilfe. Sie scheint damit ihr aufgrund militärstrategischer Überlegungen vitales Interesse an dem Pufferstaat demonstrieren zu wollen, der wegen der Unruhen in den Nachbarstaaten Bangladesh und Pakistan und den schleppenden Beziehungen Washingtons zu Indien in den letzten Jahren noch an Bedeutung gewann. Bei König Birendra's Staatbesuch Anfang 1984 erkannten die USA sein Konzept von Nepal als ‚Zone des Friedens' an, das er 1973 auf der Konferenz der Blockfreien in Algier vorgeschlagen hatte. Im Gegensatz zu China konnten sich die UdSSR und Indien dazu bisher nicht durchringen.



Die politischen Parteien blieben nach der Volksabstimmung 1980 verboten, bei der die Nepalesen sich bei geringer Wahlbeteiligung (ca. 50 %) mit knapper Mehrheit für das reformierte Panchayat-System (s. Kasten) entschieden. Die Opposition mußte die Niederlage hinnehmen; Wahlbetrug wurde zwar vermutet, konnte jedoch nicht eindeutig nachgewiesen werden.

Die drei wesentlichen Oppositionsparteien (die NPC, die prochinesische und prosowjetische kommunistische Partei) hatten 1981 die Wahlen zum 7. Nationalen Panchayat boykottiert und damit den Weg der parlamentarischen Einflußnahme, deren Gewicht aufgrund der absoluten Macht des Königs sowieso sehr gering ist, verlassen. Als im Mai dieses Jahres die Enttäuschung über die Arbeit der Parlamentarier die Stimmung im Volk beherrschte, riefen die NCP und mehrere kommunistische Gruppen zum zivilen Ungehorsam (Satyagraha) auf, um die Wiederzulassung politischer Parteien im Parlament zu bewirken. Besonders die Bevölkerung der Mittelklasse, Intellektuelle und die jüngere Generation fühlen sich vom politischen Geschehen ausgeschlossen und äußerten immer lauter werdenden Unmut gegenüber Mißwirtschaft und Korruption. Anstatt die ökonomischen, sozialen und ökologischen (z.B. durch Abholzung bedingte Bodenerosion) Probleme des Landes verantwortungsbewußt anzugehen, ist die Mehrheit der napalesischen Elite nach wie vor mit ostentativem Konsum und intrigenreichem Gerangel in der politischen Hierarchie beschäftigt.

Bei den Aktionen des zivilen Ungehorsams in Kathmandu und einigen südlichen Städten waren 7000 (!) Teilnehmer, darunter alle Parteiführer, verhaftet worden. Angeblich wurden einige der festgenommenen Studentenführer sogar gefoltert. Am 20. und 21. Juni explodierten dann mehrere Bomben in Kathmandu und einigen Städten im Süden des Landes. Bei den Anschlägen, die gegen den Palast, das Parlamentsgebäude und ein Luxushotel gerichtet waren, kamen 8 Menschen ums Leben.

Die NCP verurteilte die Anschläge und brach die Kampagne zivilen Ungehorsams vorläufig ab. Während die Polizei weitere 100 Menschen festnahm und durch auffällig verstärkte Präsenz sowie außergewöhnliche Kontrollen und Bewachungen ‚Ruhe und Ordnung' wiederherstellte, spielte die Regierung die Zwischenfälle als isolierte Aktionen exremistischer Studentengruppen herab.

Zu den Attentaten bekannten sich später drei nepalesische Exilpolitiker, die Führer der bislang weitgehend unbekannten ‚Janwadi Morcha' (Forum des Volkes). Sie gaben an, über 600 ‚trainierte Kämpfer', drei Partisanenlager in Nepal und 7000 Freiwillige zu verfügen. R. P. Singh, Präsident der J. Morcha, war früher Anwalt am Obersten Gerichtshof Nepals und führender Mitarbeiter des charismatischen Politikers B. P. Koirala. Nachdem er 1971 mit einem antimonarchistischen Programm für das Parlament kandidierte, wurde er sofort verhaftet. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis 1976 gründete er die 'Janwadi Morche'. Mit den Bombenanschlägen wollte seine Organisation das Bewußtsein über die ‚tyrannische Herrschaft' König Birendra's auch im Ausland stärken und die Unangreifbarkeit von Palast, Monarch und Regime widerlegen. Der Satyagraha-Kampagne der vorangegangenen Wochen maß er wenig Erfolg bei, da ihr die ‚Massenbasis' fehle.

Diese innenpolitischen Unruhen sind sicherlich nicht — wie in den offiziellen Verlautbarungen der nepalesischen Regierung — herunterzuspielen. Immerhin detonierten erstmals in dem Hindukönigreich Bomben, fielen diese antimonarchistischen Anschläge mit den Aktionen des gewaltlosen Widerstandes gegen das Verbot von Parteien zusammen. Der Kampf gegen die absolute Monarchie beschränkt sich jedoch nach wie vor auf Kathmandu und einige städtische Zentren. Der großen Mehrheit der Bevölkerung, die auf dem Land lebt (ca. 90 %) fehlt mangels Bildung und Information (weder Tageszei-

Plakat zu Südafrika

In Eigeninitiative entstand ein Antiapartheidplakat dessen Erlös Organisationen wie der ODF, dem ANC und der SAAWU zukommen soll. Beim Verkauf sollten mindestens 2,- DM plus Versandkosten hereinkommen.

Bezug: Gerhard Schwarz
Stichwort: Plakate
Klauprechtstr. 16
7500 Karlsruhe 1
Tel. 0721/816302

tung noch TV; lediglich staatlicher Rundfunk) jeder Zugang zu innenpolitischen Aktivitäten. Die gläubigen Hindus (ca. 60 % der Bevölkerung) verehren den König als Inkarnation des Gottes Vishnu; von der buddhistischen Minderheit wird er als kommender Buddha geheiligt. Für eine ernsthafte Gefährdung der Monarchie und der Panchayat-Verfassung gibt es noch keine Anzeichen. Die Krone kann sich auf die bewaffnete Macht von etwa 45.000 Soldaten und Polizisten stützen. Beide Machtapparate verfügen über eine, im Vergleich zur Armut des Landes, ausgezeichnete Infrastruktur und Ausbildung. Kathmandu ist von ausgedehnten militärischen Anlagen umgeben. Am Rande jeder größeren Stadt sind Truppen stationiert. Die Soldaten, die legendären Gurkhas, machen einen äußerst disziplinierten Eindruck. Solange sie loyal zur Monarchie stehen, sitzt König Birendra sicher auf seinem Thron.

Marion Krimm

Anmerkungen:

1. s. ‚blätter des iz3w' Nr. 79, 1979
2. vgl. Far Eastern Economic Review 1981
   Munzinger Archiv (Internationales Handbuch)
   Institut für internationale Solidarität, Info 1/80
   ‚blätter des iz3w', Nr. 79, 1979
3. 5,81 Nr = 1 DM (Ankaufkurs vom 30. 8. 84)
4. vgl. Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 10/84
   FR vom 3. 1. 84
5. vgl. FR vom 3. 1. 84
   Hannoversche Allg. Zeitung vom 27. 6. 85
6. vgl. FAZ vom 23. 5. 81 und 25. 6. 85
   NZZ vom 23./24. 6. 85
   Hannoversche Allgemeine vom 27. 6. 85

Die Nepali Congreß Partei (NCP)

Zwischen 1846 und 1951 herrschte in dem Hindukönigreich Nepal tatsächlich nicht das Königshaus, sondern die Familie der Ranas, die das Amt des Premier an sich gerissen hatte und es weitervererbte. Sie verfolgte eine Politik der engen Zusammenarbeit mit der englischen Kolonialmacht in Indien und schirmte das Land von allen anderen äußeren Einflüssen völlig ab.

Die NCP wurde – von der indischen Kongreß-Partei inspiriert – 1946 u.a. von B. P. Koirala gegründet und war maßgeblich an der Beendigung der Herrschaft der Rana's und der Wiederherstellung der konstitutionellen Monarchie unter König Tribhuvan beteiligt, der dem westlichen Demokratieverständnis aufgeschlossen gegenüberstand. 1959 trat die erste demokratische Verfassung Nepals in Kraft. Im gleichen Jahr errang die NCP bei den Parlamentswahlen einen sensationellen Sieg. Die Regierung unter Nepals erstem und bisher letztem demokratisch gewähltem Premier B. P. Koirala dauerte jedoch nur 18 Monate. König Mahendra (er hatte 1955 die Thronfolge angetreten) löste 1960 Regierung und Parlament auf, inhaftierte die Führung der NCP und übernahm die absolute Macht. Sämtliche Parteien wurden verboten; 1962 erließ Mahendra die Panchayat-Verfassung.

Das Panchayat-System

Dieses System ist eine dreistufige Form der Volksvertretung im Rahmen der absoluten Monarchie. Der Name leitet sich von der untersten Stufe des Systems ab, nämlich den rund 20 Stadt- und 3300 Dorf-Panchayats, die aus jeweils fünf Vertretern eines Wahlbezirks bestehen. Das Panchayat ist auf dem gesamten indischen Subkontinent als traditionelle Form der Dorfselbstverwaltung verbreitet. Bis zu der Volksabstimmung im Mai 1980 waren der Bevölkerung fast alle Partizipationsmöglichkeiten genommen, da lediglich die Dorfräte (Dorf-Panchayats) direkt gewählt wurden. Auf Distriktebene (Nepal ist in 75 Verwaltungsdistrikte aufgeteilt) und nationaler Ebene wählten nur die bereits gewählten Panchas (= Mitglieder) des jeweils untergeordneten Gremiums aus ihrer Mitte die Abgeordneten des Distrikt-Panchayats und des Rashtriya (= Natiolal-) Panchayats. So wurden de facto die einflußreichsten langsam herausgefiltert, und besetzten die politischen Machtpositionen. Die Panchayats bestehen zur überwältigenden Mehrheit aus Angehörigen der oberen Kasten und Stämme, die meist gleichzeitig über Landbesitz oder anderweitigen Einfluß verfügen.

Nach der Volksabstimmung im Mai 1980, zu der König Birendra aufgrund der massiven politischen Unruhen 1979 aufgerufen hatte, reformierte er das Panchayat-System. 1981 wurden erstmals 112 der 140 Abgeordneten des Nationalen Panchayats direkt gewählt. Die restlichen 28 werden weiterhin vom König ernannt. Politische Parteien bleiben jedoch verboten; zur Wahl standen nur Politiker, die sich zum Panchayat-System bekannten. Der Premier wird vom Rashtriya-Panchayat gewählt und muß 60 % der Stimmen auf sich vereinigen. Andernfalls ernennt der König den Ministerpräsidenten aus einem Dreiervorschlag.

Die Exekutive liegt beim König als Staatsoberhaupt, der ein Vetorecht gegen die vom Parlament verabschiedeten Gesetze hat.

„Leert die Kerker"

Zum erstenmal seit dem Putsch äußert sich auf Kundgebungen in der Türkei angestauter Unmut über die Unterdrückung der Militärs. In der Öffentlichkeit und im Parlament finden heftigen Debatten statt. Im Zentrum steht dabei die Amnestiefrage.

Nadelstiche gegen das Militär

„Leert die Kerker — Generalamnestie" — das war die zentrale Parole auf Kundgebungen, zu denen die sozialdemokratischen Parteien SODEP (Soçialdemokrat Partisi) und HP (Halkim Partisi) Ende Mai/Anfang Juni aufgerufen hatten. Insbesondere die Istanbuler Kundgebung der außerparlamentarischen SODEP erregte beträchtliches Aufsehen. Zwischen 40.000 und 60.000 Personen waren dem Aufruf zur Demonstration „Für Demokratie und Freiheit — gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit" gefolgt, trotz massiver Abschreckung durch ein riesiges Polizeiaufgebot und behördliche Schikanen im Vorfeld. Bemerkenswert war dabei, daß sich die Teilnehmer der Kundgebung nicht an die von den Veranstaltern vorgegebenen, behördliche genehmigten Parolen hielten und die Redner ständig durch Parolen wie „Nieder mit der faschistischen Diktatur", „Nicht den Polizeistaat, Freiheit wollen wir", „Nieder mit der faschistischen Verfassung", „Nein zum YÖK"[1], „Freiheit für die DISK" unterbrochen wurden. Eine Provokation für die Militärs, da außer den verbotenen Forderungen nach Generalamnestie auch Parolen gerufen wurden, die den verbotenen Organisationen aus der Zeit vor dem Putsch (z. B. Gewerkschaftsverband DISK oder die linksrevolutionäre Bewegung DEV YOL) zugeordnet werden. Neben Arbeitern und Studenten waren auch viele Hausfrauen mit leeren Kochtöpfen erschienen. Diese Demonstration hat zum erstenmal seit dem Putsch einen wachsenden Unmut der Bevölkerung über Unterdrückung und Verelendungspolitik des Regimes auf die Straße gebracht. Am Ende der Kundgebung wurden über 100 Personen, darunter zwei führende SODEP-Funktionäre, wegen „Rufens illegaler Parolen" festgenommen, von denen sich bis jetzt vier in Militärgerichtsverfahren verantworten müssen.

Die Reaktion von Staatspräsident Evren ließ, wie in allen politischen Fragen, nicht lange auf sich warten. „Es ist uns eine große Lehre, daß diese Leute sogar unter dem Kriegsrecht so etwas wagen können." erklärte er nach der Kundgebung. Wie ernst solche Drohungen des Präsidenten immer noch zu nehmen sind, zeigte sich Ende September, als das Begräbnis des seit langem mit Auftrittsverbot belegten Volkssänger Ruhi Su zur politischen Demonstration geriet: bei der Beerdigung, an der auch die Vorsitzenden von HP und SODEP, Gürkan und Inönü, teilnahmen, wurden ca. 200 Leute festgenommen. Ein massives, durch drei Panzer unterstütztes Polizeiaufgebot hinderte die Menge am Betreten des Friedhofs. Anfang Oktober waren bis auf die Journalisten noch alle Festgenommenen in Polizeihaft. 60 von ihnen sind inzwischen den Militärgefängnissen überstellt worden.[2]

Beide Ereignisse beleuchten schlaglichtartig die Möglichkeiten außerparlamentarischer Opposition. Zum einen die prekäre Situation der Linken, die sich nicht durch die sozialdemokratischen Parteien vertreten fühlen und sich dennoch in ständiger Gefahr sehen, in deren Schlepptau zu geraten, da diese (HP u. SODEP) als einzige irgendwie fortschrittlich geartete Gruppe offiziell Kundgebungen oder Versammlungen durchführen und sich öffentlich äußern darf, ohne sofort von der ganzen Härte des Repressionsapparates der Militärs getroffen zu werden. Zum anderen wird die Bevölkerung zunehmend unzufrieden und von der anfänglichen Duldung des Militärregimes ist wenig übriggeblieben. Da sich die Menschen nicht offen gegen das Militär zur Wehr setzen können, sind sie dazu gezwungen, ihren Widerstand bei Beerdigungen, bei Konzerten und ähnlichen Ereignissen zu äußern. Eine Form illegaler Aktionen sind sporadische Störmanöver durch Piratensender, die sich für einige Minuten ins offizielle Rundfunkprogramm einblenden und verbotene Lieder wie die „Internationale" abspielen.

Die Amnestieforderung

Nach dem Militärputsch von 1961 und 1971 war der Übergang der Zivilregierung mit einer Amnestie besiegelt worden. Der Putsch von 1971 fand nach großen Streiks und Demonstrationen gegen die Demirel-Regierung statt und wurde mit der Ausbreitung von Anarchie und Chaos begründet. Das MIlitär unterdrückte massiv die Linken, verfügte das Kriegsrecht und ließ foltern. Im Gegensatz zu den Generälen vom 12.9.80 wagten diese Militärs jedoch nicht, die Verfassung grundlegend anzutasten. Schließlich wurden 1973 allgemeine Wahlen abgehalten und die siegreiche Republikanische Volkspartei (CHP) unter Ecevit mußte gemäß ihrer Wahlversprechen eine relativ weitgehende Amnestie erlassen.[3]

Dieser Verlauf des Putsches von 1971, der sich in gewisser Hinsicht als „Vorspiel" des Putsches von 1980 betrachten



Redner Inökü konnte sich gegen Parolenrufer kaum durchsetzen

läßt, hat in dem Bewußtsein der türkischen Bevölkerung offenbar die Erwartungshaltung hinsichtlich einer Amnestie bestärkt. Dies hängt mit der Verkündung eines Zeitplans für die „Rückkehr zur Demokratie" durch die Generäle nach dem Putsch 1980 zusammen, der formal gesehen auch eingehalten wurde, mit dem Unterschied, daß die Generäle sich mit der Verfassung von 1982 eine Sicherung ihrer Machtstellung und die Grundlagen für eine Institutionalisierung der Militärdiktatur schufen. Abgesehen davon ist die Rückkehr von einer Militärdiktatur zu einer parlamentarischen Demokratie in den meisten Ländern mit einer Amnestie verbunden.

So waren es v. a. die Angehörigen der Gefangenen, welche die Forderung nach Amnestie erhoben, sobald Özal seine „Zivilregierung" antrat. Über zwei Millionen Briefe von Verwandten und Angehörigen setzten sich Ende 1983 für eine Amnestie ein. Zehntausende von Oppostionellen (Die Zahlen schwanken stark – nach offiziellen Angaben gibt es zur Zeit ca. 6.000 politische bei insgesamt 70.000 Gefangenen in der Türkei, in Wirklichkeit wohl erheblich mehr.) sind in den vergangenen Jahren durch die Mühlen von Polizei, Folter und Gefängnis gegangen. Viele derer, die für Parolenschreiben, Demonstrationsteilnahmen oder Organisationszugehörigkeit „nur" Strafen bis zu 5 Jahren zu erwarten hatten, wurden mittlerweile aus der Haft entlassen. Zum Teil sind sie noch heute in einem der politischen Massenprozesse angeklagt. Ihre Vorstrafen bzw. laufende Militärgerichtsverfahren beschränken ihre Rechte beim Zugang zu Arbeitsplätzen in staatlichen Betrieben, Hochschulen und Schulen. Die Amnestie beträfe unmittelbar die Lebensumstände zehntausender Menschen und ihrer Familien.[4]

Die beginnende Amnestiediskussion in der Presse wurde kurzerhand durch ein Machtwort von General Evren verboten.

Die Amnestie und die Verfassung von 1982

Als sich die Generäle die Verfassung von 1982 auf den Leib schrieben, schränkten sie den gesetzlichen Spielraum für eine Amnestie stark ein, damit auch weiterhin „Ruhe und Ordnung" im Lande herrsche. Der Artikel 87 verbietet ausdrücklich diejenigen zu amnestieren, die „...anstreben, die unteilbare Einheit des Staates mit seinem Land und der Nation zu zerstören ... die Vorherrschaft einer Klasse über eine andere herbeizuführen ... oder Unterschiede in Sprache und Bekenntnis zu schaffen...". Diese Formulierungen entsprechen im Detail den berüchtigten „Gesinnungsparagraphen" 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, durch die bisher jede linke Opposition, jedes marxistische Gedankengut und der Freiheitskampf der Kurden kriminalisiert wurden. Ähnliche Formulierungen wurden in Artikel 14 der neuen Verfassung aufgenommen. In der Konsequenz verbietet die Verfassung eine Amnestie für Linke.



Gürkan und Inönü, Vorsitzende von HP und SODEP

Die Amnestiedebatte im Parlament und das „Reuegesetz"

Trotz des Machtwortes von General Evren flammte die Diskussion um die Amnestie wieder auf. Die Angehörigen verstärkten ihre Aktionen und Petitionen, um auf die Situation in den Gefängnissen aufmerksam zu machen, wobei in der Bevölkerung große Sympathie für die Amnestieforderungen geweckt wurde. Darauf brachte die sozialdemokratische HP eine Gesetzesvorlage ins Parlament ein, um sich so an die Spitze der Bewegung zu setzen. Die Amnestieforderungen beherrschen die öffentliche Diskussion in der Türkei, seit sie von allen im Parlament befindlichen Parteien aufgegriffen wurden. Allerdings erwiesen sich die Hoffnungen auf eine Generalamnestie als verfehlt. Alle Parteien sind sich darin einig, daß Gefangene, die wegen „staatsfeindlicher Aktionen" angeklagt und verurteilt sind, von der Amnestie ausgeschlossen werden sollen. Vor allem Evren und Regierungschef Özal haben unmißverständlich klargemacht, daß eine Amnestie für politische Gefangene ausgeschlossen ist. Nach Aussage des Justizministeriums könnten höchstens 60% der momentaren Gefängnisinsassen in den Genuß einer Amnestie kommen.

Das geplante Amenstiegesetz ist nur Augenwischerei und Beschwichtigung sowohl für die innere Opposition als auch für die kritischen Stimmen im Ausland. Wohlgesonnene Regierungen, wie die der BRD, sollen in ihrer Meinung bestärkt werden, die Demokratie in der Türkei mache Fortschritte. Türkische Behörden, die eine Amnestie befürworten, begründen dies mit der katastrophalen Überbelegung der Gefängnisse und den damit verbundenen Kosten.

Gleichzeitig zur Amnestiedebatte wurde von der Özal-Regierung ein sogenanntes Reuegesetz verabschiedet, das Strafminderungen für Angehörige „staatsfeindlicher Organisationen" vorsieht, wenn sie zu Denunzianten werden. Für Informationen über Staatssicherheitsdelikte, zu denen noch kein Ermittlungsverfahren läuft, wurde „reuigen" Tatbeteiligten sogar Straffreiheit zugesichert. Neben den Strafvergünstigungen garantiert der türkische Staat den Verrätern Namensänderungen, gesicherten Auslandaufenthalt, in einzelnen Fällen sogar kosmetische Gesichtsoperationen. Viele Linke vermuten daher, daß solche Personen auch als Spitzel angeworben werden sollen.[5] Gegen das „Reuegesetz" hatte Evren zunächst sein Veto eingelegt, weil es keine Straffreiheit für Täter geben dürfe, er hat es später ohne große Änderungen akzeptiert. In welch engem Zusammenhang die Amnestiedebatte und das Denunziantengesetz stehen, machte Özal in einem Interview der „International Herald Tribune" deutlich: „Wir können diejenigen, die gegen den Staat agiert haben, nicht amnestieren. Das verbietet die Verfassung. Wir haben nun zu denjenigen, die bereuen und Informationen über ihre Organisationen liefern gesagt, wir werden eure Urteile herabsetzen und euch in manchen Fällen nicht aburteilen. Für die Gefangenen, die nicht der Anarchie angeklagt sind, werden wir diesen Sommer eine Amnestie überlegen. Aber das ist sehr gefährlich, wenn man weiß, daß einem diese Leute jedesmal mehr Probleme machen, wenn man eine Amnestie macht."[6]

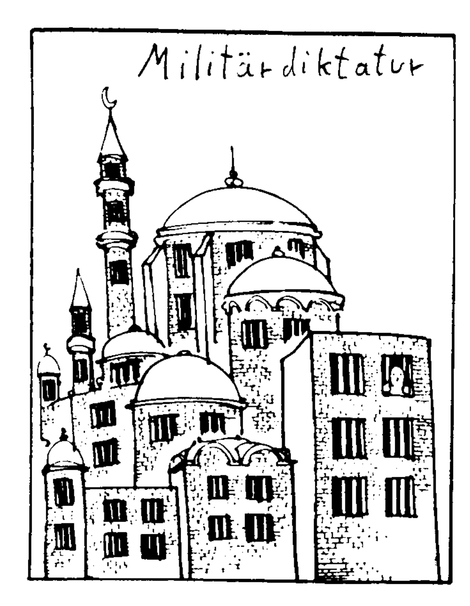
Von der Möglichkeit einen Antrag auf Strafmilderung zu stellen, haben bis Ende September rund 300 Gefangene Gebrauch gemacht. Vor allem in dem Verfahren gegen die 759 Bewohner der 20.000-Seelen-Stadt Fatsa hat das Reuegesetz Wirkung gezeigt. Drei der Angeklagten ließen sich zu Kronzeugen umdrehen. Eine Lawine von Verrat und Anschuldigungen zwischen Mitangeklagten wurde ausgelöst, was das rechte Massenblatt Tercüman in einer mehrteiligen Serie ausschlachtete. In dieser Serie wurde versucht, „Modell Fatsa", ein bei den Linken zum Symbol gewordenes Experiment kommunaler Basisorganisation und Selbstverwaltung, als blutrünstiges „Ter-

rorregime der Kommunisten" zu denunzieren.[7]

Die Amnestiedebatte in der Öffentlichkeit und im Parlament lief währenddessen die ganze Zeit weiter, die allgemeinen Erwartungen auf eine Amnestie konzentrieren sich auf den Jahrestag der Republik im Oktober. Die von HP und SODEP angeregte Gesetzesvorlage wurde an eine Komission aus Abgeordneten der beiden Parteien verwiesen. Darin erschöpften sich die Sozialdemokratischen Maßnahmen. Zunächst war eine „umfassende Amnestie" angekündigt. Dies wurde dann dahingehend konkretisiert, daß die Amnestie auf „Meinungsdelikte" ausgeweitet werden sollte, was sich auf Verfahren bezog, wie den „Intellektuellenprozeß" gegen 49 Unterzeichner einer Petition für Demokratie und Freiheit. Einzelne HP-Abgeordnete äußerten gelegentlich, man strebe eine Verfassungsänderung an. Schließlich wurde der gemeinsame Vorschlag der beiden sozialdemokratischen Parteien Anfang Oktober unter dem Titel „Gesetzesvorschlag zur Erreichung von Amnestie und gesellschaftlichem Frieden" ins Parlament gebracht. Danach sollen Todesstrafen in 30jährige, Lebenslänglich in 24jährige Haftstrafen umgewandelt und sonstige hohe Strafen um 10 Jahre reduziert werden. Die Strafen für sogenannte Meinungsdelikte nach § 141 und 142 sollen um 10 Jahre ausgesetzt, also vorerst nicht vollstreckt werden. „Gewalttätige" und politisch motivierte Organisationsdelikte vor allem nach § 146 (Umsturzversuch) sollen zusammen mit einer Reihe von anderen „Staatsvergehen" und Delikten wie Waldbrandstiftung, Schmuggel und Bestechung, grundsätzlich von der Amnestie ausgenommen sein. Dazu muß angemerkt werden, daß der „Umsturzparagraph" 146 in vielen der politischen Massenprozesse Grundlage der Anklage ist, daß immer noch mit fingierten, oft unter unsäglicher Folter zustandegekommenen Geständnissen gearbeitet wird, und daß schließlich viele „bewaffnete Aktionen" der Linken vor dem Putsch im Kern Akte der Verteidigung gegen Angriffe von Faschisten waren.[8]



Tan Oral, 1971





Mehr ist von der „umfassenden" Amnestieforderung von HP und SODEP nicht übriggeblieben. Unter dem Anspruch, die Amnestie gegenüber den Militärs durchzusetzen, kam die Machtlosigkeit der Sozialdemokratie zum Vorschein.

Trotzdem wurde die Initiative der Sozialdemokraten von der Regierungspartei ANAP wegen der vorgesehenen Amnestierung von Meinungsdelikten als verfassungswidrig bezeichnet. Eine eigene Vorlage der Regierung für ein „Amnestiegesetz" wird derzeit der Öffentlichkeit gegenüber noch unter Verschluß gehalten: Es wurde lediglich bekannt, daß auf der Kabinettssitzung am 6.9.85 einige Minister den Kreis der zu Amnestierenden auszuweiten vorschlagen, da nach dem vorliegenden Entwurf nur 20.000 Häftlinge in den Genuß einer Amnestie kämen.[9]

Schlußbemerkung:

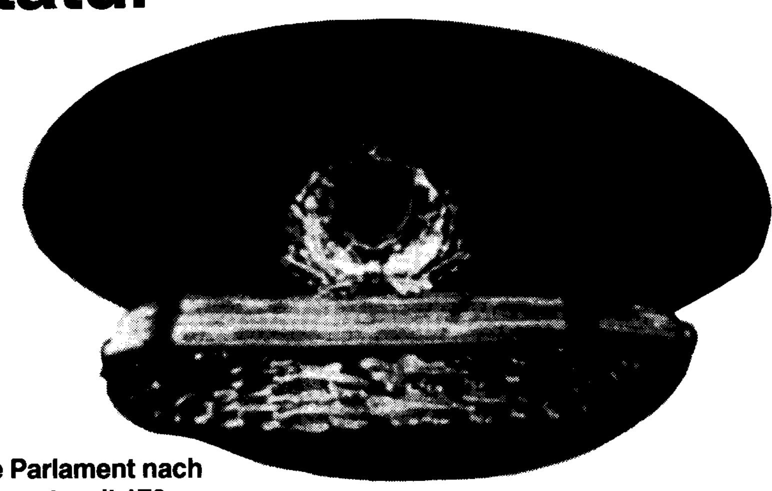
Abschließend läßt sich zu der Amnestiedebatte sagen, daß sie vor allem ein Verwirrspiel gegenüber den berechtigten Forderungen der von der Repression Betroffenen und der Öffentlichkeit darstellt. Inwieweit diese Forderungen nach einer Generalamnestie aufrechterhalten werden können trotz der zu erwartenden Teilamnestie, die politische Gefangene ausschließt, wird die weitere Entwicklung zeigen. Von einer Öffnung, wie sie bei uns von den am „Partner Türkei" interessierten Kreisen der Herrschenden in Politik und Wirtschaft propagiert wird, kann allenfalls ander Oberfläche die Rede sein. Es ist eher eine Verhärtung der antidemokratischen Verhältnisse und eine Institutionalisierung der Militärherrschaft festzustellen. Insbesondere die durch die Verfassung von 1982 abgesicherte Machtstellung der Militärs und vor allem General Evren's gegenüber allen gesellschaftlichen Institutionen wird immer wieder deutlich. Nicht zuletzt zeigen dies die ständigen Einmischungen und Machtworte, mit denen Evren jede unliebsame Regung zu unterbinden trachtet. Eine von der Bremischen Bürgerschaft beauftragte unabhängige Beobachterdelegation aus Richtern und Experten, der u. a. Bundesrichter a. D. Martin Hirsch angehörte, hatte dazu Mitte 1984 festgestellt, daß „... die Abgeordneten und Regierungsmitglieder die Grenzen dessen, was erlaubt ist (kennen). Diese Grenzen sind, soweit es die abstrakten Prinzipien betrifft, im Gesetzeswerk der Militärs nachzulesen. Soweit es konrete Fragen angeht, stellt Evren in öffentlichen Reden klar, wo es langgeht. Bisher war ... immer Schluß mit allen Debatten, wenn Evren sich geäußert hatte." Die Abschlußbemerkung der Delegation ist heute noch gültig: „Der formale Übergang zur Demokratie hat weder in Bezug auf die allgemeinen Grund- und Freiheitsrechte noch bezüglich der Menschenrechte irgendeine nennenswerte Verbesserung gebracht. Als besonders bedrückend haben wir die Situation in den kurdischen Gebieten empfunden."[10]

u. w.

Anmerkungen:

1 Kontrollrat für die Universitäten, '82 nach einem gleichnamigen Gesetz geschaffen, hat die Autonomie der Univeristäten abgeschafft und diese nach allgemeiner Einschätzung in „Kadettenanstalten" verwandelt.
2 taz v. 1.10.85
3 Vergl. auch E. Schmitt, Die Geschichte der Türken, S. 46ff, in: Türkei Bd. 1, Hrsg. Eberhard Schmitt, Express Edition, Berlin 1984
4 nach „Türkei- und Kurdistan-Bulletin", Extra zum 12.9.85
5 Interssanterweise wurde bei den in dem Reuegesetz genannten Paragraphen anscheinend jener ausgespart, nach dem die faschistische MHP angeklagt wurde, offenbar um peinliche Enthüllungen über den Terror der Faschisten vor dem Putsch und seine Verquickung mit dem Geheimdiens MIT und der vom CIA geschaffenen sog. Konterguerilla zu vermeiden. Vgl. dazu J. Roth/K. Taylan, „Republik unter Wölfen", Lamuv Verlag, Köln '81, Kapitel „CIA und Konterguerilla"; Information nach Tatsachen aus der Türkei, Nr. 26, August/September 1985
6 taz v. 20.8.85
7 Türkei infodienst (TID) Nr. 112
8 vgl. Roth/Taylan aao.
9 TID Nr. 117
10 Bremische Bürgerschaft, Landtag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/263, 24.10.84

Von der Militärdiktatur zum Polizeistaat



Im Juni dieses Jahres verabschiedete das türkische Parlament nach außergewöhnlich heftiger Debatte das neue Polizeigesetz mit 179 gegen 99 Stimmen. Dieses Gesetz stattet die Polizei mit umfangreichen Kompetenzen aus und bietet eine juristische Absicherung gravierender Menschenrechtsverletzungen. Daher wird sich die Menschenrechtssituation kaum verbessern. Vielmehr versuchen die Militärs die Schmutzarbeit an die Polizei zu deligieren.

Ministerpräsident Özal lieferte selbst die beste Begründung für das neue Polizeigesetz: „Es ist notwendig, daß die Autoritätslücke, die mit der Aufhebung des Kriegsrechts entstehen wird, auszufüllen. Um das Land nicht ständig unter Kriegsrecht regieren zu müssen, müssen wir dieses Gesetz beschließen."

Während in knapp der Hälfte der 67 türkischen Provinzen noch immer Kriegsrecht bzw. Ausnahmezustand herrschen, scheint das neue Gesetz den reibungslosen Übergang zum zivilen Belagerungszustand vorzubereiten. Die Polizei kann nun das tun, was seit dem Putsch von Militärs und Gendarmen praktiziert wurde.:

1. Personen, die „der Teilnahme an einer kollektiven Straftat verdächtigt" werden, können festgenommen und bis zu 15 Tagen verhört werden, ohne daß eine Informationspflicht gegenüber Angehörigen besteht. Eines Verbrechens verdächtigte Einzelpersonen können dagegen ebenso wie ohne Ausweis angetroffene bis zu 24 Stunden festgehalten werden. Politische Aktivitäten von Linken sind naturgemäß meist „kollektive Handlungen", zudem liegt die Auslegung der Verdachtsmoment wiederum im Ermessen der Polizei.

Dies wiegt umso schwerer als gerade die ersten Tage in Militärgefängnissen und Polizeistationen nachweislich die besonders gefährlichen Tage für die Festgenommenen sind: unter Ausschluß der Öffentlichkeit läßt es sich leichter foltern!

2. Gegen Angriffe und Widerstände kann nach Ermessen der Polizei von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. Alle dabei entstehenden Ausgaben werden von den Sicherheitsbehörden getragen. Eine juristische Verfolgung schießwütiger Polizisten wird vom Gesetz quasi ausgeschlossen. Sollte es dennoch dazu kommen, so darf der Beamte nach Zusatzparagraph 9c „während des Verfahrens auch abwesend sein ... das Honorar seines Anwalts kann nach Weisung des Innenministeriums ... vom Haushalt der Sicherheitskräfte bezahlt werden." Schadenersatzzahlungen gegen die Polizei sind ausgeschlossen. Auch der gedeihlichen Zusammenarbeit der verschiedenen „Sicherheitskräfte" wird durch das neue Gesetz der Rücken gestärkt. Die Polizei darf in jeder Hinsicht mit dem Geheimdienst zusammenarbeiten.

3. Gerichtliche Zeugen und Experten können per polizeilicher Verfügung un unter Androhung von Strafen gezwungen werden, sich nicht von ihrem Aufenthaltsort zu entfernen. Hierzu muß man wissen, daß die Anklagen in den politischen Massenprozessen überwiegend auf sog. Zeugenaussagen beruhen, die auf Polizeistationen unter Druck zustandegekommen sind. Tausenfach wurden nicht nur die Angeklagten, sondern ebenfalls Angehörige und Bekannte von der Polizei und mit ihr kollaborierenden Faschisten tagelang festgehalten und mißhandelt, um so die gewünschten „Zeugenaussagen" zu präparieren. Vielfach wurden diese „Zeugen" mit verbundenen Augen zum Unterschreiben einer nie gelesenen Aussage gezwungen. In einigen Verfahren ist nun jedoch die Situation entstanden, daß die Zeugen vor Gericht von erlittenen Folterungen berichten und mutig „ihre" früheren Aussagen zurücknehmen.

4. Die Polizei erhielt die Kompetenz, bereits im Gefängnis Einsitzende erneut für 15 Tage zur Vernehmung abzuholen. Damit schweben die Angeklagten während der Gerichtsverfahren ständig in Gefahr, für ihre Aussagen vor Gericht mit erneuter polizeilicher Vernehmung, d. h. erneuten Folterungen bestraft zu werden.

5. Im Zusammenhang mit Reislamisierungstendenzen (s. Artikel von R. Werle) müssen Befugnisse für die Polizei, die sich zur Verfolgung von Sittenverstößen bzw. „Moraldelikten" eignen, gesehen werden. Theater und Kinos dürfen geschlossen werden, wenn die Aufführungen nach Auffassung der Polizei „dem verfassungsmäßigen System und den guten Sitten abträglich" sind. Mit derselben Begründung können sogar einzelne Polizisten Filme, Musik- und Videokassetten zensieren, beschlagnahmen und deren Verkäufer verhaften. Jederzeit festnehmen und erkennungsdienstlich behandeln kann die Polizei alle Personen, die „Sittenverstöße begehen oder ein Verhalten aufweisen, daß aus Gründen der öffentlichen Ordnung nicht hingenommen werden kann." Darunter fallen beispielsweise Homosexuelle. Dieser Paragraph bekommt angesichts folgender Fakten eine andere Dimension:

Von der Regierungspartei ANAP wurden zahlreiche ehemalige führende Mitglieder der faschistischen MHP, deren ehemaliger Chef Türkeş am 10. 4. „aus gesundheitlichen Gründen" aus der Haft entlassen wurde, in hohe Posten der Ministerialbürokratie gehievt. Ebenso wurden ehemalige MHPler, z. B. T. Toskay und führende ehemalige MSP-Mitglieder (Orthodox-islamische „Heilspartei") in führende Posten von Universitäten und, was am meisten Wirbel verursachte, in den Vorsitz der staatlichen Hörfunk- und Fernsehgesellschaft TRT berufen. T. Toskay, im Vorstand der TRT verbot umgehend den Gebrauch von über 200 Begriffen im Rundfunk. Da es sich dabei vor allem um in fortschrittlich-intellektuellen Kreisen gängige Begriffe handelte, wurde dies von der rechten Presse als „Vertreibung des linken Slang aus dem TRT" (Tercüman 15.1.85) gefeiert. Inzwischen haben sich dem Wörterverbot das staatliche Statistikamt und das Polizeipräsidium von Ankara angeschlossen!

In der westlichen Presse erregte, fast noch mehr als das Gesetz selbst, die äußerst heftig geführte Kontroverse im türkischen Parlament und der Öffentlichkeit Aufsehen, war es doch das erste Mal seit der Installierung der „gelenkten Demokratie" im Sinne der Militärs durch die Novemberwahlen '83, das eine Gesetzesvorlage auf entschiedenen Protest der parlamentarischen Opposition stieß. Die gemäßigt sozialdemokratische HP kündigte im Falle einer vorschnellen Verabschiedung sogar einen Mißtrauensantrag gegen die Özal-Regierung an, ihr sonst äußerst zurückhaltender damaliger Vorsitzende Calp sprach von Folter- und Polizeistaat, andere Abgeordnete der HP verglichen das Gesetz mit denen „totalitären Systeme" und „Gestapo-Vollmachten". Ein Abgeordneter erregte die Parlamentarier mit der ironischen Bemerkung, man solle das Gesetz nur schnell verabschieden, um danach die Hinrichtungen zu erledigen, selbst ein Abgeordneter der von den Militärs gegründeten MDP prangerte Folterpraktiken auf den Polizeirevieren an. Die Debatte lief unter tumultartigen Begleitumständen mit teilweise tätlichen Ausfällen; solche Szenen lösten z. B. die Bemerkung eines HP-Abgeordneten aus, nach dem neuen Gesetz könne Regierungschef Özal verhaftet werden, wenn er händchenhaltend mit seiner Frau spazierengehe.

Die wilde Empörung von Opposition und Presse, das Gesetz würde nun das Händchenhalten in der Öffentlichkeit verbieten, geht jedoch am Kern der Sache vorbei. Politisch stellt das Gesetz vielmehr eine Festschreibung des vorherigen Zustandes, eine Institutionalisierung des Kriegsrechts dar, mit dem Unterschied, daß die meisten bis dahin dem Kriegsrecht vorbehaltenen Kompetenzen und Machtbefugnisse der Militärs nun auf die Polizei übertragen wurden. Die Polizei erhält damit das nahezu uneingeschränkte Recht, in allen gesellschaftlichen Bereichen zu intervenieren.

Umso erstaunlicher mutet daher der scharfe Protest sämtlicher Oppositionsparteien von der (außerparlamentarischen) sozialdemokratischen SODEP und HP bis hin zur MDP (dem ehemaligen Patenkind der Generäle) an, die vereinigt gegen die „Einführung des Polizeistaates" Sturm liefen, obwohl sie die vom Militär ausgeübten Repressionen meist schweigend geduldet hatten. Der Grund dafür dürfte darin liegen, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf Dauer mit den stereotypen Mahnungen vor einer Rückkehr zu „Anarchie und Terror" nicht zu befrieden ist und die bürgerliche Opposition ihre Zeit gekommen sieht, sich als Kämpfer für Demokratie in Erinnerung zu bringen. Ein weiterer Grund für die Heftigkeit des Protestes gegen das Polizeigesetz ist sicher darin zu sehen, daß nach der von den Generälen 1982 installierten Verfassung und dem Parteiengesetz jede Kritik an den „Maßnahmen des 12. September", d. h. dem Putsch und der in seinem Gefolge von den **Militärs** ausgeübten blutigen Unterdrückung verboten ist. Die Debatte um das **Polizei**gesetz gab den Parteien die Möglichkeit, die Zustände nach dem Putsch anzuprangern, ohne die wirklichen verantwortlichen Militärs zu nennen und sich dadurch der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung auszusetzen.

Aufgrund der scharfen Auseinandersetzungen, die schließlich bis in die Reihen der ANAP reichten, wurde der Punkt, welcher der Polizei ohne richterliche Genehmigung das Öffnen von Briefen und das Abhören von Telefonen gestattet hätte, aus der Gesetzesvorlage entfernt. Ansonsten wurde das Gesetz mit nur geringfügigen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung mit großer Mehrheit verabschiedet, 106 Abgeordnete der verschiedenen Parteien lösten wohl ihre Gewissensnöte dadurch, daß sie der Abstimmung fernblieben. Wertet man die Abwesenden als potentielle Geenstimmen, so erscheint das Abstimmungsergebnis von 179 zu 99 Stimmen gar nicht mehr so sicher. Offenbar brachten die zugelassenen und im Parlament vertretenen Parteien nicht die Kraft auf, die ihnen von den Militärs zugedachte Marionettenrolle zu durchbrechen und die nachfolgende Konfrontation mit diesen zu wagen. as/uw

Türkei-infodienst 17.6. u. 17.7.; BZ 22.7.85; FR 19.6.85; FAZ 22.6.85 u. 4.7.85; NZZ 31.7.85; taz 15.6. u. 21.6.85; Tatsachen aus der Türkei Nr. 26, Juli/August

Das Gewerkschaftsgesetz

Im Mai 1983 trat in der Türkei ein neues Gewerkschaftsgesetz in Kraft. Mit diesem Gesetz wurden die ehemaligen DISK-Gewerkschafter von der Gründung neuer Gewerkschaften ausgeschlossen. Gründer von Gewerkschaften müssen mindestens zehn Jahre als Arbeiter in der betreffenden Branche gearbeitet haben. Sie dürfen nicht vorbestraft sein und nicht an Streiks oder „gegen den Staat gerichtete Aktivitäten" teilgenommen haben. Gewerkschaften dürfen keine politischen Ziele vertreten, insbesondere nicht für Verfassungsänderungen eintreten. Die Zusammenarbeit mit politischen Parteien ist verboten. Die Finanzen stehen unter Kontrolle der Staatsbank.

Politisch motivierte- oder Solidaritätsstreiks sind unzulässig. In vielen Bereichen sind Streiks grundsätzlich verboten. Dazu gehören:

- Ausbildungsstätten, Schulen, Kindergärten
- Gesundheitsbereich
- Arbeitsbereiche zur Rettung von Leben und Eigentum
- Bestattungsunternehmen
- Arbeitsplätze zur Suche, Produktion, Reinigung und Verteilung von Wasser, Strom, Gas, Kohle, Erdöl und Petroleum
- Banken und Notariate.

Streiks können auf Anweisung des Provinzgouverneurs verboten werden, im Fall von Kriegs- oder Notstandsrecht sind Streiks grundsätzlich verboten. Wenn gestreikt wird, dürfen arbeitswillige Arbeiter nicht an der Arbeit gehindert werden, die Auslieferung von Produkten darf nicht behindert werden, die Streikenden dürfen sich nicht am oder in der Nähe des Arbeitsplatzes aufhalten und die Gewerkschaften haften für Schäden, die durch den Streik entstanden sind.

Menschenrechtsverletzungen trotz „Demokratisierung"

Offizelle Stelle in der Türkei brüsten sich damit, daß nach dem Militärputsch 1980 wieder Ruhe und Ordnung eingekerht sei. Für viele politisch Engagierte hat dies jedoch Verhaftung, Folter, Gefängnis oder den Tod bedeutet. Zwar werden die Wahlen vom November 1983 von türkischen Behörden und auch vom Ausland als großen Schritt in Richtung Demokratie bewertet, doch nach wie vor werden Menschen allein aufgrund ihrer politischen Überzeugung vor Gericht gestellt oder gefoltert.

Politische Prozesse

Massenprozesse prägen den juristischen Alltag in der Türkei. Im Prozeß gegen die Gewerkschaftskonföderation DISK wurde gegen ca. 2000 Gewerkschafter Anklage erhoben. Der Hintergrund war: nach dem Putsch lösten die Militärs den DISK-Verband und zwei kleinere Gewerkschaften auf und verboten sämtliche Streiks. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten gefährdeten die Machterhaltung der Putschgeneräle offensichtlich derart, daß sie am 24.12.81 in einem Prozeß gegen 52 führende DISK-Funktionäre in Istanbul die Todesstrafe durch die Militäranwaltschaft beantragen ließen. Die Grundlage bildete Art. 146 des türkischen Strafgesetzbuches, der für den Versuch des gewaltsamen Staatsumsturzes die Todesstrafe vorsieht. Selbst in der offiziellen Anklageschrift finden sich jedoch keine konkreten Hinweise darauf, daß die Angeklagten in irgendeiner Form Gewalt angewandt oder befürwortet hätten. Mittlerweile ist die Zahl der Angeklagten durch die Zusammenlegung des zentralen DISK-Prozesses mit den 30 Einzelgewerkschaften des DISK-Verbandes auf 1400 angestiegen. Der Großteil der Angeklagten wurde zwar mittlerweile aus der Untersuchungshaft entlassen, aber für 78 Angeklagte forderte die Militäranwaltschaft die Todesstrafe.

Im Massenprozeß gegen die revolutionäre Organisation Dev-Yol sitzen in Ankara 574 Angeklagte auf der Anklagebank. In diesem Verfahren, das am 18.10.82 begann, wurde gegen 186 Angeklagte die Todesstrafe beantragt. Seit Beginn des Prozesses sind einige Angeklagte in der Haft gestorben, oder wurden auf „der Flucht erschossen". Insgesamt stieg die Zahl der Angeklagten durch die Zusammenlegung mit anderen Prozessen um mehrere hundert Angeklagte an. Daneben finden noch weitere Massenprozesse in Istanbul (1023 Angeklagte), Artvin (924 Angekl.) und Erzurum (970) statt.

792 Personen, d. h. etwa 3% der Bevölkerung der Stadt Fatsa, denen die Unterstützung der Befreiungsbewegung Dev-Yol vorgeworfen wird, stehen unter Anklage. Die Todesstrafe forderte man in

Spendenaufruf für die politischen Gefangenen in der Türkei



Sie wissen es nicht,

Aber sie wissen es nicht,
daß die widerstandsfähigen
Samenkörner der Freiheit,
deren Blut sich seit Jahren
mit dem Wasser dieser Erde
vermischt hat, angefangen
zu keimen.
Eine junge Pflanze ist
schwer zu brechen.
Dann wird sie zum Baum,
vom Baum zum Wald.
So ein Wald wird es sein,
daß er weder durch Abholzen
noch durch Abbrennen
vernichtet werden kann.
Freundschaft und Brüderlichkeit
überall erklingen,
ein dicht schützender Wald.
So ein Wald.

Illyas Has 1982

Ilias Has wurde im Oktober 1984 von der Junta hingerichtet.

Fünf Jahre nach dem Militärputsch sitzen immer noch über 6.000 politische Gefangene in den Knästen der Türkei. Vor allem in den kurdischen Gebieten und den großen Städten der Westtürkei werden immer wieder Razzien und Verhaftungen durchgeführt.

Die Gefangenen brauchen unsere Solidarität.

Diejenigen, die nach jahrelanger Haft freigelassen werden, sind oft durch die Haftbedingungen und Folterungen krank und bedürfen ärztlicher Behandlung. Auch sind die Anwaltskosten in den Massenprozessen von den Angehörigen der Gefangenen nicht aufzubringen.

Benötigt werden vor allem **regelmäßige** Spenden! Wir haben daher einen Solidaritätsfond eingerichtet und fordern Euch auf, diese Arbeit durch einen monatlichen Beitrag von DM 10,- (oder mehr) zu unterstützen, werbt Freunde und Bekannte für diese Hilfsaktion!

Dauerauftrag:
Spendenkonto
Katharina von Kerssenbrock
Kto.-Nr. 1201/469267 (BLZ 200 505 50)
Hamburger Sparkasse

oder: schickt uns die folgende Einzugsermächtigung an Katharina v. Kerssenbrock, Eimsbüttler Str. 45, 2000 Hamburg 50

Hiermit erkläre ich mein Einverständnis, daß das Türkei-Komitee c/o K. v. Kerssenbrock, Eimsbüttler Str. 45, 2HH 50 als Spende zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei jeden Monat einziehen läßt.

DM .... von meinem Konto Nr. ....

Krd.institut .... BLZ ....

Name ....

Datum/Unterschrift ....

268 Fällen. Konkrete Beschuldigungen für Gewalttätigkeiten liegen nur für einen geringen Teil der Angeklagten vor. Bereits zwei Monate vor dem Putsch besetzte das Militär die Stadt am Schwarzen Meer, in der die Bevölkerung verschiedene Selbstverwaltungsprojekte durchgeführt hat. Den Tod des ehemaligen Bürgermeisters von Fatsa, Fikri Sönmez, der im Mai letzten Jahres an einem Herzinfarkt starb, provozierten die Militärs, in dem sie ihm eine Behandlung seines Herzleidens untersagten. Vom Verbot und politischer Verfolgung waren noch viele andere politische Organisationen betroffen: Miglieder der türkischen Friedensvereinigung, die sich u. a. für allgemeine und kontrollierte Abrüstung und für die Bannung aller Arten von Massenvernichtungswaffen einsetzten, wurden 1982 verhaftet. Wegen angeblichen Mißbrauchs des „heiligen Namens" des Friedens verurteilte man 18 Mitglieder zu acht Jahren Haft und anschließendem 32monatigem internem Exil. Fünf weitere Mitglieder sind zu je fünf Jahren Haft und 20monatigem internem Exil verurteilt worden. Anfang September 1984 wurden diese Urteile vom Revisionsgericht aufgehoben und an die Erstinstanz zurückverwiesen. Alle Verurteilten befinden sich jedoch auch weiterhin in Haft.

Einschränkung der Verteidigerrechte

Eine faire Verteidigung bleibt in diesen Prozessen für viele Angeklagte ein Wunschtraum. Einschränkungen der Verteidigerrechte sind an der Tagesordnung; oft wird dabei selbst gegen die türkische Strafprozeßordnung verstoßen. So wurden im erwähnten DISK-Verfahren verschiedene Anwälte zeitweise aus dem Gerichtssaal verwiesen; bis zum August 1985 war die Zahl der Anwälte auf die ursprünglichen 52 Angeklagten beschränkt, obwohl die Zahl der Angeklagten mittlerweile auf über 1400 angestiegen war.[1] Zum normalen Arbeitsalltag türkischer Anwälte gehört der minimale Kontakt zu ihren Mandanten (Besuchszeit: einmal wöchentlich einige Minuten), die Aushändigung der Anklageschriften zu Beginn der Verhandlungen und die Beschränkungen ihrer Redezeit vor Gericht auf wenige Minuten. Viele Anwälte sind von daher nicht bereit, die Verteidigung politischer Gefangener zu übernehmen. So erklärte zum Beispiel Hüseyin Yildirim, der selbst wegen der Verteidigung von Mitgliedern kurdischer Organisationen verhaftet und schwer gefoltert worden war, daß viele seiner Kollegen nicht bereit seien, Kurden zu verteidigen. Einen wesentlichen Grund stellte sicherlich die Gefahr der eigenen Verfolgung dar.

Die Schwierigkeiten der Verteidigung im Falle der Kurden wird dadurch noch erheblich erschwert, daß der Gebrauch der kurdischen Sprache verboten ist. Da viele Kurden jedoch nur kurdisch sprechen, können sie sich weder vor Gericht verteidigen, noch haben sie die Möglichkeit, der Verhandlung zu folgen.

Verfolgung der Kurden

Die Kurden bilden in der Türkei die zahlenmäßig stärkste ethnische Minderheit mit eigener Sprache und eigener Kultur. Ihre Versuche, die eigene Tradition zu pflegen und ihre kulturelle Identität zu bewahren, führen immer wieder zu schweren Verfolgungen durch die jeweilige Zentralregierung. Von den türkischen Behörden werden die Kurden nicht als eigenständige Volksgruppe anerkannt. Allein die Behauptung der Existenz von Kurden kann unter dem Vorwurf der „separatistischen Propaganda" zur Verhaftung führen.

Seit dem Militärputsch wurde die Verfolgung der Kurden erheblich verschärft. Es wurden Massenverhaftungen und Razzien in kurdischen Dörfern durchgeführt. Tausende von Kurden sind in Massenprozesssen angeklagt. Viele von ihnen stehen wegen Gewalttaten vor Gericht, aber viele andere sind nur aufgrund gewaltloser politischer oder kultureller Aktivitäten angeklagt. Wie zum Beispiel der Verleger Recep Maraşli, der Inhaber eines Verlages, der überwiegend Bücher über Geschichte, Kultur und Unterdrückung der Kurden veröffentlichte, verbrachte er bereits vor dem Putsch acht Monate in Haft. Im Januar 1982 erneut verhaftet, im Juli '82 in Istanbul wegen desselben „Verbrechens" zu vier Jahren Haft verurteilt. Im Januar '83 und Mai '83 — sozusagen als Zugabe — zu weiteren 15 Jahren wegen separatistischer Propaganda verurteilt. Damit nicht genug: 1984 brachte ihm seine Mitgliedschaft in einer kurdischen Organisation acht Jahre Haft ein, Äußerungen in seiner Verteidigungsrede weitere zwei Jahre. Während einer Gerichtsverhandlung im April 1984 merkte man ihm die Folgen schwerer Folterungen an: er konnte nicht ohne Hilfe gehen und nur mit Mühe sprechen.[2]

Todesstrafe

Von Oktober 1980 bis September 1985 wurden in der Türkei
— 50 Menschen hingerichtet (darunter 27 politische Täter)[3]
— über 500 Todesurteile verhängt
— mehr als 6000 Todesstrafen beantragt.

Seit der Bildung des neuen türkischen Parlamentes müssen die Todesurteile durch die Parlamentarier bestätigt werden. Dies geschah bisher in zwei Fällen, beide Todesurteile wurden kurze Zeit nach der Bestätigung vollstreckt. Inzwischen liegen dem Parlament ca. 60 Todesurteile zur Bestätigung vor.

ai-Appell

Mehdi Zana, 46 Jahre, kurdischer Abstammung, verheiratet, zwei Kinder.

Er ist ehemaliger Bürgermeister von Diyarbakir. Im September 1980 wurde er verhaftet und im Oktober 1983 angeblich wegen Seperatismus, der Verteilung von Feuerwaffen und der Benutzung einer falschen Identität zu mehr als 24 Jahren Haft verurteilt. Später erhielt er weitere 7 Jahre und acht Monate für das Ausrufen von Schlagworten während seiner Urteilsverkündung.

Tatsächlich aber liegt der wirkliche Grund der Verurteilung von Mehdi Zana an seiner hohen Stellung innerhalb der kurdischen Gesellschaft.

Da Mehdi Zana nach unseren Erkenntnissen weder Gewalt angewendet noch befürwortet hat, adoptierte amnesty international ihn als gewaltlosen politischen Gefangenen.

Mehdi Zana wurde während seiner Haftzeit mehrfach gefoltert. Dies bestätigte eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die ihn am 27. April besuchte. Dabei berichtete er, daß er infolge der Folterungen auf dem linken Ohr taub und aufgrund der Verschiebung eines Rückenwirbels unter ständig wiederkehrenden Rückenschmerzen leidet.

Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe:

Drängen Sie darauf, daß Mehdi Zana unverzüglich freigelassen wird.

Drängen Sie die Behörden, eine unparteiische Untersuchung der berichteten Folterungen durchzuführen und dafür zu sorgen, daß die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

Drängen Sie darauf, daß – im Sinne einer Schutzvorkehrung gegen Folter – Angehörigen und Rechtsanwälten während der gesamten Haftdauer Zugang zu Gefangenen gewährt wird und sie über den Aufenthaltsort von Häftlingen korrekt unterrichtet werden.

Apelle an den Staatspräsidenten:
His Excellency
President Kenan Evren
Devlet Basbakanlik
Ankara/Türkei

Appelle an den Ministerpräsidenten:
His Exellency Prime Minister
Turgut Özsal
Office of the Prime Minister
Basbakanlik
Ankara/Türkei

Kopien Ihrer Schreiben senden Sie bitte an die
Kanzlei der Botschaft der
Republik Türkei
Utestr. 47
5300 Bonn 2

Die Briefe sollten in Englisch oder Deutsch geschrieben werden.

Haftbedingungen

Die Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen sind immer wieder Anlaß zu Hungerstreiks der Inhaftierten. Im Juli 1983 traten ca. 2000 Gefangene in Istanbuler Gefängnissen aus Protest gegen Folter, Hinrichtungen, Haftbedingungen und Behinderungen des Kontakts zu Rechtsanwälten in den Hungerstreik. Aus denselben Gründen hungerten politische Gefangene im September '83 im Militärgefängnis von Dyarbarkir. Der Streik wurde beendet, nachdem von den Behörden die Beendigung der Folterungen sowie die Verbesserung der Haftbedingungen zugesichert worden war. Diese Zusicherungen wurden jedoch einige Zeit später wieder zurückgenommen. Deshalb fand von Ende Dezember bis Anfang März 1984 erneut ein Hungerstreik statt. An den Folgen dieses zweiten Hungerstreiks starben zwei Menschen, 45 weitere Personen mußten aufgrund ihres schlechten gesundheitlichen Zustandes in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Zum Alltag in türkischen Gefängnissen gehören überfüllte und feuchte Zellen ebenso wie die Beschränkung der Besuchszeit auf nur wenige Minuten. Teilweise kommt es auch vor, daß Nahrungsmittel bewußt mit Zigarettenstummeln, Seife oder ähnlichem Unrat verdorben werden. Dies dient ebenso wie routinemäßige Folterungen der Erniedrigung der Gefangenen und der Erzeugung von Angst. Desweiteren werden die Gefangenen gezwungen sich militärischem Drill zu unterwerfen: angefangen beim Tragen einheitlicher Gefängniskleidung über das Absingen von Marschliedern bis hin zu Exerzierübungen.[4]



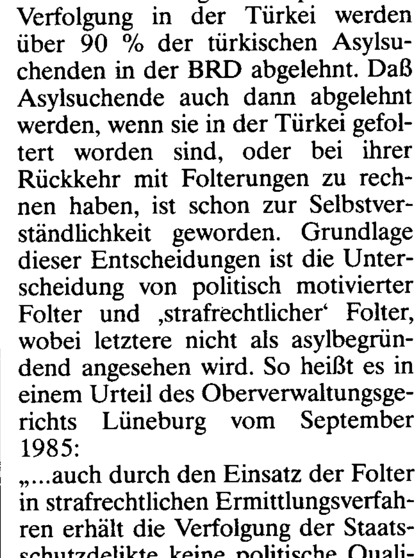
General Evren und sein Clan haben guten Grund zufrieden zu sein

Folter

Umfang und Brutalität der Folterungen an Gefangenen in türkischen Haftanstalten haben sich auch nach den Wahlen vom November 1983 nicht verringert. Gefoltert wird in Polizeistationen ebenso wie in Militärgefängnissen. Zu den häufigsten Foltermethoden gehören Elektroschocks, Schläge auf alle Körperteile, Falaka (Schläge auf die Fußsohlen), Verbrennen mit Zigaretten, Aufhängen an Füßen und Handgelenken, sexuelle Folter, aber auch Methoden der psychischen Folter: Die Folteropfer werden gezwungen, den Folterungen ihrer Ehepartner, Kinder oder Freunde zuzusehen. Scheinhinrichtigungen werden bis ins Detail nachgestellt, durch Spitzel unter den Gefangenen werden diese einem ständigen Überwachungsdruck ausgesetzt. An den körperlich und seelischen Folgen dieser Mißhandlungen haben die Opfer oft ihr ganzes weiteres Leben zu leiden. Schlafstörungen, Angstzustände und Depressionen machen es für viele unmöglich, ein normales Leben weiterzuführen. Da eine ärztliche Behandlung oft gar nicht oder nur unzureichend gewährt wird, kommt es häufig zu bleibenden Schäden wie die Lähmung von Gliedmaßen und die Schädigung der Sinnesorgane.

Die Zahl derer, die diese Folterungen nicht überlebt haben, läßt sich nicht genau angeben. Auf die Übermittlung der Namen von 70 Personen durch amnesty international, die in der Haft ums Leben gekommen waren, antwortete der damalige (1982) Staatsminister Uhan Öztrak, es seien „nur" 15 mutmaßliche Terroristen zu Tode gefoltert worden. Zu den anderen Fällen wurde erklärt, die Gefangenen hätten Selbstmord verübt, wären auf der Flucht ertrunken, oder erschossen worden. oder hätten ihren Kopf derart gegen die Wand geschlagen, daß sie an Gehirnbluten gestorben seien.

Die türkische Regierung gibt zwar offiziell zu, daß in türkischen Haftanstalten gefoltert wird, jedoch bezeichnet sie diese Folterungen als Fehlverhalten einzelner Beamter, gegen das sich kein einziges Land wirklich schützen könne. Außerdem würde Foltervorwürfen nachgegangen und — falls sich die Vorwürfe als richtig erweisen würden — die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Die Wirklichkeit unterscheidet sich jedoch erheblich von diesem Bild: man kann davon



Folter — kein Asylgrund!

Trotz der umfangreichen politischen Verfolgung in der Türkei werden über 90 % der türkischen Asylsuchenden in der BRD abgelehnt. Daß Asylsuchende auch dann abgelehnt werden, wenn sie in der Türkei gefoltert worden sind, oder bei ihrer Rückkehr mit Folterungen zu rechnen haben, ist schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Grundlage dieser Entscheidungen ist die Unterscheidung von politisch motivierter Folter und ‚strafrechtlicher' Folter, wobei letztere nicht als asylbegründend angesehen wird. So heißt es in einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom September 1985:
„...auch durch den Einsatz der Folter in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren erhält die Verfolgung der Staatsschutzdelikte keine politische Qualität." Mit dieser Begründung wurde das Asyl eines Kurden, das von einer niederen Instanz zugebilligt worden war, wieder aufgehoben. Außerdem führte das Gericht aus, daß Folterungen teilweise durch die traditionsbedingte Einstellung der Türkei zu Gewalt erklärt werden könne (FR, vom 24. 9. 85). Desweiteren wird vor bundesdeutschen Gerichten die Auffassung vertreten, daß Folter zu „Staatsschutzzwecken" keine politische Verfolgung darstellt. Einem kurdischen Asylbewerber, der in seiner Heimat bereits mehrfach festgenommen und gefoltert worden war, da er eine kurdische Zeitung verkauft hatte, wurde vom hessischen Verwaltungsgerichtshof das Asylrecht verwehrt. Begründet wurde dies damit, daß derartige Aktivitäten nach türkischem Strafrecht verboten seien, daher eine Verfolgung wegen des Verkaufs einer kurdischen Zeitschrift nicht als politische, sondern als strafrechtliche Verfolgung anzusehen sei.
Nach Auffassung der Menschenrechtsorganisation amnesty international ist die Unterscheidung zwischen politisch motivierter und „strafrechtlicher" Folter nicht haltbar, da die Folter als rechtswidriges Vorgehen von Staatsorganen immer als politisches Handeln des Staates zu werten ist. Das absolute Verbot der Folter gilt unabhängig von der Art des Vergehens, das einer Person vorgeworfen wird. Jeder Staat ist verpflichtet, das völkerrechtlich verankerte Grundrecht seiner Bürger auf Schutz vor Folter zu gewährleisten.

ausgehen, daß in der Türkei fast jede verhaftete Person gefoltert wird. In Anbetracht dieses Ausmaßes an Folter kann die geringe Zahl von Prozessen gegen angebliche Folterer nicht als eine wirksame Maßnahme gegen die Folter bezeichnet werden. Die Untersuchung von Foltervorwürfen und die Bestrafung der mutmaßlichen Folterer sind nach wie vor die Ausnahme. Es läßt sich im Gegenteil sogar sagen, daß in der Türkei mit Wissen und Billigung der regierungsamtlichen Stellen gefoltert wird. Für diese Behauptung spricht die Tatsache, daß allgemein bekannt ist, wo in der Türkei gefoltert wird.

Die Möglichkeiten von Gefolterten, gegen ihre Folter vorzugehen, sind sehr gering. Vor Gericht werden die jeweiligen Aussagen zu Folterungen oft einfach ignoriert, oder das Gericht erklärt sich als nicht zuständig. Während eines Verfahres gegen Angehörige der Kurtuluş (Organisation, die für einen unabhängigen Kommunismus eintrat) erkannte ein Angeklagter unter den zeugen den Chef eines Verhörteams, durch das er gefoltert worden war. Als er dies dem Gericht vorbrachte, wurde er wegen „Beleidigung der militärischen- und Sicherheitskräfte" angeklagt. Ein Untersuchungsverfahren gegen den mutmaßlichen Folterer wurde nicht eingeleitet.

Kommt es trotz allem dennoch zu einem Strafverfahren, so bleiben die meisten Angeklagten auf freiem Fuß, teilweise sogar weiter im Dienst. 1981 wurden 34 Polizisten, die wegen Folterns angeklagt worden waren, von General Evren wegen ihres Erfolges im Kampf gegen „Anarchie und Terror" ausgezeichnet. Einer dieser Ausgezeichneten, Enver Göktürk, wurde am 18. Oktober 1981 gemeinsam mit zwei weiteren Polizisten wegen Folter mit Todesfolge zu einem Jahr Haft verurteilt. Alle drei setzte man aber noch vor der Urteilsverkündung auf freien Fuß. Am 26. Januar 1982 meldete die Tageszeitung „Cumhuriyet", daß Enver Göktürk seinen Dienst im Polizeipräsidium in Ankara fortsetzt.

ai Koordinationsgruppe Türkei (HH)

Anmerkungen:

1 Türkei Informationsdienst (TID); 12.8.85, Nr. 113/114

2 (Hrsg.) Amnesti international (ai); Türkei — Folter und Menschenrechtsverletzungen, Juni 1985

3 TID; Nr. 117, 23.9.85

4 ai; ebenda

Frühere Veröffentlichungen der blätter des iz3w zum Thema Türkei

Aufschwung in die Krise

Die Wirtschaftspolitik der Özal-Regierung

Dieser Beitrag arbeitet die wichtigsten Wirtschaftsdaten der Türkei seit 1980 auf. Da jedoch die Wirtschaftsentwicklung in der Türkei Ausdruck einer gezielt durchgeführten Wirtschaftspolitik ist, die erst durch den Putsch und seine politischen Folgen möglich wurde, stellt er zunächst diesen ökonomischen und politischen Rahmen dar.



Versteckte Arbeitslosigkeit: Brezelverkäufer und Militär

Als die türkischen Militärs am 12. September 1980 putschten, nannten sie drei Gründe für ihre Machtübernahme:
1. Anarchismus, Terrorismus und Separatismus, die das Land ins Chaos gestürzt und den Bestand der Nation gefährdet hätten.
2. Die Handlungsfähigkeit des Parlaments und den Zerfall des parlamentarischen Systems.
3. Die tiefe Wirtschaftskrise, insbesondere die hohe Inflationsrate, die allgemein als besonders bedrückend empfunden wurde.

Die Militärs versprachen, mit diesen drei „Grundübeln" aufzuräumen, was ihnen eine deutliche Zustimmung großer Bevölkerungskreise einbrachte. Und die Militärs hatten eine klare Vorstellung davon, welche Ursachen diese „Grundübel" hätten und wie sie zu beseitigen seien: In der Sichtweise der Militärs wurzelt sowohl der Zerfall des Parlamentarismus als auch die Wirtschaftskrise im Wirken des „Terrorismus". Wesentliche Punkte wie die wachsende Devisenknappheit und das Scheitern der bisherigen Wirtschaftsstrategie der „Importsubstitution" (s. u.) tauchen in der Darstellung der Militärs nicht oder nur beiläufig auf. Und der „Terrorismus", der an allem Schuld sein soll, gilt den türkischen Generälen nicht als hausgemacht, sondern als Folge der Umtriebe des „internationalen Terrorismus" (mit Hauptsitz in Moskau).

Aus dieser Logik wird deutlich, daß die Militärs in der Zerschlagung des „Terrorismus" ihre Hauptaufgabe sahen. Und es verwundert nicht, daß die Militärs jede kritische Äußerung dem „geistigen Umfeld des Terrorismus" zurechneten, Lehrer, Wissenschaftler, Rechtsanwälte und die gesamte kritische Öffentlichkeit wurde mundtot gemacht.

Das neuerlassene Hochschulgesetz (YOK) — um nur ein Beispiel zu nennen — verwandelte die Universitäten in Kadettenanstalten, fernab jeder Freiheit von Forschung und Lehre.

Özal und die Militärs

Es ist bezeichnend für den Putsch der Militärs, daß sie jenseits der Hauptaufgabe „Zerschlagung des Terrorismus" weder auf politisch-sozialem noch auf wirtschaftlichem Gebiet ein Programm zu bieten hatten. Zugleich jedoch konnten die Militärs nicht an der Tatsache vorbei, daß die Türkei Ende der siebziger Jahre ein bankrottes Land war, das international keine Kreditwürdigkeit mehr besaß. Der Internationale Währungsfond (IWF) hatte schon gegenüber der letzten zivilen Regierung unter Demirel deutlich gemacht, daß nur die Erfüllung der IWF-Forderungen dringend benötigte Kredite ermöglichen würde. Dementsprechend hatte Demirel den früheren Weltbankmitarbeiter und Vorsitzenden des Metallarbeitgeberverbandes Turgut Özal beauftragt, ein Wirtschaftsprogramm im Sinne des IWF auszuarbeiten. Dieses Programm trat am 24. Januar 1980 in Kraft, fand auch die Zustimmung des IWF, doch vorgesehene Maßnahmen, wie das Einfrieren der Löhne und Gehälter, stießen auf eine sich rasch ausweitende Streikwelle der Betroffenen.[1]

Es waren die Militärs, die mit ihrem Putsch, der Zerschlagung von Gewerkschaften und Parteien, die Voraussetzung schufen, um allen Forderungen des IWF nachzukommen. Während die Generäle alle übrigen Politiker verhafteten und später mit einem Politikverbot auf zehn Jahre versahen, wurde Turgut Özal zum Wirtschaftsminister der Militärregierung ernannt. Damit entstand eine Arbeitsteilung: Die Militärs (allesamt keine Wirtschaftsexperten) überließen die Sanierung der türkischen Wirtschaft dem Fachmann Özal, während sie selbst sich um die „Zerschlagung des Terrorismus" kümmerten.

Diese Arbeitsteilung funktionierte bis zum Juni 1982. Die Militärs, bemüht der Weltöffentlichkeit einen Prozeß der formalen Demokratisierung zu präsentieren, hatten einen Verfassungsentwurf ausarbeiten lassen und angekündigt, diesen im

Herbst des Jahres zur Abstimmung zu stellen. Ausgerechnet in dieser Situation führte die Hochzinspolitik Özals zur Pleite des Privatbankiers Kastelli und zum Zusammenbruch zahlreicher Kleinbankiers. Tausende Sparer, die von den hohen Zinsen hatten profitieren wollen, sahen sich um ihre Spareinlagen geprellt, und trotz des Kriegsrechtes kam es zu Protestdemonstrationen. Özal mußte als Sündenbock herhalten und wurde aus der Regierung entlassen.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß Özals Hochzinspolitik durchaus den Vorstellungen des IWF entsprach. Der Bankenkrach war in den Augen Özals ein notwendiger Reinigungsprozeß, dessen politische Folgen in Kauf zu nehmen waren. Die Militärs, mit der Institutionalisierung ihres politischen Systems beschäftigt, sahen dies anders: Özal sollte nach den Regeln des IWF die Wirtschaft sanieren, aber ihren Prozeß der „Demokratisierung" nicht stören.

Ausländerrückführungspolitik

Seit Ende 1983 ist das „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern" in Kraft.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Stolz brüstet sich die Bundesregierung im Jahreswirtschaftbericht 1985, daß rund 250.000 Ausländer aufgrund dieses Gesetzes in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Über 100.000 türkische Arbeiter ließen sich den Rausschmiß aus der BRD durch die Auszahlung ihrer Rentenansprüche und Arbeitnehmersparzulagen versüßen.[1] Das Ziel scheint erreicht: der Arbeitsmarkt ist entlastet worden.[2] Nun gilt es nur noch, „in einer abschließenden Regelung abträgliche Wirkungen für die Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden und demzufolge einen freien Arbeitsmarktzugang türkischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik dauerhaft auszuschließen."[3]

Ausländische Arbeitnehmer (4,5 Millionen im Jahre 1983), speziell türkische Arbeitnehmer (mit 1,5 Millionen die zahlenmäßig stärkste Gruppe) spüren den scharfen Wind auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt auf besondere Art und Weise. Während sie 1955 noch mit Versprechungen und blumenreichen Empfängen ins Wirtschaftswunderland Bundesrepublik geholt wurden, sollen sie seit 1981 mit „ausländerpolitischen" Maßnahmen mehr oder weniger hinausgeekelt werden. Die Folgen: Zwischen 1980 und 1984 verloren fast 400.000 ausländische Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze;[4] seit 1982 kehren mehr Ausländer in ihre Heimatländer zurück als in die BRD kommen, im letzten Jahr 145.000.[5]

Betrachtet man nun die Gruppe der türkischen Arbeitnehmer genauer, so kommt man zu folgendem Bild: 1983 lebten ca. 900.000 Türken und ca. 650.000 Türkinnen in der BRD, also insgesamt die erwähnten 1,5 Millionen — eine Zahl, der seit 1980 relativ konstant war. 1984 kam der beabsichtigte Einbruch: ihre Zahl verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 126.500 auf 1,42 Millionen. Das Gros der Türken lebt zwischen 10 und 15 Jahren hier (539.400), eine weitere große Gruppe zwischen 4 und 6 Jahren in der BRD (223.300).[6] Das heißt: der Anwerbestop von 1973 schreckte türkische Arbeitnehmer nicht ab. Deshalb griff man zu härteren Maßnahmen.

Nun gibt es aber auch noch die finanzielle Seite. Die Ausländerückführung soll nicht nur den Arbeitsmarkt entlasten, sondern auch die traditionell negative „Bilanz der unentgeltlichen Leistungen" (Teil der Leistungsbilanz), in der die Heimatüberweisungen der Gastarbeiter statistisch erfaßt werden. Dieser Geldabfluß, der zwar bisher durch hohe Exportüberschüsse stets ausgeglichen wurde (Ausnahme: 1979—1981) soll zumindest langfristig verringert werden. Denn das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist ein hochrangiges wirtschaftspolitisches Ziel.

Der Negativsaldo dieser Teilbilanz verdoppelte sich nahezu — von 1978 bis 1984 auf 31,6 Mrd. DM, nicht zuletzt wegen der Verdoppelung der Heimatüberweisungen Ende der 70er Jahre. Die getroffenen ausländerpolitischen Maßnahmen stoppten lediglich das Wachstum der Rücküberweisungen. Sie sind seit 1980 auf hohen Niveau (7,9 Mrd. DM) stagniert. Der Löwenanteil wird mit 3,35 Mrd. DM (1984) von türkischen Arbeitnehmern überwiesen.[7] In dieser Hinsicht kann die Bundesregierung noch keine Erfolge verbuchen, die Leistungsbilanz wartet noch auf Entlastung. Für die ausländischen Arbeitnehmer hier kann der ungebrochene Trend hoher Heimatüberweisungen aber nur bedeuten, daß weniger Beschäftigte größere Summen überweisen und sich sowie ihre Familien zugunsten ihrer Verwandten in den Heimatländern verstärkt finanziell einschränken.

a.s.

Anmerkungen:

1 Tatsachen aus der Türkei, Nr. 26/Aug. 1985, S. 17
2 Jahreswirtschaftsbericht 1985, S. 7, Hrsg.: BMWI, 5300 Bonn — kostenlos
3 ebda., S. 27
4 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '85, S. 41, Pahl-Rugenstein
5 ifo-Institut, Spiegel der Wirtschaft
6 Statistisches Bundesamt, Jahrbuch '84 u. Jahrbuch '85
7 Statistisches Bundesamt, Zahlungbilanzstatistik August 1985, S. 22—26

Die Wahlen vom November 1983

Dieses Wechselverhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und „Demokratisierung" veränderte sich erneut mit den Parlamentswahlen im November 1983. Zu diesen Wahlen wollten 15 Parteien antreten. 12 dieser Parteien wurden von den Militärs als mißliebig entweder verboten oder nicht zu den Wahlen zugelassen; woraus auch deutlich wird, daß diese Wahlen mit Demokratie nichts zu tun hatten. Von den drei zugelassenen Parteien waren zwei von den Militärs selbst ins Leben gerufen worden. Sie sollten nach dem Willen der Generäle im neuen Parlament Regierung und Opposition spielen. Die dritte zugelassene Partei war die „Mutterlandspartei" (AnaP) Özals. Er, der den Militärs bis Juni 1982 als Wirtschaftsarchitekt gedient hatte, erschien als ausreichend konform mit den Vorstellungen der Militärs, so daß seine Partei als demokratisches Alibi dienen konnte. Was die Militärs offenkundig nicht erwartet hatten, war der überwältigende Wahlsieg Özals, dem es im Wahlkampf gelungen war, sich als unabhängig von den Militärs zu profilieren. Noch am Vorabend der Wahlen hatte General Evren in einer Ansprache indirekt vor Özal gewarnt. Nun war er der Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten.

Die unterschiedliche Bewertung der Rolle der Wirtschaftssanierung durch die Militärs bzw. Özal wurde dann auch in der Regierungserklärung deutlich, in der er feststellte: „Bei einer stabilen ökonomischen Entwicklung lösen sich soziale Fragen einfacher und rascher. Die meisten Ursachen für Unruhe eliminieren sich selbst. Wie der große Atatürk sagte: ‚Kein Sieg kann dauerhaft und fortwährend sein, wenn er nicht von ökonomischen Siegen gekrönt wird.'"[2] Diese Sichtweise Özals, in der letztlich auch der „Terrorismus" verschwindet, wenn die Wirtschaft gedeiht, ist gerade die Umkehrung der Logik, mit der die putschenden Militärs angetreten waren.

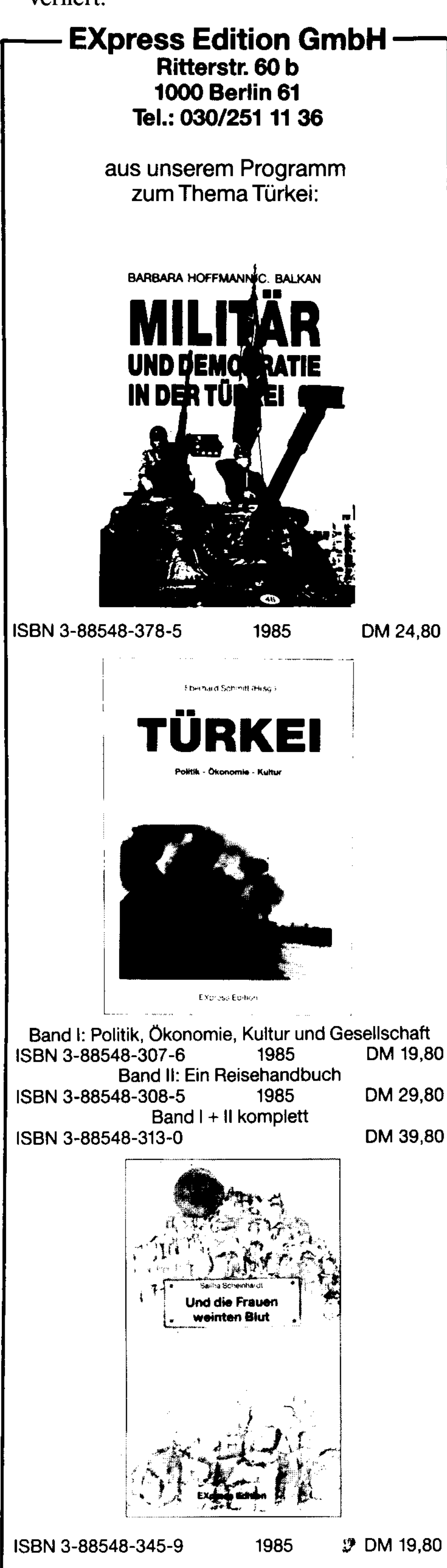
Der politische Rahmen, innerhalb dessen sich die Wirtschaftsentwicklung nach dem Putsch vollzog, läßt sich dementsprechend in drei Phasen aufteilen:

September 1980—Juni 1982: Özal saniert die türkische Wirtschaft entsprechend den Forderungen des IWF. Die Militärs sind mit der „Zerschlagung des Terrorismus" beschäftigt.

Juli 1982—November 1983: Die negativen Auswirkungen von Özals Sanierungspolitik geraten in Kollision mit dem Demokratisierungsprogramm der Militärs. Nach der Entlassung Özals fahren die Militärs einen Mittelkurs, der einerseits vom IWF toleriert wird, andererseits die „Demokratisierung" nicht gefährdet.

November 1983—heute: Mit der Er-

richtung der formalen Demokratie kann Özal seinen früheren Kurs wieder konsequent durchführen, steht nun aber auch vor der Frage, ob er seine Wähler durch die Auswirkungen dieser Politik nicht verliert.



Das Progamm des IWF

Durch alle drei Phasen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nach dem Putsch zieht sich als roter Faden, daß die türkische Wirtschaftspolitik im wesentlichen entsprechend den Forderungen des IWF durchgeführt wurde. Worum es dem IWF (nicht nur in der Türkei) dabei geht, soll nun kurz umrissen werden.

Die Entwicklung der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg war geprägt von der zunehmenden Abhängigkeit des Landes von ausländischen Waren und ausländischem Kapital. Dieser für zahlreiche Entwicklungsländer typische Weg einer abhängigen Entwicklung besitzt einen charakteristischen ökonomischen Krisenmechanismus: Da die inländische Industrie und Landwirtschaft zahlreiche Waren aus dem Ausland beschaffen muß, führte jede Steigerung des Sozialproduktes auch zu einer Steigerung der Einfuhren (Importe). Um diese Einfuhren bezahlen zu können, wäre ebenfalls steigende Deviseneinnahmen des Landes notwendig. Da dies (außer bei verschiedenen erddölexportierenden Entwicklungsländern) meist nicht der Fall ist, entsteht ein wachsendes Zahlungsbilanzdefizit, das sich zunächst durch Schuldenaufnahme im Ausland auffangen läßt. Mit dem weiteren Ansteigen von Schulden und Defiziten verliert jedoch das Land seine Kreditwürdigkeit; Devisen werden knapp und zur Produktion notwendige Waren können nicht mehr eingeführt werden. Das Sozialprodukt sinkt, die knappen Waren heizen die Inflation an und eine typische Entwicklungsländerkrise ist entstanden.

Die Nachkriegsentwicklung der Türkei hat drei solcher Krisen erlebt, in deren Folge jeweils (1960, 1971, 1980) die Militärs die Macht übernahmen. Da die Wurzeln der ökonomischen Krise in der Importabhängigkeit der Türkei lagen, entwickelten die Parteien und Regierungen in der Türkei immer wieder Konzeptionen, um diese Importabhängigkeit abzubauen. Allen Konzepten zur Überwindung der Importabhängigkeit war gemeinsam, daß sie die Lösung des Problems im Aufbau einer türkischen Industrie sahen, die all jene Waren herstellen sollte, die bisher eingeführt werden mußten. Dieses Ziel wurde zusammengefaßt unter dem Begriff der Strategie der importsubstituierenden Investitionen. Das heißt, der türkische Staat sollte gezielt Investitionen unterstützen oder selbst vornehmen, um Fabriken zu bauen, die ausländische Waren ersetzen konnten.

Die bislang tiefste Wirtschaftskrise in der Türkei, die Ende der siebziger Jahre das Land erfaßte, rief den IWF auf den Plan, dessen Allheilmittel gegen Entwicklungsländer-Wirtschaftskrisen gerade die umgekehrte Logik der Importsubstitution darstellt: Die Alternative des IWF besteht in einer neuen Wirtschaftspolitik, die das Ziel hat, die Abhängigkeit besser zu verwalten. Hatte bislang die offizielle Politik der Türkei in der Importsubstitutionsstrategie bestanden, also im Versuch, mit untauglichen Mitteln einen richtigen Anspruch auf mehr Unabhängigkeit zu verwirklichen, so besteht die neue Wirtschaftspolitik des IWF darin, die Abhängigkeit als unabänderlich zu betrachten und sich auf neue Weise damit zu arrangieren. Das Problem der Devisenknappheit soll nicht mehr durch Senkung der Importabhängigkeit gelöst werden, sondern umgekehrt durch eine starke Steigerung der Exporte. Diesem Ziel diente der gesamte Forderungskatalog des IWF.

Das IWF-Rezept der Exportorientierung wurde jedoch an eine türkische Wirtschaft gestellt, die traditionell auf den eigenen türkischen Markt eingestellt war. Es mußte also darum gehen, längerfristig eine Exportindustrie in der Türkei aufzubauen, wozu hohe Kapitalsummen und damit verbunden, eine Zunahme der Investitionen notwendig sind. An drei zentralen Forderungen des IWF soll diese Strategie verdeutlicht werden:

— **Senkung der Löhne und Gehälter:**
Damit soll einerseits erreicht werden, daß durch niedrige Lohnkosten die Wirtschaft international konkurrenzfähiger wird, andererseits ist dies gedacht als Patentrezept zur Inflationsbekämpfung. Durch Senkung der Nachfrage nach Waren und niedrigeren Lohnkosten soll Preiserhöhungen vorgebeugt werden und dadurch dem Verfall der türkischen Lira Einhalt geboten werden.

— **Abwertung der türkischen Lira:**
Ausländische Waren werden dadurch in der Türkei teurer, türkische Waren jedoch international billiger. Zentraler Effekt ist auch hierbei die Begünstigung türkischer Exporte.

— **Hochzinspolitik:**
Angesichts der hohen Inflationsrate (1980 über 100%) war das Sparen in der Türkei unattraktiv geworden, da die gezahlten Zinsen von der Inflation sofort zunichte gemacht wurden. Parallel zur Inflationsbekämpfung durch Reallohnsenkung sollten die Zinsen so angehoben werden, daß das Sparen wieder attraktiv wird. Hintergrund war die Überlegung, daß nur durch hohe Spareinlagen bei den Banken genügend Kapital zur Verfügung stünde, um eine Exportindustrie aufzubauen.

Die tatsächliche Entwicklung seit 1980

Auf den ersten Blick betrachtet hat sich seit dem Putsch in der Türkei tatsächlich ein exportgestützter Wirtschaftsaufschwung eingestellt. In Abb. 1 sind die wichtigsten Daten hierfür zusammengestellt:

Das Bruttosozialprodukt (BSP) als Indikator des volkswirtschaftlichen Wachstums ist nach einem Rückgang 1980 (—1,1%) seither Jahr für Jahr deutlich gestiegen. Und auch die Exporte als zentrales Element der neuen Wirtschaftspolitik verzeichneten gewaltige Zuwachsraten: Seit 1980 hat sich das Exportvolumen

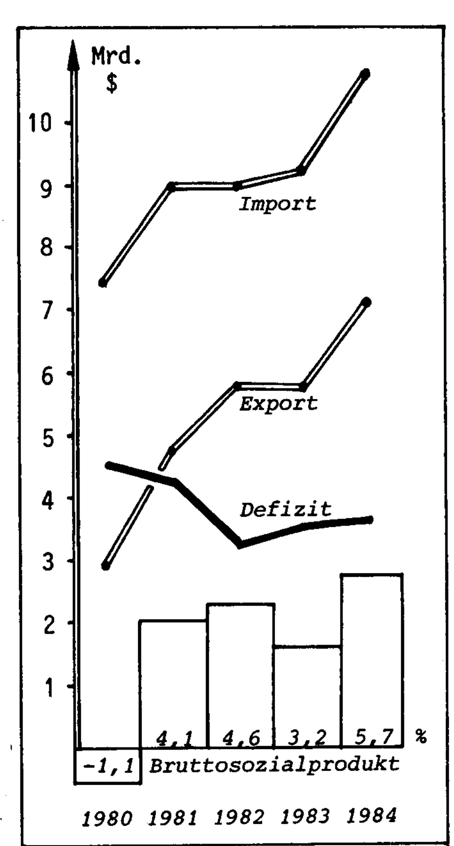


Abb. 1: Entwicklung des Bruttosozialproduktes, der Importe u. Exporte und des Handelsdefizit
(Quelle: SIS u. SPO, Ankara)

der Türkei mehr als verdoppelt. Doch damit ist das türkische „Wirtschaftswunder" nur oberflächlich beschrieben, denn hinter diesen positiven Zahlen verbergen sich grundlegende Probleme.

Zunächst einmal zeigt Abb. 1 auch folgendes: Nicht nur die Exporte sind gestiegen, sondern auch die Importe, weshalb das Handelsdefizit nach wie vor sehr hoch ist. Die Möglichkeit durch hohe Exporte den türkischen Schuldenberg von rund 22 Mrd. $ abzutragen, ist dadurch keineswegs erreicht worden. Vielmehr muß die Türkei zum Ausgleich des aktuellen Defizits weiterhin Kredite aufnehme, auch wenn man die Deviseneinnahmen durch Gastarbeiterüberweisungen hinzurechnet.

Zudem macht Abb. 1 deutlich, daß das BSP in der Türkei heute sehr stark von der Exportentwicklung abhängt. Als von 1982 auf 1983 die Exporte stagnierten, war auch die Zuwachsrate des BSP deutlich geringer (3,2%) als in den übrigen Jahren. Für 1984 läßt sich diese Abhängigkeit des BSP's von den Exporten so darstellen: Die hohe Exportsteigerung bewirkte **direkt** ca. 10% des volkswirtschaftlichen Wachstums. Dies hört sich noch bescheiden an, doch ist zu berücksichtigen, daß hierbei ein Schneeball-Effekt eine Rolle spielt. Hinter jeder exportierten Ware steht nicht nur der direkte Produzent, sondern auch Zulieferbetriebe, deren Produktion in das BSP mit eingehen. Und auch die Beschäftigten in diesen Firmen erhalten ihren Lohn aufgrund des Exportgeschäfts. Sie bewirken durch

TABELLE 1: Entwicklung des Tageslohnindex in der Türkei (1977-1984)

1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
42.1	36.9	31.9	23.9	22.1	21.2	22.5	21.4
	-12,4%	*-13,5%*	*-25,1%*	*-7,5%*	*-4,3%*	*+6,1%*	*-4,7%*

(Quelle: Weltbank; Türkiye Iş Bankasi und eigene Berechnung)

ihre Nachfrage binnenwirtschaftlich eine zusätzliche Nachfrage. Die tatsächliche Bedeutung des Exports für die türkische Wirtschaft ist also weit höher als der direkte Beitrag von ca. 10%

Diese hohe Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums von Exporten bedeutet zugleich, daß ein steigendes BSP keineswegs bedeutet, daß der Lebensstandard der Bevölkerung gestiegen ist. Waren, die exportiert werden, erhöhen zwar das BSP, können aber im Lande selbst nicht mehr konsumiert werden. Dies drückt sich deutlich darin aus, daß die Mehrzahl der Bevölkerung der neuen Wirtschaftspolitik verarmt ist.

Reallöhne

In Tabelle 1 ist die Entwicklung des Tageslohnindex von 1977 bis 1984 dargestellt. Diese offizielle Statisktik ist mit großen Mängeln behaftet, denn sie macht nur eine Aussage über die reale Entwicklung der Tageslöhne von versicherten Arbeitern (nur 13,5% aller Beschäftigten werden damit erfaßt!). Und auch für versicherte Arbeiter gilt, daß sich der reale Monatslohn nicht nur aus den Tageslöhnen ergibt, sondern zu einem wichtigen Teil auch aus übertariflichen Zulagen, deren Kürzung nicht in der Statistik erfaßt wird.[3] Hinzu kommt, daß die Reallohnberechnungen aufgrund einer Inflationsbereinigung erfolgt, die die besonders hohen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln etc. nicht berücksichtigt.[4] Trotz dieser Mängel gibt Tabelle 1 einen Eindruck von den sinkenden Reallöhnen: zusammengerechnet sind die Reallöhne von 1977 bis 1984 um rund die Hälfte gesunken!

Arbeitslosigkeit

Noch weniger als die Reallohnstatistiken

TABELLE 2: Offizielle Arbeitslosenquote (1980-1984)

1980	1981	1982	1983	1984
14,8%	*15,2%*	*15,6%*	*16,1%*	*16,5%*

(Quelle: Türkiye Iş Bankasi und eigene Berechnung)

des türkischen Staates sind die Daten über Arbeitslosigkeit eine brauchbare Darstellung der Wirklichkeit. Tabelle 2 zeigt einerseits, daß die Arbeitslosigkeit von 1980 bis 1984 beständig angestiegen ist. Andere Statistiken sprechen bereits 1980 von 20% Arbeitslosigkeit, doch ist allen diesen Statistiken gemeinsam, daß die versteckte Arbeitslosigkeit nicht erfaßt wird. Realistische Schätzungen gehen deshalb von einer gut doppelt so hohen Arbeitslosenquote aus.

Die Türkei als Kriegsgewinner

In der Sichtweise Turgut Özals und des IWF ist die derzeitige Wirtschaftspolitik eine Roßkur, unter der die Bevölkerung zwar zu leiden hat, aber die Gesundung der Wirtschaft würde auf Dauer auch der Bevölkerung Vorteile bringen. Es stellt sich die Frage, ob die türkische Wirtschaft auf dem Wege der Gesundung ist. Ist es der Türkei tatsächlich gelungen, innerhalb von fünf Jahren eine Exportindustrie aufzubauen und zu einem exportorientierten Land zu werden?

Der erste Prüfstein hierfür müßte eine deutlich gestiegene Investitionstätigkeit sein, doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache:

TABELLE 3: Prozentualer Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt

1979	*21.8%*	1982	*18.9%*
1980	*19.5%*	1983	*19.0%*
1981	*18.9%*	1984	*18.0%*

(Quelle: SPO, Ankara)

Tabelle 3 verdeutlicht, daß das gestiegene BSP keineswegs zu vermehrten Investitionen geführt hat, vielmehr ist der Anteil der Investitionen am BSP von 21,8% auf 18,0% gesunken. Die stark gestiegenen Exporte sind also nicht auf den Aufbau einer Exportindustrie zurückzuführen. Sie haben ihre Ursache in zwei Faktoren: Staatliche Exportsubventionen und das Profitieren der türkischen Wirtschaft vom Krieg Irak—Iran:

Mit der neuen Wirtschaftspolitik verbunden war eine massive Exportförderung, gerade auch für Waren, die bislang nur für den Binnenmarkt hergestellt wurden. Exporte wurden steuerlich stark begünstigt und Kredite für Exportgeschäfte waren von der Hochzinspolitik ausgenommen, also sehr billig. Zugleich war durch die Reallohnsenkungen die Nachfrage im Land selbst zurückgegangen, so daß zahlreiche Firmen sich für ihre Produkte, zum Teil zu Schleuderpreisen, neue Märkte suchen mußten.

In dieser Situation kam der irakisch-iranische Krieg der türkischen Wirtschaft gerade recht. Die Türkei, die sich um strikte Neutralität in diesem Krieg bemüht, hatte dadurch die Möglichkeit, an beide Länder dringend benötigte Waren zu liefern. Textilien und Nahrungsmittel bilden Hauptteil des sprunghaft gestiegenen Handels mit Irak und Iran. Wie wenig dies mit dem Aufbau einer wirklichen Exportindustrie zu tun hat, verdeutlicht die

Tatsache, daß die Türkei an beide Länder Weizen liefert, den sie zuvor aus den USA importieren muß. Ein guter Teil der gestiegenen Exporte sind in Wirklichkeit Transitgeschäfte.[5] Mit Sicherheit läßt sich sagen: ohne den irakisch-iranischen Krieg hätte das türkische „Wirtschaftswunder" erheblich bescheidener ausgesehen.

Die Inflation steigt an

Ein wichtiger Grund für den Wahlerfolg Özals war sein Image als „Bezwinger des Monsters Inflation". Abb. 3 verdeutlicht, daß es Özal als Wirtschaftsminister der Militärs tatsächlich gelungen war, die Inflationsrate zu senken.

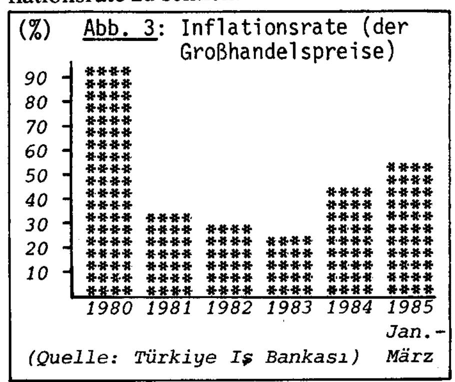


Abb. 3: Inflationsrate (der Großhandelspreise)
(Quelle: Türkiye Iş Bankası)

Nachdem Özal Ministerpräsident geworden war, fiel es ihm leicht zu behaupten, die erneut zunehmende Inflationsrate gehe auf die zu lasche Wirtschaftspolilik in der zweiten Phase (Juli 1982 — November 1983, s. o.) zurück. Doch mittlerweile ist deutlich geworden, daß auch Özal die Inflation nicht mehr im Griff hat. Die Ursache ist, daß Özals Wunderwaffe Reallohnsenkungen stumpf geworden ist und auch Devisen nach wie vor knapp sind. Die Zeitung „Cumhuriyet" meldete am 6.5.1985: „Die Lage der Arbeiter und Angestellten wird inzwischen auch vom IWF bemitleidet. Die IWF-Experten wiesen darauf hin, daß in den letzten acht Jahren die Lohnkosten in der Gesamtkostenrechnung bis auf 10% zurückgegangen sind. Bei privaten Gesprächen sagten sie, daß eine weitere Lohnsenkung kein Mittel zur Inflationsbekämpfung sei." Abb. 2 verdeutlicht dies anhand der Staatsbetriebe.

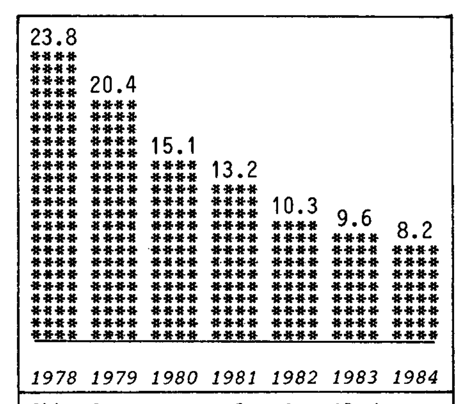


Abb. 2: Prozentualer Anteil der Lohnkosten am Produktionswert der staatlichen Betriebe
(Quelle: Cumhuriyet, 11.5.1985)

Ausblick

Die genannten Zahlen und Fakten belegen, daß der Wirtschaftsaufschwung in der Türkei auf tönernen Füßen steht. Das Kernproblem zahlreicher Entwicklungsländer, die chronische Devisenknappheit, wurde durch die neue Wirtschaftspolitik nicht behoben. Wie also wird es weitergehen? Zumindest lassen sich einige externe und interne Faktoren benennen, die für die weitere Entwicklung von Bedeutung sind.

Externe Faktoren:

Es ist der Türkei bislang nicht gelungen, eine typische Exportindustrie aufzubauen, die aufgrund deutlicher internationaler Konkurrenzfähigkeit dauerhaft hohe Exportraten garantieren könnte. Daß in dieser Situation dennoch hohe Exportsteigerungen möglich waren, kann sich zugleich als Achillesferse des türkischen Wirtschaftsaufschwungs erweisen:

— Ein Großteil der Exporte wurde durch den irakisch-iranischen Krieg möglich. Die weitere Entwicklung dieses Krieges wird auf die türkische Wirtschaft stark zurückwirken. Bezeichnend ist, daß der Irak mittlerweile einen Teil der türkischen Waren auf Kreditbasis beziehen muß. Auch Iran steht vor dem Problem schrumpfender Devisenreserven.

— Dies ist zugleich vor dem Hintergrund zu sehen, daß weltweit neue Ölquellen erschlossen werden und die erdölexportierenden Länder des Golfs vor sinkenden Absatzmengen und verfallenden Preisen stehen. Die wichtigsten Absatzmärkte der türkischen Exportoffensive (Irak, Iran, Libyen, Saudi-Arabien) werden vor Devisenproblemen stehen.

— Die nach wie vor hohe Auslandsverschuldung der Türkei konnte bislang nicht gemildert werden, da steigenden Exporten auch steigende Importe gegenüberstehen. Für die weitere Entwicklung der Schuldenlast spielt (neben dem Verhältnis von Export zu Import) einerseits das internationale Zinsniveau eine Rolle, das sich derzeit durch hohe Zinsen auszeichnet, andererseits ist es im Fall der Türkei von Bedeutung, wie sich die Deviseneinnahmen aus Gastarbeiterüberweisungen entwickeln. Das politische Klima in der BRD, als dem wichtigsten Arbeitsort türkischer Arbeitsemigranten, ist durch wachsende Ausländerfeindlichkeit gekennzeichnet.

Interne Faktoren:

Durch den Putsch und Özals Wirtschaftspolitik ist die Türkei in den Augen des internationalen Kapitals wieder kreditwürdig geworden. Özal konnte es sich im April 1985 sogar leisten, ein neues Abkommen mit dem IWF platzen zu lassen. Deutlich wird daran aber auch, welchen Balanceakt Özal derzeit vollführt: er ist überzeugter Verfechter einer Wirtschaftspolitik nach IWF-Muster, und auch ohne den Druck des IWF wird er diese Politik weiterverfolgen. Zugleich sieht er sich jedoch in der Gefahr, durch diese Wirtschaftspolitik Wähler zu verlieren.

Der zentrale interne Faktor wird darin bestehen, wie sich das türkische Parteienspektrum entwickelt. In Konkurrenz zu den beiden Parteien der Militärs (November 1983) war es kein Kunststück für Özal, sich zu profilieren. Sollte es bis zu den nächsten Wahlen jedoch eine konservative bzw. „linke" Alternative zu Özal geben, wird sich die Frage stellen, welche Wirtschaftspolitik dann zum Zuge kommt. Die Militärs, die nach wie vor die Zügel der politischen Entwicklung im Hintergrund in den Händen halten, werden bei der nächsten Krise auf jeden Fall wieder ein gewichtiges Wort mitreden.

Rainer Werle

Anmerkungen:

1 Nach Angaben des türkischen Unternehmerverbandes (TÜSIAD) betrug die Zahl der Streikenden 1980 bis zum Putsch 84832. In den vorangegangenen vier Jahren waren es zusammengenommen nur 53581.
2 Zit. n.: Turkish Daily News (Ankara), 21.12.1983
3 vgl. dazu: Taylan, Turgut: Capital and state in contemporary Turkey; in: Khamsin 11/1984 (London); S. 45f
4 vgl. dazu: Werle, Rainer: „Modell" Türkei; Hamburg 1983; S. 138ff
5 vgl. dazu: Hubel, Helmut: Türkei und Mittelost-Krisen; Bonn 1984; S. 21f

Literatur:

— Hubel, Helmut: Türkei und Mittelost-Krisen; Bonn 1984
— Margulies, Ronnie: Turkey survey; in: The Middle East (London); May 1985
— Seven, Ömer (Hrsg.): Türkei zwischen Militärherrschaft und Demokratie; Hamburg 1984
— Sharraf, B. A.: Turkey swallows monetarist medicine; in: Arabia (London); Jan. u. Feb. 1985
— Taylan, Turgut: Capital und state in contemporary Turkey; in: Khamsin (London); 11/1984, S. 5—46
— Werle, Rainer: „Modell" Türkei — Ein Land wird kaputtsaniert; Hamurg 1983

„Partnerland Türkei" Eckpfeiler für die NATO

Im Osten der Türkei wird weiter Krieg geführt. Seit dem 16.10.84 versucht die türkische Armee in ihrer großangelegten „Operation Sonne" den kurdischen Widerstand militärisch zu vernichten. Waffenstarrende Patrouillien und Panzer in den Dorfstraßen, pausenlos startende Hubschrauber und zahllose Militärkonvois bestimmen das Bild in den osttürkischen Provinzen. Ganze Landstriche werden durchkämmt, die Dörfer zu „Wehrsiedlungen" ausgebaut. „Vor allem in den Gebieten entlang der Grenze herrscht faktisch ein Belagerungszustand. So ist es den Bewohnern vieler Dörfer untersagt, sich ohne Bewilligung mehr als 300 Meter außerhalb ihres Dorfes zu begeben. Schafhirten dürfen nur ein Minimum an Proviant mit sich führen, damit sie die in den Bergen untergetauchten Guerillas nicht mit Vorräten versorgen können."[1] Nachdem bereits im Herbst 84 fünfzig Dörfer in der Nähe der irakischen Grenze „zur besseren Grenzsicherung" zwangsumgesiedelt worden waren, wurde nun Mitte März 80 Familien aus Tunceli von den Militärbehörden der Zwangsumzug befohlen und ihnen dafür eine Frist von drei bis vier Wochen gegeben. Die Familien mußten über 1500 km in die Westtürkei in die Gegend von Edirne umsiedeln. Aus der an Syrien grenzenden Kreisstadt Nusaybin wurden 1100 Familien evakuiert, die Häuser niedergerissen und ein 600 Meter breiter Streifen vermint. Die Siedlungen des Jirki-Stammes, der keine Bereitschaft zur Unterwerfung zeigten, wurden von der Luftwaffe bombardiert. Die Verluste des Krieges in Türkisch-Kurdistan sind hoch; die Zivilbevölkerung solidarisiert sich mit den Peshmerga (wörtl. „Die dem Tod entgegen sehen" = Bezeichnung für die kurdischen Befreiungskämpfer) gegen die türkischen Besatzer. Die Armee schlägt mit Massenverhaftungen, mit Folter und Mord zurück.[2]

Schon im Frühsommer '83 operierten 6000 türkische Soldaten sechs Wochen lang im türkisch-irakischen Grenzgebiet, absprachegemäß bis zu 30 km tief auf irakischem Territorium. An die 2000 „Separatisten" wurden gefangenommen. Genau zur selben Zeit lief das Manöver „Adventure Express 83" der Mobilen Einsatztruppen der NATO, in dem 4000 Elitesoldaten über der Osttürkei abgesetzt wurden. Das westliche Bündnis unterstrich so überdeutlich die strategische Bedeutung, die es gerade dem weithin von Kurden bewohnten Ostteil der Türkei zumißt und die es durch kurdischen „Separatismus" nicht in Frage gestellt sehen möchte.

Auch dieses Jahr übt die Allied Mobile Force der NATO wieder in der Türkei. Diesmal von Ende September bis Ende Oktober in Thrazien. Beteiligt sind u. a. 1000 Soldaten der 1. Luftlandedivision der Bundeswehr. Die unter dem Namen „Archway Express" laufende Übung soll, so Minister Wörner, „vor allem an den Flanken des Vertragsgebietes ein sichtbares Zeichen der Solidarität der NATO-Staaten" setzen.[3]

Ein Zufall (oder peinliches Versehen) ist dieses herausragende Engagement der NATO für ihr Mitgliedsland im Südosten keineswegs. Die besondere „Solidarität der NATO-Staaten" — und darunter an vorderster Front der BRD — für den Folterstaat Türkei geht zurück auf die besondere geopolitische und militärstrategische Stellung und Rolle, die die Türkei im Rahmen der NATO einnimmt.

Die militärstrategische Bedeutung der Türkei

Zwei große „Hilfsaktionen" hat das westliche Bündnis dem Partnerland Türkei gewährt — „nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit", wie der zuständige US-Ministerialbeamte Richard Burt (inzwischen US-Botschafter in Bonn) offenherzig bekennt, „sondern weil eine starke und stabile Türkei unbedingt in unserem Interesse ist."[4] Die traditionelle Rolle der Türkei bei der Kontrolle der Meerengen steht dabei längst nicht mehr im Vordergrund. Immerhin — Bosporus und Dardanellen sind wirkungsvolle Sperren, die es der SU in Krisenzeiten unmöglich machen, mit ihrer Schwarzmeerflotte im Mittelmeer zu intervenieren, und die dort operierende 3. Eskadra der Sowjetmarine leicht in eine Mausefalle geraten ließen.[5]

Horchposten und Flankenbedrohung gegen die SU

Wichtiger wird heute die Lage der Türkei im Schnittpunkt der Konfliktlinien NATO — Warschauer Pakt einerseits und NATO — Mittelost andererseits bewertet. Die Türkei kann hier wahlweise als Sperriegel oder als Landbrücke fungieren. Sie wurden von den USA bereits in den 60er Jahren zu einem Spionagezentrum ersten Ranges ausgebaut. 1980 waren in der Türkei 5000 US-Militärs in 26 Basen und Anlagen stationiert.[6] „Seit dem Verlust der elektronischen Aufklärungsstationen in Iran sind die vergleichbaren Einrichtungen in Sinop an der Schwarzmeerküste und in Karamüsel am Marmarameer um so wichtiger geworden zur Verfolgung sowjetischer Raketentests neben der Überwachung von See- und Luftraumaktivitäten im Schwarzen Meer. Zu diesem System gehören auch weitere Anlagen in Samsun und Diyarbakir sowie eine seismologische Installation in Balbasi bei Ankara, die sich mit sowjetischen Nukleartests befaßt. Neben zahlreichen Bodenstationen ihres ‚Defence Satellite Communications'-Netzes betreiben die Amerikaner in der Türkei ferner in Kargaburun am Marmarameer eine Loran-Navigationsstation."[7] In Konya wurde Ende 1983 eine von drei vorgeschobenen Einsatzbasen des AWACS-Systems eingerichtet.[8] Etwa ein Viertel ihrer gesamten Direktaufklärung über das sowjetische Raktenprogramm tätigt die USA über türkische Anlagen. Die geographische Nähe bietet dabei entscheidende Vorteile: „Von westlichen Beobachtungsposten in der Türkei kann die von Sowjetischen Flugkörpern erzeugte Hitze gemessen und sogar tragbare Sprechfunkgeräte können abgehört werden. Dieses Tausend-Meilen-Fenster nach Rußland ist unersetzbar."[9]

Im Kriegsfall kommt der NATO-Südostflanke im Rahmen der US- und NATO- Kriegsführungspläne „eine Entlastungsfunktion"[10] zu. Wie es in dem „Leitlinien-Dokument" des Pentagon von 1982 heißt, „werden Offensivmaßnahmen gegen die Flanken des Warschauer Paktes besondere Bedeutung erhalten, um einen Abzug von Verbänden des Paktes von der Zentralfront erzwingen.' Die Nordflanke stützt sich auf Norwegen, die südliche Flanke auf die Türkei."[11] Die türkische Armee selbst, mit über einer halben Million Mann die größte NATO-Armee überhaupt in Europa, bindet — nach eigener Einschätzung — mindestens 20 sowjetische Divisionnen[12]. Die Herrichtung der Türkei zur „Angriffsplattform gegen die Südflanke des Warschauer Paktes"[13] wird als „wirksame Gegenbedrohung Südrußlands"[14] gerade von bundesdeutschen Militärexperten für äußerst wichtig gehalten — denn sie schwächt die sowjetischen Kräfte in Mitteleuropa und verschlechtert die strategische Gesamtsituation der SU ganz wesentlich: „Die Möglichkeit, auf türkischem Boden Waffensysteme einer ausreichenden Reichweite gegenüber der südlichen Sowjetunion (etwa 300—600 km von der türkischen Nordküste über das Schwarze Meer bis zur Krim und zur südrussisichen Küste) zu stationieren und dazu auch in Richtung auf das Kaukasusgebiet zu operieren, setzte Rußland zurück in seine historische Dreifrontenkriegslage für den Fall eines bewaffneten Konflikts."[15]

Sprungbrett für die „Schnelle Eingreiftruppe"

Die „Brauchbarkeit" der Türkei als Aufklärungszentrum und Flankenbedrohung gegen die Sowjetunion wird aus der Sicht der NATO-Planer noch übertroffen durch ihre Rolle als Basis für mögliche Nah- und Mittelost-Interventionen. Mit der Aufstellung der „Schnellen Eingreiftruppe" (RDF) ab 1979 sind die USA zu einer Politik der offenen Intervention zurückgekehrt. Bereits 1982 standen 220.000 Mann bereit, darunter vor allem Spezialeinheiten wie die „Green Berets" und die „Special Forces" des Heeres und das Marinecorps, sowie Teile des strategischen Bomberkommandos inclusive Atombewaffnung.

Das größte Problem für den praktischen Einsatz dieser Truppen war der Transport in die Einsatzzonen und der Nachschub für längeranhaltende Operationen. Die Lufttransportkapazität des Strategic Airlift Command ist begrenzt. Dazu kommt, daß die Großraumtransportflugzeuge C-5A „Galaxy" die meisten Flughäfen überhaupt nicht anfliegen können, die kleineren C 141 Starlifter weniger als die Hälfte der infragekommenden Flugplätze des Mittleren Ostens.[16]

„Wir können", so erklärte RDF-Kommandeur Robert Kingston, „in zwei Tagen eine Luftlandebrigade in den Nahen Osten transportieren. Im Falle einer Krise können wir innerhalb von zwei Wochen eine ganze Division im Nahen Osten stationieren. Um diese Operationen durchzuführen, brauchen wir in der Region Lagerungsmöglichkeiten für schweres Material."[17]

Die Errichtung von Depots für Waffen und Gerät in der Türkei würde einen Großteil der Kapazitäten für Truppentransporte freimachen und die Schlagkraft der RDF wesentlich steigern. Der einmalige Wert der Türkei für RDF-Operationen im Mittleren Osten liegt vor allem darin, daß hier eine vollständige, zuverlässige Einflugschneise bis praktisch auf taktische Einsatzweite zum Persischen Golf besteht, und daß diese Route die einzige ist, die permanent einsetzbar und auch bei längeren Mittelost-Kriegen sehr sicher zu schützen ist.[18]

Nach der türkischen Invasion auf Zypern (1975) hatte die „griechische Lobby" im US-Kongreß ein Waffenembargo gegen die Türkei durchgeboxt. Diese reagierte darauf mit der (formellen) Übernahme der US-Stützpunkte in türkische Regie. Anfang der 80er Jahre wurden danndie beiderseitigen Beziehungen durch Verträge neu bestimmt. Das Abkommen vom 29.3.80 regelt die Nutzung der US-Militäreinrichtungen in der Türkei und beinhaltet „im Kern einen Austausch von strategisch bedeutsamem Terrain für amerikanische Militäreinrichtungen in der Türkei gegen Militär- und Rüstungshilfe der USA".[19] Da die türkische Regierung auf gute Beziehungen zu den Staaten im Nahen und Mittleren Osten großen Wert legt, und darüberhinaus auf einen weitverbreiteten Anti-Amerikanismus in der türkischen Öffentlichkeit Rücksicht nehmen muß, hat sie mehrfach erklärt, die US- und NATO-Basen dürften nur im „NATO-Fall" (Angriff auf ein Mitgliedsland) für militärische Aktionen genutzt werden. Diese Ankündigungen werden in NATO-Kreisen allerdings nicht sonderlich ernst genommen, zumal die NATO sich insgesamt bereit erklärt hat, Aggressionen der USA auch außerhalb des Bündnisterritoriums abzudekken, und der „NATO-Fall" von der Türkei recht großzügig interpretiert wird.[20]

Nach der Schaffung eines „türkisch-amerikanischen Verteidigungsrates" Ende 1981 wurde 1982 ein „Memorandum of Understanding" beschlossen, das den Ausbau von 15 türkischen Flughäfen und den Bau eines neuen vorsieht. Vor allem geht es darum, Start und Landung von Großtransportern (wie den C-5A „Galaxy") zu ermöglichen. Weiter erlaubt das Abkommen den USA, in Krisenfällen Truppen in die Basen zu verlegen und schon vorher dort militärisches Gut einzulagern.[21]

Wie die USA von diesen Stützpunkten Gebrauch macht, hat sie bereits in der Vergangenheit demonstriert:

— Die US-Interventation im Libanon 1958 lief bekanntermaßen über die US-Airbase Incirlik (bei Adana im Süden der Türkei)

— Im Schwarzen September 1970 erhielt Hussein eines Großteil seines Nachschubs für das Niedermetzeln der in Jordanien lebenden Palästinenser von dort

— Nach der Botschaftsbesetzung in Teheran wurden die Fallschirmjäger in Incirlik in Alarmzustand versetzt, und von dort aus startete ein Teil der Flugzeuge zur versuchten Geiselbefreiung

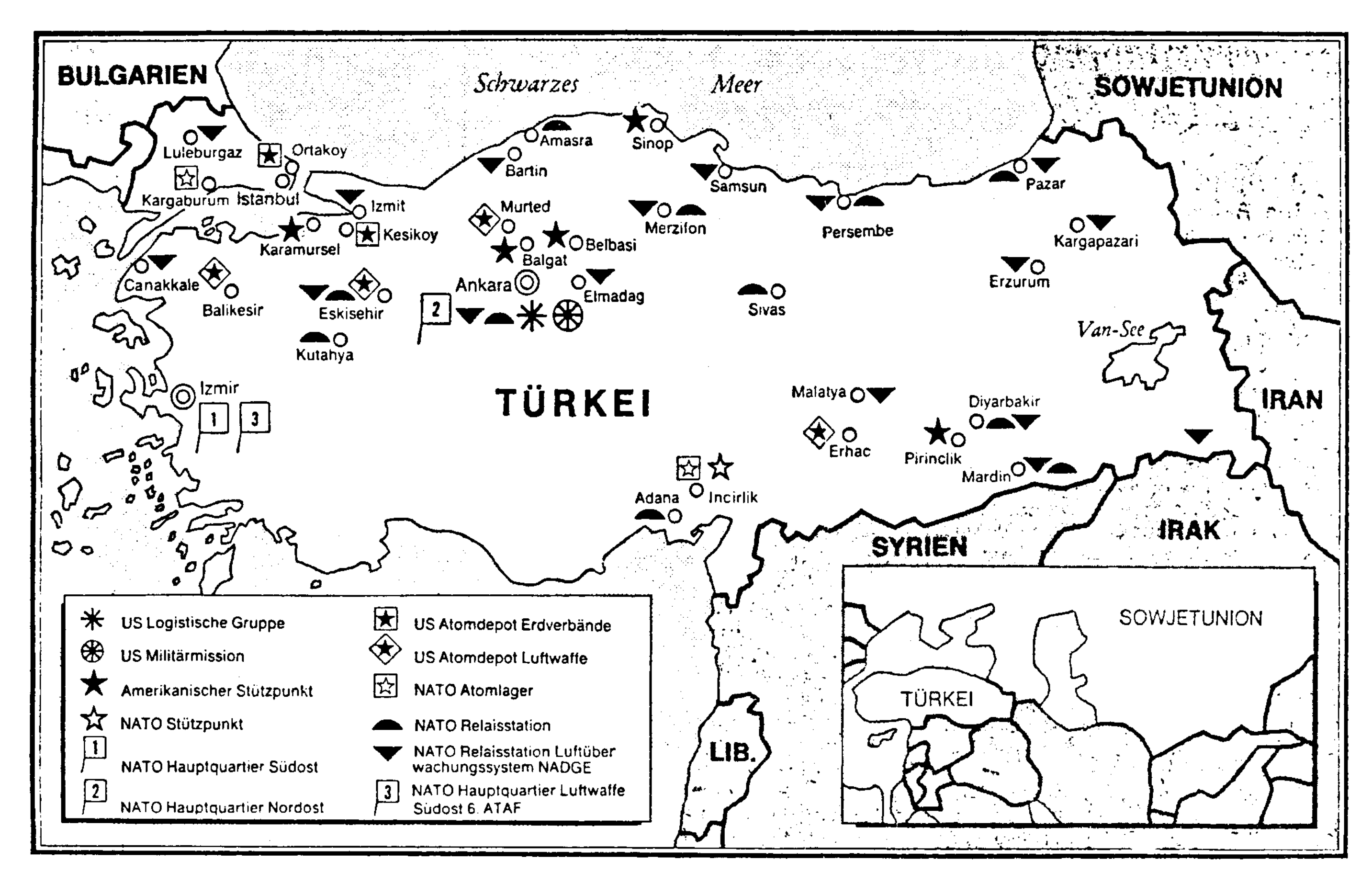
— Bei der Versorgung des US-Kontingents im Libanon 1983/84 war ebenfalls Incirlik Versorgungsstützpunkt.[22]

Regionale Ordnungsmacht

Die Türkei will jedoch nicht nur das „vorgeschobene Flugzeugmutterschiff der Vereinigten Staaten" sein. Sie erhebt selbst Anspruch auf eine regionale Großmachtrolle. Anklänge an die historische Rolle des Osmanischen Reiches sind dabei kaum zu überhören. Der türkische Staat fühlt sich zur „Lösung" von „regionalen Sicherheitsproblemen und internen Aufständen" in Nachbarländern berufen: „Die Türkei hat ernstliche Zweifel, ob die RDF nützlich wäre gegen ‚low-level'-Kontflikte, egal, ob indirekte sowjetische Initiativen beteiligt sind oder nicht. Die Länder der Region sind besser geignet, mit solchen unvorhersehbaren Fälle umzugehen."[23]

Ohne selbstverständlich auf das eigene Einsatzinstrumentarium zu verzichten, wird dieser Machtanspruch von der NATO unterstützt. „Sowohl für die NATO als auch für sich selbst" könne die Türkei „einer der potentiell großen stabilisierenden Faktoren in der Region", „eine bedeutende regionale Abschreckungsmacht" sein.[24] Dabei wird durchaus gesehen, daß die Türkei nicht nur als Anhängsel der US- und NATO-Politik erscheinen sollte, sondern zur Erfüllung ihrer Funktion eine gewisse (scheinbare) Eigenständigkeit aufweisen muß. „Gerade der Versuch aber, in der Region eine Rolle zu spielen, die nicht mit dem Stigma der Paktgebundenheit gebrandmarkt ist, dürfte die Türkei langfristig als westlichen Außenposten wertvoller machen als eine Politik im Namen der westlichen Mächte, die den Konfliktstoff in der Region nur erhöhen könnte."[25]

Nach dem Militärputsch — von 1980 auf 1981 — stieg der Militäretat um 65% an. Der Generalstab der Armee erarbeitete ein ehrgeiziges Vier-Stufen-Programm, um militärisch den ins Auge gefaßten Aufgaben gewachsen zu sein. Sowohl in der NATO wie in der „Joint Defence Group" wurde dieser Plan mehrfach diskutiert und Einzelheiten der Zeit- und Fi-



nanzplanung festgelegt. Insbesondere mit Hilfe der BRD werden große Anstrengungen zum Aufbau einer türkischen Rüstungsindustrie unternommen, die auch regionale Bedeutung erlangen soll, bzw. zum Teil bereits erlangt hat. Rüstungs-Kooperationsabkommen bestehen mit Pakistan, Bangladesh, Jordanien, Somalia und dem Irak; enge Zusammenarbeit auch mit Ägypten. Klammheimlich, unter stillschweigender Duldung der USA und aktiver Förderung durch die BRD, beteiligt sich die Türkei an der Entwicklung der „Islamischen (Atom)Bombe" in gemeinsamer Atomforschung mit Pakistan.[26]

Die eingangs geschilderten Militäraktionen der Türkei im türkisch-irakischen Grenzgebiet dienten nicht nur der blutigen Unterdrückung der kurdischen Peschmerga, sondern siganlisierten auch, daß die Türkei bereits in der Praxis eine regionale Polizistenrolle übernommen hat, die auch vor der Grenze anderer Staaten nicht halt macht. Die Schwächung sowohl des Iran wie des Irak durch den Golf-Krieg — beide haben gemeinsame Grenzen mit der Türkei und sind in den letzten Jahren zu deren wichtigsten Handelspartnern aufgerückt — hat die türkische Stellung sehr gestärkt. Der Importbedarf beider Staaten ist durch den Krieg enorm gestiegen, die türkischen Straßen sind die einzigen passierbaren Landtransportwege, und Irak ist für seinen Öl-Export allein auf die Pipeline Kirkuk-Iskenderun angewiesen. Sowohl von Kirkuk (Irak) als auch von Karmansah (Iran) sollen neue Erdöl- bzw. Erdgaspipelines in die Türkei verlegt werden. Ende Januar wurde mit Iran und Pakistan ein Vertrag über eine „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (ECO) gegründet. Mit dem Besuch von Özal in Saudiarabien im März wurde die ökonomische Zusammenarbeit mit der wichtigsten arabischen Finanzmacht weiter vorangetrieben.[27] Für den Fall einer Niederlage des Irak hat im Golfkrieg die Türkei bereits weitgehende Ansprüche angemeldet: Der New Statesman meldete am 15.7.83, Ankara wünsche von Washington „freie Hand, in den Irak zurückzukehren (und die Kontrolle der Ölfelder von Kirkuk zu übernehmen), falls die Bagdader Regierung Saddam Husseins stürze." Mittlere US-Beamte, so der New Statesman, schlössen nicht aus, daß solche Vorschläge weiter oben geprüft würden.[28]

Alles in allem wird deutlich, daß nicht nur die Türkei selbst Vormachtansprüche innerhalb der Region stellt, sondern auch die USA und dei NATO großes Interesse an einem „Krisenbogen" Ägypten, Saudi-Arabien, Israel, Türkei, Pakistan zeigen, und daß der Türkei darin eine Rolle als Ordnungsmacht im Mittleren Osten und als neues subimperialistisches Zentrum zugedacht ist. Interventionen türkischer — islamischer — Soldaten machen kein so schlechtes Bild wie ein Eingreifen der Supermacht USA, und wesentlich billiger sind sie überdies. Eine unkontrollierbare Eigenständigkeit der türkischen Politik ist dabei nicht zu befürchten — ist sie doch als NATO-Land und hoch verschuldeter Kreditnehmer völlig von ihren westlichen Partnern abhängig.

Türkei, BRD und die NATO-interne Arbeitsteilung

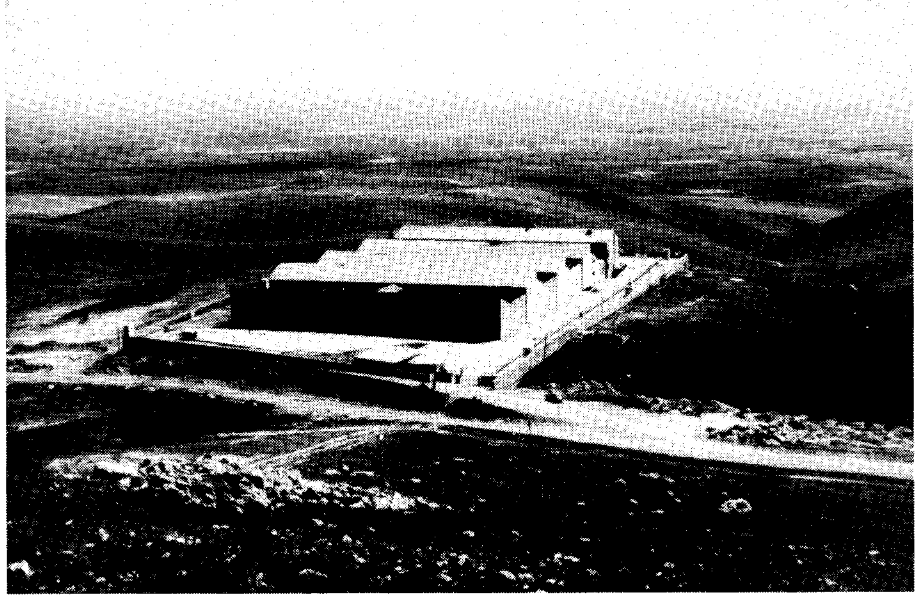
Als „kranker Mann vom Bosporus" gehandelt, wirtschaftlich angespannt und politisch desolat, war die Erfüllung der NATO-Aufgaben durch die Türkei schon 1971 in Frage gestellt gewesen. Ein von den USA protegierter Militärputsch hatte damals für Ordnung gesorgt. Im Rahmen einer organisierten Arbeitsteilung innerhalb der NATO hat es in der Folgezeit die BRD übernommen, in der Türkei für die nötige politische und wirtschaftliche Stabilität zu sorgen. 1974 leistete die BRD über den Entwicklungshilfeausschuß der OECD an die Türkei Wirtschaftshilfezahlungen in Höhe von 242 Mio. Dollar; das war eine Steigerung binnen zweier Jahre von über 400% (Der Beitrag der USA sank dagegen nach der türkischen Zypern-Invasion bis auf 5 Mio. Dollar im Jahre 1976)[29]. Bis Ende 1983 hatte die BRD Entwicklungshilfekredite von insgesamt 4,75 Mrd. DM zugesagt, zuzüglich 229 Mio. DM nicht rückzahlbarer Zuschüsse.[30] Während Interventionspolitik und globale „Power Projection" Aufgabe der USA blieb, hatte die BRD — da ein Einsatz deutscher Soldaten im Ausland zuviele ungute Erinnerungen geweckt hätte — andere Aufgaben im „Burden Sharing" der NATO zu übernehmen. „Die bundesrepublikanische Hife für die Türkei wird von der NATO explizit als ‚ein weiterer Aspekt des Arbeitsteilungs-Prgramms' betrachtet."[31]

Neben der Wirtschaftshilfe spielte die Bundesdeutsche Militärhilfe eine besondere Rolle beim Ausbau der Türkei zum

NATO-Sprungbrett nach Mittelost. Seit 1964 erhielt die Türkei Kriegsmaterial im Wert von 1,19 Mrd. DM, darunter in neuerer Zeit 77 Kampfpanzer Leopard I, vier Fregatten sowie Lizenzen für U-Boote und Landungsboote. Auch auf 100 ausgemusterte „Starfighter" der Bundeswehr darf sich die Türkei Hoffnungen machen.[32] Seit 1972 unterhalten die türkischen Streitkräfte beim Bundeswehrbeschaffungsamt in Koblenz einen eigenen, direkt dem türkischen Generalstab unterstellten Beschaffungs-Verbindungsstab für den Kontakt mit der bundesdeutschen Rüstungsindustrie. Beim Ausbau der Türkei zur Waffenschmiede der Region steht bundesdeutsches Kapital an vorderster Front — beim Bau einer Fabrik für automatische Handfeuerwaffen und einer Fabrikationsanlage für Panzerabwehrraketen des Typs COBRA ebenso wie bei der Errichtung von Panzerinstandsetzungswerken bei Arifiye und Kayseri oder von Marinewerften bei Istanbul oder am Schwarzen Meer.[33] Darüber hinaus wird über die Montage von Leopard II-Panzern in der Türkei verhandelt, die dann auch nach Saudiarabien und Ägypten verkauft werden sollen.[34] Lukrative Geschäfte, an denen fast die gesamte Creme der bundesdeutschen Rüstungsindustrie verdient. Ein weitergehendes Engagement auch der Bundeswehr in der Türkei ist damit schon vorprogrammiert. „Es ist zu erwarten", schrieb V. Böge bereits 1981, „daß in Zukunft verstärkt militärisches Personal in die Türkei geschickt wird, um die türkischen Soldaten in Benutzung und Wartung des gelieferten Geräts (z. B. der Leopard-Panzer) zu unterweisen und zu unterstützen. Türkische Soldaten werden bereits in der Bundesrepublik ausgebildet."[35] (Konkrete Angaben darüber werden von der Bundesregierung allerdings bislang verweigert.)

Die Machtübernahme des Militärs am 12.9.80 — zeitgleich mit einem Manöver der NATO-„Feuerwehrtruppe" am Bosporus —, das Verbot von Parteien, Gewerkschaften und kritischer Presse, die Massenverhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen von Regimegegnern — all das waren notwendige Voraussetzungen nicht nur zum Vollzug des monetaristischen IWF-Wirtschaftsprogrammes, sondern auch zur „Stabilisierung" der NATO-Südflanke. Bei der NATO wurde der Putsch ihrer türkischen Kollegen „mit spürbarer Erleichterung"[36] — und ohne sonderliche Sorge um Demokratie und Menschenrechte aufgenommen. „Der mit der Koordinierung der Türkei-Hilfe beauftragte Bundesfinanzminister Matthöfe (SPD) hat nach Bekanntwerden des Militärputsches in der Türkei gesagt, er hoffe auf einen heilsamen Schock, aus dem ein Arrangement hervorgehe, an dem sowohl die demokratischen Kräfte als auch die Armee beteiligt seien."[37]

Die — damals noch sozialliberale — Bundesregierung stellte ihre Hilfe für die Türkei nach dem Putsch keineswegs ein — im Gegenteil. Selbst die Beteiligung am Ausbau des unmittelbaren Repressionsapparats wurde ganz selbstverständlich fortgeführt. „Das erste internationale Abkommen, dem die Junta ihre Zustimmung gab, war ein Vertrag mit der Bundesrepublik über bundesdeutsche Polizeihilfe im Wert von 15 Mio. DM. Der Vertrag sieht u. a. die Lieferung von Waffen, Munition, kugelsicheren Westen und Polizeifahrzeugen vor."[38] 1974—1984 wurden 42 türkische Polizeiführer an der Polizeiführungsakademie Hiltrup ausgebildet.[39]



Militärgefängnis Diyarbakir

Anfang Juli 85, wenige Tage vor der Abreise Kohls in die Türkei, hielten sich die Spitzen der türkischen Polizei — unter strikter Abschirmung von der westdeutschen Öffentlichkeit — zu einem mehrtägigen Besuch in der BRD auf. „Angeführt vom obersten türkischen Polizeichef Saffet Arikan Bedük, konferierte die türkische Delegation mit Vertretern des Bundesinnenministeriums, besuchte das Bundeskriminalamt in Wiesbaden, traf sich mit verschiedenen Länderpolizeichefs und beriet bei dem deutschen Waffenproduzenten Messerschmidt-Bölkow-Blohm über den Kauf von Kampfhubschraubern, die für den Einsatz gegen die kurdische Guerilla gebraucht werden."[40] Nach türkischen Presseberichten war es Ziel des Besuchs, „die türkische Polizei mit deutscher Hilfe mit modernsten Waffen und Geräten auszurüsten und die Zusammenarbeit, insbesondere bei Computersystemen, weiter zu entwicklen." Als konkreter Punkt wurde die Zusammenarbeit im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus herausgestrichen.[41]

Auch auf diplomatischem Parkett kann sich das türkische Folterregime auf die

Halbamtliche Begründung für einen Militärputsch

„Mit der Türkei besitzt der Westen eine geopolitisch-strategische Schlüsselstellung für das Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer und im gesamten Nahen Osten. ... Eine Abwendung der Türkei vom westlichen Bündnis würde die NATO-Verteidigung an der Südflanke empfindlich treffen, die Kontrolle der strategisch wichtigen Meerengen durch die westliche Allianz nicht mehr erlauben und die Aktionsmöglichkeiten der westlichen See- und Luftstreitkräfte z. B. in einem militärischen Nahost-Konflikt erheblich einschränken. Allein das Ausscheren dieses Staates aus dem westlichen Verteidigungsdispositiv würde die strategische Situation fundamental verändern. Und ein Bündnis etwa zwischen der Sowjetunion und der Türkei würde gar für die westliche Sicherheit und die Unabhängigkeit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens eine kritische Lage herbeiführen."
(Walter Schilling: Die Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für die westliche Sicherheit, Europäische Wehrkunde 8/80, S. 379)

„Die Türkei kann die Flanke der NATO sein, sie ist aber vor allem die zentrale Front für die Stabilität im Nahen Osten."
(General W. A. Knowlton vor der Vereinigung der Reserveoffiziere am 24.2.77 in Washington, Zit. nach Gürkan, S. 24)

„Unsere Türkeihilfe ist kein herablassendes, generöses Geschenk an diesen Verbündeten. Sie dient der Wahrung unser eigenen elementaren Sicherheitsinteressen, sie ist unser Beitrag zur bündnisinternen Lastenteilung zugunsten der Stabilisierung dieser Region..."
(Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, am 24.12.82, in Südosteuropa-Mitteilungen 1/83, S. 13)

Unterstützung der BRD verlassen. Als etwa Ende November 1984 die Besetzung des Präsidentenstuhls im Europarat zur Debatte stand, stieß die türkische Anwartschaft auf einigen Widerstand. „Auf der Sitzung, bei der es zuverlässigen Quellen zufolge zu erregen Diskussionen gekommen war, hätten nur die britische und die bundesdeutsche Delegation den Antrag Ankaras unterstützt", meldete ap.[42]

Die Türkei stehe nicht allein, so Kohl im Juli 85 bei seinem dreitägigen offiziellen Besuch in Ankara. Sie sei schließlich „der Vorposten für Europa in einer unruhigen und zerrissenen Region." In der Bundesregierung habe sie einen zuverlässigen „Freund und Fürsprecher".[43]

Mit ihren penetranten Versuchen zur diplomatischen Aufwertung des türkischen Regimes, mit der Hochrüstung des türkischen Militärs und der Ausrüstung des Polizeiapparates mit modernster Repressionstechnik ist die BRD an führender Stelle mitverantwortlich für das Fortdauern des Terrors. Im „Partnerland Türkei" erhellt sich so drastisch wie kaum sonst irgendwo der Zynismus der NATO, wenn sie vorgibt, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zuhause und in der ganzen Welt zu verteidigen.

Joachim Neubert

Anmerkungen:

1 Badische Zeitung, 22.7.85
2 Zum Krieg in Kurdistan vgl.: Türkei- und Kurdistan-Bulletin, Nr. 0/85, Pressemitteilung Nr. 11/85 des Kurdistan-Komitees Köln, Komkar-Aufruf v. 15.7.85, taz 19.7.85, Fr, 21.9.84, Türkeiinformation Nr. 21, taz 31.10.84, blätter des iz3w, Nr. 122, S. 54, sowie diverse Nummern des Türkei-Informationsdienstes
3 Presseerklärung des Verteidigungsministeriums vom 2.9.85
4 Europäische Wehrkunde (EWK) 11/84, S. 626
5 Vgl. Ihsan Gürkan: Die Türkei — Eckpfeiler der NATO im Südosten, in Beiträge zur Konfliktforschung 1/81, S. 10ff
6 Volker Böge: Die Türkei und die NATO, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Mai 1981, S. 202
7 Neue Züricher Zeitung, zit. nach Türkei-Information (TI) Nr. 18, S. 12
8 Wehrtechnik 9/83, S. 64
9 W. Scott Thompson: Power Projection, New York 1978, S. 39, zit. nach Gürkan, S. 12
10 Gregor M. Manousakis: Der Islam und die NATO, Koblenz 1980, S. 105
11 New York Times, 31.5.82, nach Blätter... 8/82, S. 1015
12 Gürkan, S. 23. Demgegenüber bemängeln bundesdeutsche Militärexperten, die 2. und 3. türkische Armee — beide stehen im Osten — seien „jedoch hinsichtlich ihrer Ausrüstung und Bewaffnung zur Zeit nicht in der Lage, das für diese Region und die Gefechtsart Angriff notwendige ‚bewegliche Gefecht verbundener Waffen' zu führen." Als Abhilfe schlägt der Autor eine enge Rüstungs- und Ausbildungskooperation mit Saudiarabien vor. (Michael Baron von Wittken-Jungnik: Die Militärische Interessensicherung des Westens im Mittleren Osten, in EWK 9/81, S. 395)
13 Manousakis, S. 105
14 Lothar Rühl: Die Sicherheit Westeuropas und die geopolitische Verbindung zum Mittleren Osten, in EWK 2/81, S. 49. Betroffen sind insbesondere die Industriegebiete von Kriwoi Rog und Donez-Becken, die Werften von Odessa und Nikolajew an drr Mündung des Bug, die Hauptbasis der Schwarzmeerflotte in Sewastopol usw. Vgl. Böge, S. 18
15 Rühl, EWK 2/81, S. 49
16 Vgl. Türkeikomitee Frankfurt: Die Militärisch-Politische Rolle der Türkei im Nahen und Mittleren Osten, Januar 1984, S. 11 f
17 General Robert Kingston, nach Cumhuriyet, 20.12.81, zit. nach TI 17, S. 8
18 Türkeikomitee Ffm., S. 20. Zwischenstation und erste Drehscheibe in einem solchen Fall wären die Airbases Frankfurt und Ramstein in der BRD. Im Wartime Host Nation Support-Abkommen hat sich die BRD bereit erklärt, in Krisenzeiten wesentliche logistische Aufgaben für das Funktionieren des US-Militärapparates in der BRD zu übernehmen, und damit einer US-Interventionstruppe den Rücken freizuhalten.
19 Kurt Jacob: Arbeitspapier zur Entwicklung der amerikanisch-türkischen Beziehungen, Ebenhausen Dezember 1980, S. 3
20 Dazu die Einschätzung der Ebenhausener „Stiftung für Wissenschaft und Politik", eines braintrusts der Bundesregierung: „Die Basen werden künftig nach (Außenminister Erkmen's) Ankündigung unter Kontrolle der türkischen Regierung und unter dem Oberbefehl der türkischen Streitkräfte stehen. Die Praxis wird zeigen, ob es sich ausschließlich um ein nominelles Vereinbarungselement handelt. ... Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die aus innenpolitischen Gründen (Antiamerikanismus) und außenpolitische Rücksichten (regionale Interessen) erfolgte Übernahme in türkische Souveränität zumindest die **bisherigen** Nutzungsmöglichkeiten für die Amerikaner keineswegs einschränken muß." (Jacob, S. 14 f.)
21 Robert Manning: A Tilt Towards Turkey, in The Middlet East, April 1983, S. 26, und Cumhuriyet, 16.11.82, zit. nach TI 17, S. 8.
22 Vgl. TI 11, S. 12 und TI 22, S. 16
23 Ali L. Karaosmanoglu: Turkey's Security And The Middle East, in Foreign Affairs, Fall 1983, S. 170
24 North Atlantic Assembly, Political Commitee: Interim Report Of The Sub-Committee On The Southern Region On Turkey: A Nation in Crisis, November 1980, S. 23 f., zit. nach Böge, S. 224. Im gleichen Sinne schrieb jüngst US-Unterstaatssekretär Richard Burt: „... macht all dies die Türkei zu einem regionalen Machtfaktor von hoher Bedeutung. ... Die Wirkungsmöglichkeiten der Türkei ergeben sich auch aus ihren nationalen Eigenarten, da sie sowohl ein westliches und europäisches als auch ein nahöstliches und islamisches Land ist." (in EWK 11/84, S. 625)
35 Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, zit. nach Jürgen Roth: Im Würgegriff der NATO, in Alternative Türkeihilfe (Hg.): Militärs an der Macht, Herford 1983, S. 2
26 Vgl. Günter Schröder: Die neue Ordnungsmacht im Nahen Osten rüstet auf, in Taz, 12.9.83, S. 3; Türkeikomitee Ffm, S. 29; Konkret 4/82, S. 40; Böge, S. 13.
27 Türkei- und Kurdistan-Bulletin, Nr. 0/85, S. 22 f.
28 TI 21, S. 2
29 ebd.
30 Uwe Jens Pasdach, Regierungsdirektor im BMWi: Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, Südosteuropa-Mitteilungen 1/84, S. 50
31 North Atlantic Assembly, Political Committee: General Report On Alliance Political Developements, Presented By Mr. Peter Corterier (Federal Republic of Germany), November 1980, S. 22, zit. nach Böge, S. 288
32 SIPRI-Yearbook 1984; Manning, S. 29
33 Jürgen Roth: Kriegsrecht im NATO-Land Türkei, in Konkret 4/82, S. 40; Wehrtechnik 9/81, S. 43 ff.
34 Mürriyet, 19.2.85, nach Türkei-Indodienst, 19.2.85
35 Böge, S. 209; vgl. auch Wehrtechnik 5/80, S. 72
36 FR, 13.9.80
37 FAZ, 13.9.80
38 Im Dezember 1980 hielt sich eine bundesdeutsche Polizei-Delegation zu Gesprächen über die Verwendung dieser Hilfe in der Türkei auf, im selben Monat wurde ein erstes Kontingent von 27 Polizeifahrzeugen an die Türken ausgeliefert", Böge, S. 209 f.
39 Blätter des iz3w, Nr. 117, Mai 1984, S. 29
40 taz, 12.7.85
41 nach taz, 12.7.85
42 nach taz, 23.11.84
43 Badische Zeitung, 10.7.85 und taz, 9.7.85

Die Türkei — ein zweiter Iran?

Ursachen und Hintergründe der Re-Islamisierung

Spätestens seit 1979 die „Islamische Revolution im Iran siegte, sind Re-Islamisierungstendenzen im Nahen Osten in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt.

In verschiedenen Ländern (Ägypten, Pakistan u. a.) wurde seither das Rechtssystem zugunsten einer stärkeren Beachtung des islamischen Rechts reformiert. Moslembruderschaften und andere islamische Sekten erhielten verstärkten Zulauf und machten durch Aktionen auf sich aufmerksam (am spektakulärsten die Besetzung der großen Moschee in Mekka im November 1979).

Auch in der Türkei läßt sich eine Renaissance des Islam im öffentlichen Leben feststellen: Schon 1976 hatte der damalige Ministerpräsident Demirel festgestellt, „zwar sei der Staat laizistisch, nicht aber die Nation“[1] (Laizismus = Freiheit des Staates von jeder religiösen Bindung). Mit Turgut Özal wurde 1983 ein Mann Ministerpräsident, der im Fastenmonat Ramadan keine Reisen in nicht-islamische Länder unternimmt und dessen Regierung im Sommer 1984 die Bierwerbung im Staatsfernsehen verbot, da Bier ein „alkoholisches Getränk“ sei.[2] Derartige Maßnahmen entsprechen der Stimmung in Teilen der Bevölkerung. Die Moscheen sind besser besucht als in früheren Jahren, und selbst in Kreisen der Großstadt-Intelligenzia gehört es heute durchaus zum guten Ton, „auf Cocktail-Partys demonstrativ den Anisschnaps Raki zu verschmähen und sich stattdessen an Fruchtsäften zu laben.“[3]

Was hier zum Vorschein kommt, ist sicherlich zunächst einmal eine Reaktion auf die Friedhofsruhe, die die Militärs mit ihrem Putsch vom September 1980 verordnet hatten. Es ist sicher auch im Rahmen der allgemeine Re-Islamisierungstendenzen im Nahen Osten zu sehen. Die Frage jedoch, welche Rolle in Zukunft der Islam in der Türkei spielen wird, ob die Türkei ein zweiter Iran werden könnte, läßt sich nur beantworten durch die Untersuchung der historischen Entwicklung des Verhältnisses Staat und islamische Religion in der Türkei. Dies soll im folgenden geschehen.

Der türkische Befreiungskampf

Das Osmanische Reich wurde bis zu seinem Zusammenbruch im Ersten Weltkrieg vom Sultan-Kalifen regiert. Er war weltlicher Herrscher dieser Großmacht des Nahen Ostens und religiöses Oberhaupt der islamischen Welt in einem. Am Ende des Ersten Weltkrieges jedoch war selbst Anatolien (das Kernland des Osmanischen Reiches) von ausländischen Truppen fast völlig besetzt. Als Reaktion darauf entstand der Befreiungskampf unter der Führung des Offiziers Mustafa Kemal (später Atatürk genannt). Es war der Kampf eines glühenden Nationalisten, dem zunächst nurmehr die Truppenverbände im Osten Anatoliens zur Verfügung standen, eine Restarmee, die er nicht auftragsgemäß demobilisierte, sondern sie für den Kampf gegen die Okkupanten gewann.

Glaubt man der offiziellen türkischen Geschichtsschreibung, so war dieser Befreiungskampf ein „Volkskrieg“, der auf die breiteste Unterstützung der Bevölkerung stieß. Aber bei Lichte besehen hat-

ten die Bauern (die größte Bevölkerungsgruppe) über Jahrhunderte hinweg nur eines erfahren: Was von außen und von oben kommt, bedeutet vermehrte Lasten und Entbehrungen, bedeutet Zerstörung gewachsener und vertrauter Strukturen. Dies galt für die Okkupanten geradeso wie für einen jungen Offizier, der von Befreiung sprach. „Indes erhielt Atatürk seine Unterstützung nicht aus einer Widerstandsbewegung des Volkes. Im Gegenteil, seine Armee bestand im Kern aus demobilisierten Veteranen, während die Bauern gezwungen wurden, in vorderster Front zu kämpfen (es kamen mehr Soldaten beim Desertationsversuch um als durch griechische Waffen, ein bemerkenswerter Beweis für den Eigensinn der türkischen Bauern)."[4]

Damit wird deutlich: Mustafa Kemal besaß für seinen Befreiungkampf eine Massenbasis unter jenen, die unter der Okkupation um ihre Privilegien fürchten mußten. Aber diese Privilegien bedeuteten auch Macht über die Masse der Bauern, bedeuteten eine ideologische und politische Bindung der Massen an die Großgrundbesitzer und andere Führungseliten. Nur diese Form der Massenbasis unter Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen machte es möglich, daß sich die Proteste gegen die Politik Atatürks in Grenzen hielten, obwohl die breite Masse der Bevölkerung nur teilweise den Befreiungskrieg als den ihren empfand. Der Zündstoff für spätere Konflikte war damit gelegt.

Mustafa Kemals „Salamitaktik"

Jene gesellschaftlichen Gruppen, die den Befreiungskampf aktiv unterstützt hatten, wurden durch das Minimalziel zusammengehalten, das Land von Besatzern zu befreien. Die einzelnen Beweggründe und Sonderinteressen traten zunächst in den Hintergrund. Dies wurde insbesondere möglich, weil Mustafa Kemal es sorgsam vermieden hatte, in dieser Phase des Kampfes seine eigenen, weitergehenden Ziele zu benennen: „Das Ziel eines neuen türkischen Staates offenbarte Mustafa Kemal jedoch selbst seinen engsten Kampfgenossen erst kurz vor der Ausrufung der türkischen Republik, da die meisten von ihnen zwar für die Befreiung der heutigen Türkei waren, aber nicht an die Beseitigung des Sultanats dachten. Sultanat und Kalifat waren für sie heilig und daher unantastbar."[5]

Dieses Verschweigen der wahren Absichten war eine Taktik, ohne die Mustafa Kemal die gesteckten Ziele wohl kaum erreicht hätte. Rückblickend läßt sich das taktische Kalkül Atatürks am besten als „Salamitaktik" bezeichnen: Als unumstrittener Führer der Bewegung mobilisierte er Mehrheiten für die aktuellen Minimalziele. War der stärkste Feind geschlagen, also machtpolitisch nicht mehr von Bedeutung, erweiterte er die Zielsetzung. Jene aus den eigenen Reihen, die diese Zielsetzung nicht unterstützten, wurden zum nächsten Gegner, doch ging Mustafa Kemal in ausreichend kleinen Schritten voran, um sich immer eine Mehrheit für das nächste Ziel zu sichern. (Besonders schrecklich wirkte sich diese Taktik für die kurdische Bevölkerung in der Türkei aus: Zunächst umworben als Bündnispartner und um international Anspruch auf das rohstoffreiche Ostanatolien erheben zu können, wurden die Kurden nach der internationalen Anerkennung der Türkei — Vertrag von Lausanne, 1923 — zum Opfer zahlreicher Massaker und brutaler Unterdrückung.)

Ausdruck dieser Salamitaktik war die schrittweise Trennung von Islam und Staat. Das Grundgesetz von 1921 setzte die Souveränität des Volkes an Stelle der Souveränität Gottes (vertreten durch den Sultan-Kalifen). 1922 wurde das Sultanat abgeschafft, 1924 das Kalifat. 1925 wurde das Tragen religiöser Kleidung und Abzeichen allen nicht offiziell als islamische Würdenträger anerkannten Personen verboten. Die Verfassung von 1924 bezeichnete noch den Islam als die Religion des türkischen Staates (Art. 2). 1928 wurde dieser Artikel gestrichen. Der 3. Parteikongress der kemalistischen Partei nahm 1931 das Prinzip des Laizismus in das Parteiprogramm auf; 1937 wurde der Laizismus dann auch in der Verfassung verankert.[6]

Die Salamitaktik Atatürks führte letztlich dazu, daß es Atatürk gelang, trotz einer in islamischer Tradition verwurzelten Bevölkerung einen auf Modernisierung und „Verwestlichung" aufgebauten Staat zu schaffen. Doch der Staatsmacht gegenüber stand ein Volks- und zum Teil auch "Untergrund"-islam, der zwar aus dem öffentlichen Leben (zumindest der Städte) verbannt war, aber keineswegs an Bedeutung verloren hatte.

Das Einparteiensystem

Ausdruck dieser Situation war auch, daß Atatürk seine Politik nur verfolgen konnte, indem er sich auf ein Einparteiensystem stützte. Dies wird deutlich am Scheitern der Versuche Atatürks, durch eine von ihm installierte „Opposition" seine Herrschaft zu stabilisieren: 1923 wurde die „Fortschrittspartei" gegründet, doch schon 1925 wieder verboten. Im August 1930 entstand die „Freie Partei", die jedoch schon im November des gleichen Jahres ihre „Selbstauflösung" beschloß. „Diese kurze Episode demonstrierte die fundamentale Schwäche des Regimes in Ankara. Die Modernisierung ... hatte einen rechtlichen Rahmen politischer Partizipation geschaffen, ohne jedoch der Bauernschaft und den unteren städtischen Schichten sowie dem Kleinbürgertum politische Rechte zu gewähren."[7] Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich die „Freie Partei" zu einem Sammelbecken jedweder Opposition entwickelte, sodaß die Partei zugleich mehr freie Marktwirtschaft forderte, wie auch eine restaurative islamische Bewegung einleitete.

Damit ist auch das Dilemma der kemalistischen Politik vorgezeichnet: Wohl ist es möglich, innerhalb weniger Jahre einem Land wie der Türkei ein Rechtssystem überzustülpen, das laizistisch und westlich modernistisch ist, aber die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen, die in den westlichen Industrieländern dieses Rechtssystem erst entstehen ließen, entwickeln sich nicht innerhalb weniger Jahre. Gerhard Weiher hat dies in dem prägnanten Satz zusammengefaßt: „Mit der Etablierung eines republikanischen Nationalstaats war in der Türkei ein bürgerlicher Staat entstanden, ohne daß diesem eine bürgerliche Schicht als gesellschaftliches Substrat entsprochen hätte."[8]

Die Entstehung einer „nationalen" Bourgeoisie

Atatürks Kemalismus sollte ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus sein und der Türkei die nationale Souveränität und Unabhängigkeit (ökonomisch, politisch, militärisch) bringen. Gemäß dem Etatismus als einem der sechs Prinzipien (s. Kasten) des Kemalismus sollte auf wirtschaftlichem Gebiet ein großer industrieller Staatssektor entstehen, der jene Produktionsbereiche abdekken sollte, die zur industriellen Entwicklung notwendig, aber für die Privatindustrie nicht lukrativ oder finanzierbar war. Dies wiederum war als Voraussetzung gedacht für die Entstehung privater Industrien, einer eigenen türkischen Kapitalistenklasse, einer nationalen Bourgeoisie.

Tatsächlich bildete sich vor allem in den dreißiger Jahren diese türkische Kapitalistenklasse heran. Doch diese neuentstandene „nationale" Bourgeoisie verdankte ihren Aufstieg zwar dem Kemalismus und seiner Politik des Etatismus, hatte aber, durch Kriegsgewinne im Zweiten Weltkrieg noch gestärkt, kein Interesse an der Fortführung des Etatismus und der ökonomischen Unabhängigkeit der Türkei. Vielmehr versprachen sich ihre Vertreter einen weiteren, profitbringenden Aufschwung von einer Kooperation mit ausländischen Investoren. Damit war in der Türkei eine ökonomisch starke, an politischem Einfluß interessierte Klasse herangereift, die die Unabhängigkeit und den Etatismus, zwei Kerngedanken des Kemalismus, ablehnte und damit zum Kemalismus in Widerspruch stand.

Das Mehrparteiensystem und die Islamisierung

Aus dem Zweiten Weltkrieg war die USA als die ökonomisch stärkste Siegermacht hervorgegangen. Um diese Führungsposition auszubauen, entwickelte sie ein Milliardenprogramm, den Marshall-Plan, mit dem sie allen für die USA interessanten Ländern umfangreiche Hilfe anbot, aller-

Nationale Heilspartei (MSP) und Nationale Aktionspartei (MHP)

Die **„Nationale Heilspartei“** (MSP) wurde 1972 gegründet. Bei den Wahlen 1973 gewann sie 11,8 % der Stimmen. Im Januar 1974 trat die MSP in eine Koalition mit der Republikanischen Volkspartei (CHP) Ecevits ein, in der sie sieben Ministerposten erhielt. Nach dem Scheitern der CHP/MSP-Koalition bildete sie im März 1975 mit der Gerechtigkeitspartei (AP) Demirels, der Republikanischen Vertrauenspartei und der MHP die erste Regierung der „Nationalen Front“. Bei den Wahlen 1977 sank der Stimmenanteil der MSP auf 8,6 %, während die MHP, die mittlerweile auch islamisch-fundamentalistische Ideen propagierte, ihren Stimmenanteil auf Kosten der MSP erhöhen konnte. Im Juli 1977 bildeten AP, MSP und MHP die zweite Koalition der „Nationalen Front“.

Die Programmatik der MSP sieht in der Rückbesinnung auf islamische Werte das Allheilmittel zur Lösung ökonomischer, sozialer und politischer Probleme. Die Rolle der Familie und der moralischen Normen wird betont. Die MSP forderte Priorität für die unterentwickelten Regionen und Unterstützung der kleinen Handwerker und Händler. Ziel sollte die Einführung des islamischen Rechts (Sheriatrecht) sein. Ihre höchsten Stimmanteile erzielte die MSP in traditionell geprägten und/oder in einem rapiden Wandel sich befindenden Regionen. In Verbindung mit der MSP standen verschiedene islamisch-fundamentalistische Sekten (Nurdschuluk, Süleymanli), die sichschon vor der Gründung der MSP einen Namen durch antilaizistische Aktionen gemacht hatten.

Die **„Nationale Aktionspartei“** (MHP) ging 1965 aus der nationalistischen CKMP hervor. Unter Führung des Exobersten Alparslan Türkeş entwickelte sie eine Ideologie, die die folgenden Charakteristik enthält:

— Panturanismus, d. h. alle Turkvölker sollen in einem einzigen Staat „vereinigt“ werden. Dementsprechend erhebt die MHP Anspruch auf Zypern, Teile Griechenlands und verschiedene Republiken der UdSSR. Türkeş: „Wo es auf der Welt einen Türken gibt, da fangen unsere Grenzen an.“
— Antisemitismus und Haß auf alle nichttürkischen Völker in dem beanspruchten Gebiet (Armenier, Kurden, Griechen...).
— „Antikapitalismus“ und „Antikommunismus“, statt dessen ein rassistisches Führerprinzip.

Da zu Beginn ihrer Aktivitäten die Religion in der Ideologie der MHP keine Rolle spielte, rekrutierte sie ihre Aktivisten sehr stark aus Ober-, Fach- und Hochschulabsolventen, die keine Chance auf eine ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitstätigkeit hatten. Unter der religiös orientierten Landbevölkerung und den Landflüchtigen hatte sie wenig Einfluß. Erst mit der Übernahme islamisch-fundamentalistischer Ideen fand sie auch hier Anhänger insbesondere in Mittelanatolien, wo eine starke Mischbevölkerung (türkisch/kurdisch; alewitisch/sunnitisch) Ansätze zum Ausnutzen tradierter Vorurteile bot. Seit 1968 trainierte die MHP Jugendliche in Ausbildungslagern zu Terrorkommandos („Graue Wölfe“). Unter der Führung der MHP standen nicht weniger als 26 Unter- und Tarnorganisationen. Als sich Mitte der siebziger Jahre abzeichnete, daß die MHP keine Chance hatte, auf parlamentarischem Weg die Macht zu erlangen, ging sie zu Mord- und Terroraktionen über. Zwischen 1975 und 1980 wurden über 5000 Menschen ermordet. Bekannt ist, daß die MHP umfangreiche Verflechtungen zur Mafia (Rauschgift- und Waffenhandel), zu westlichen Geheimdiensten, zu Militär- und Polizeiorganen und zu großindustriellen Förderern aufwies.

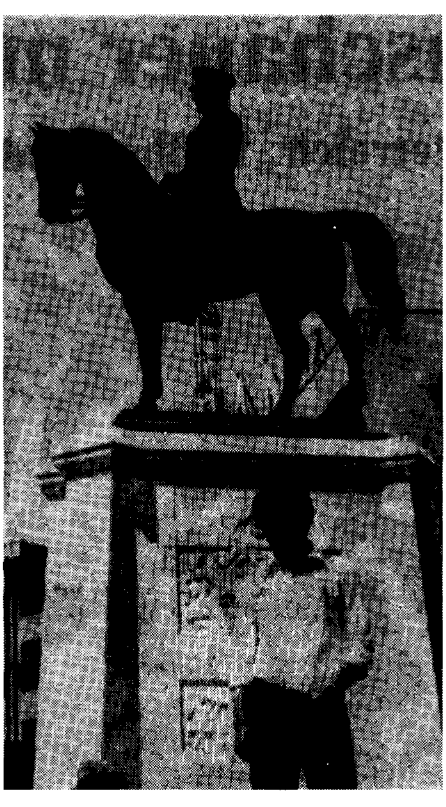
dings unter der Voraussetzung, daß diese Länder den wirtschaftlichen und politischen Neubeginn nach den Vorstellungen der USA ausrichteten. Neben militärischen Forderungen enthielt die Gewährung von US-Hilfe im Fall der Türkei von Anfang an gezielte Bedingungen bezüglich der Entwicklungsrichtung der türkischen Wirtschaft. Zugleich entwickelte die erstarkte türkische Kapitalistenklasse die Forderungen der USA zu einem eigenen Programm, da nur dadurch eine problemlose Zusammenarbeit und Verflechtung mit ihnen möglich war und zudem die kurz- und mittelfristigen Eigeninteressen dies notwendig machten. Politischer Träger dieser Programmatik wurde die „Demokratische Partei“ unter Menderes.

Mit dem Auftreten dieser Partei war es nur folgerichtig, daß (auch auf Drängen der USA) das von Atatürk eingeführte Einparteiensystem zugunsten einer Regierungsform aufgegeben wurde, die sich an westlichen Demokratien orientierte. 1946 wurde in der Türkei das Mehrparteiensystem eingeführt, doch bestimmend war für diese Entwicklung nicht das Bestreben, dem Volk mehr Demokratie zu gewähren, sondern die Verschiebung innerhalb der Klassenstruktur der Türkei. Der wachsenden Bedeutung der Bourgeoisie sollte damit politisch Rechnung getragen werden. Im Mai 1950 gewann die „Demokratische Partei“ die Wahlen und verfügte über vier Fünftel der Parlamentssitze.

Mit dem Mehrparteiensystem ergab sich für die Parteien auch folgendes Problem: Um aus den Wahlen als Sieger hervorzugehen, mußten sie ihre Ziele in massenwirksame Parolen und Programme ummünzen. Es galt in diesem Konkurrenzkampf Themen zu finden, die
a) den eigenen ökonomischen und politischen Zielen nicht widersprachen und
b) Wählerstimmen einbringen konnten.
Da jedoch die eingeleitete abhängige Entwicklung der Türkei die Unterentwicklung der Landwirtschaft zementierte und noch verschlimmerte, war das größte Wählerreservoir, die kleinen Bauern und Landarbeiter, auf Dauer nicht mit ökonomischen Versprechungen zu gewinnen. Damit wurde ein außerhalb der ökonomischen Programmatik liegendes Thema zum Propaganda- und Wahlkampfschlager der „Demokratischen Partei“: Menderes versprach, dem Islam wieder seine gebührende Stellung in der Türkei zu verschaffen, und die alte islamische Tradition, die das Einparteiensystem aus der Öffentlichkeit verbannt hatte, kam nun wieder zum Vorschein: „Zwischen 1950 und 1960 wurden mehr Moscheen als Schulen gebaut, Ende der sechziger Jahre standen 10.000 offiziellen Korankursen 40.000 private gegenüber. Man kann sagen, daß dieser Prozeß ein direkter Ausfluß des Mehrparteiensystems war; denn während Atatürk mit seiner Einparteienherrschaft sich keiner pluralistischen Konkurrenz anderer politischer Programme zu stellen brauchte, geriet die Islamisierung zuerst des Schulwesens und später anderer Bereiche in den fünfziger Jahren zu einem Wahlkampfschlager: Die Rückkehr des Islam ins öffentliche Leben entsprach dem Willen des Volkes.“[9]

Die Entwicklung nach Menderes

Durch den Putsch der Militärs 1960 wurde die Regierung Menderes gestürzt. Zugleich führte die abhängige Industrialisierung des Landes zu wachsender Unrentabilität der Landwirtschaft. Der Einfluß der Arbeiterbewegung auf das politische Geschehen war selbst in den siebziger Jahren noch sehr gering. Rechte wie das Streikrecht und die Gewerkschaftsfreiheit wurden 1961 in der Verfassung verankert, ohne daß die Arbeiterbewegung sie hätte erkämpfen müssen. Von der Entwicklungsdynamik der Großindustrie in den sechziger und siebziger Jahren profi-



Atatürk — Vorreiter des Laizismus und...



...glühender Nationalist

tierten auch die Arbeiter. Zugleich jedoch setzte unter der rund zehnmal größeren Zahl der Bauern und Landarbeiter ein Prozeß der Verelendung und Landflucht ein. Die marginalisierten Massen bildeten ein breites Potential für rückwärtsgewandte, islamisch-fundamentalistische Ideen, während die Arbeiterklasse als traditioneller Träger fortschrittlich-sozialistischer Ideen nur punktuell die „Schule des Klassenkampfes“ durchlaufen hatte.

Die beiden großen Parteien — die Republikanische Volkspartei (CHP) unter Ecevit und die Gerchtigkeitspartei (AP) unter Demirel — erwiesen sich als unfähig, das Elend auf dem Lande und unter den Landflüchtlingen zu beheben. Dies war die Chance für die islamisch-fundamentalistische MSP und die nationalistisch-fundamentalistische MHP (s. Kasten). Die Wahlen von 1977 brachten beiden Parteien zusammen immerhin 15% der Wählerstimmen ein. Die hereinbrechende Wirtschaftskrise hatte ihnen diese Wähler in die Arme getrieben. Zwar war der Traum von der Machtübernahme der Fundamentalisten damit nicht zu erreichen, wohl aber gewannen beide Parteien dadurch an Einfluß, daß sie die Pattsituation der beiden großen Parteien ausnutzten. Wo MHP und MSP an der Regierung beteiligt waren, ließen sie sich ihre Arbeit als „Mehrheitsbeschaffer“ im Parlament kräftig honorieren: In allen Regierungen mit MHP- und/oder MSP-Beteiligung hatten die kleinen Parteien erheblich überproportional Ministerposten erhalten. Dies gab ihnen insbesondere die Möglichkeit, an ihre Anhänger Posten im Staatsapparat und in den Staatsbetrieben zu verschachern, wodurch ihr Einfluß stieg. Zugleich verlegten MHP und MSP einen Teil ihrer Auseinandersetzung mit „den Linken“ auf die Straße. Mit politischen Morden und willkürlichen Attentaten sollte der politische Gegner eingeschüchtert werden.

Neben den fortbestehenden islamischen Traditionen auf dem Lande ist an dieser Stelle für den Einfluß von MHP und MSP noch ein Punkt herauszustellen: Die Geschichte der modernen Türkei war über lange Jahre hinweg von einem strengen Einparteiensystem dominiert, und aufgrund des Etatismus war ein starker Staatssektor entstanden, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg immer mehr aufblähte und damit bürokratisch und ineffizient wurde. Beide Erscheinungen werden gerade von konservativer Seite auch als typische Fehler sozialistischer Länder kritisiert. Den türkischen Fundamentalisten fiel es damit leicht, den Kemalismus als links, bzw. sozialistisch zu diffamieren. Zusammen mit der Ummünzung des Laizismus als „Atheismus“ war damit ein umfassendes Feindbild entstanden.

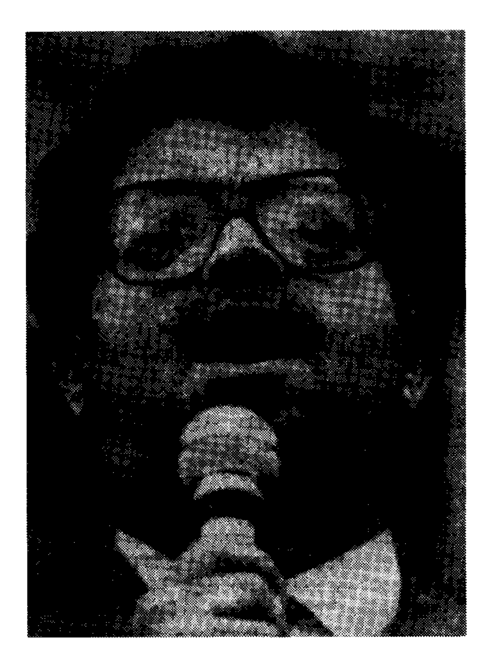
Der Putsch von 1980 und die Folgen

Die Verlagerung des „Machtkampfes“ auf die Ebene von Straßenschlachten, wie ihn MHP und MSP praktizierten, brachte ihnen zwar Sympathie bei den militanten Fundamentalisten, die bereit waren, auch Opfer für „ihre Sache“ zu bringen. Für die Mehrzahl der Bevölkerung jedoch war ein Leben unter der Eskalation von Gewalt auf der Straße unerträglich (in den Wochen vor dem Putsch kamen täglich etwa 20 Menschen bei bewaffneten Auseinandersetzungen ums Leben).

Für die Militärs war seit 1977 klar, daß sie im Bedarfsfall durch einen Putsch die Macht übernehmen würden.[10] Der Putschzeitpunkt im September 1980 erwies sich im nachhinein als taktisch optimal gewählt: Von der Eskalation der Gewalt zermürbt, ging nach dem Putsch ein Aufatmen durch die Bevölkerung. Die Militärs hatten nicht nur die Macht übernommen, sie konnten auch einer großen Massenbasis sicher sein. Dies war die denkbar beste Voraussetzung zur Durchsetzung der Forderungen der Großindustrie und des Internationalen Währungsfonds (s. dazu den Aufsatz „Aufschwung in die Krise?“ in diesem Heft). Es galt nun für die Militärs, diese Massenbasis durch

geschicktes Vorgehen zu erhalten.

Nach dem Putsch bedienten sich die Militärs einer Art Doppelstrategie gegenüber dem islamischen Fundamentalismus. Auf der politisch-organisatorischen Ebene wurde er ausgeschaltet durch das Parteienverbot, von dem MSP und MHP wie die anderen Parteien auch betroffen waren. Neben der organisatorischen Ausschaltung vollzogen die Militärs gleichzeitig eine inhaltliche Annäherung an die islamischen Fundamentalisten, einerseits, weil dies zum Erhalt der Massensbasis sinnvoll erschien, andererseits aber auch, um die Re-Islamisierungstendenzen unter ihrer Kontrolle zu halten. So wurde beispielsweise, um den Einfluß der politisch suspekten Koranschulen zurückzudrängen, erstmals seit der Gründung der Republik die islamische Unterweisung an den Schulen als Pflichtfach eingeführt.



„Mekkapilger" Özal

Re-Islamisierung als Mittel der Außenpolitik

Die Forderungen des Internationalen Währungsfonds beinhalteten insbesondere eine stärkere Exportorientierung der türkischen Wirtschaft. Als Märkte für türkische Exportwaren kommen dabei vor allem die Länder des Nahen Ostens in Betracht, in denen der Islam eine zentrale Rolle spielt. Nach dem Putsch hat sich die Türkei deshalb verstärkt bemüht, sich als Mitglied der islamischen Staatengemeinschaft zu profilieren, so zum Beispiel, als im November 1984 die Islamische Weltkonferenz beschloß, auf einen gemeinsamen Markt hinzuarbeiten und der türkische Ministerpräsident Özal dies auf einer Pressekonferenz ausführlich würdigte.[11]

Re-Islamisierung unter der Regierung Özal

Nachdem die Militärs 1982 ihre Verfassung vom Volk hatten absegnen lassen, präsentierten sie der Weltöffentlichkeit ihren Weg zur „Demokratie": Zugleich mit der Verfassungsabstimmung war der Juntachef Kenan Evren zum Staatspräsidenten gewählt worden, dem nach der Verfassung im Bedarfsfall die wirkliche politische Macht zukommt. Danach hielten die Militärs Wahlen ab. Turgut Özal wurde Ministerpräsident. Seine Partei, die „Mutterlandspartei" AnaP, erwies sich rasch als Sammelbecken für reaktionäre Politiker aus der Zeit vor dem Putsch. Insbesondere MSP und MHP gaben sich ein Stelldichein. In der Folgezeit beherrschten Rivalitäts- und Flügelkämpfe die AnaP, die auf dem letzten Kongress der Partei ihr vorläufiges Ende durch die Entmachtung der MHP-Anhänger durch den Zusammenschluß Özals mit den MSP-Anhängern fanden. Als Zugeständnis an die MSP-Anhänger fand daraufhin eine neue Welle von Re-Islamisierungsmaßnahmen statt.

Ein Beispiel ist die jüngste Diskussion um Charles Darwin. Ausgelöst wurde sie durch die Feststellung des Erziehungsministers Dincerler, die Lehren Darwins widersprächen der Religion, da Evolutionslehre und Islam nicht miteinander zu vereinbaren seien. Doch die Diskussion in den Medien zeigte auch, daß derartige Auslegungen des Koran vielen — auch religiösen — Menschen zu weit gehen.

Die Zukunft der Re-Islamisierung

Es war die „Salamitaktik" und das Einparteiensystem Atatürks, die es über lange Jahre hinweg ermöglichten, die Traditionen des Volksislams in der Türkei scheinbar von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Die Einführung des Mehrparteiensystems zeigte dann, wieviel an islamischer Tradition in weiten Bevölkerungskreisen noch wach war. Aber das Mehrparteiensystem war nicht eingeführt worden, um diesen Traditionen Rechnung zu tragen, sondern weil eine erstarkte Bourgeoisie eine neue politische Orientierung wollte, und diese Orientierung war nicht islamisch, sondern kapitalistisch. Der Putsch der Militärs 1980 zeigte erneut und noch viel deutlicher das Prinzip, nach dem hier vorgegangen wird: Wirklich zum Tragen kamen die Forderungen von Großindustrie und Internationalem Währungsfond, aber um der Massenbasis willen (und auch wegen der Exporte)wird eine kontrollierte Re-Islamisierung zugelassen. Weder haben die Fundamentalisten in der Türkei heute die Macht, noch sind sie auf dem Wege dazu. Sie sind nützliches Vehikel für eine Politik, die sich sonst gegenüber der Bevölkerung wesentlich schlechter verkaufen ließe. Der Schah hatte imIran den Islam als hinderlich ins Abseits gestellt, die politisch Einflußreichen in der Türkei jedoch bedienen sich des Islam. Darin liegt der zentrale Unterschied, und deshalb steht für die nächste Zeit auch nicht zu erwarten, daß die Türkei ein zweites Iran werden wird.

Rainer Werle

Anmerkungen:

1 Neue Zürcher Zeitung, 27./28.5.1976
2 Frankfurter Rundschau, 25.10.1984
3 ebd.
4 Samim, Ahmet: Die Tragödie der türkischen Linken; in: Seven, Ömer (Hrsg.): Türkei — zwischen Militärherrschaft und Demokratie; Hamburg 1984, S. 150f
5 Keskin, Hakki: Die Türkei; Berlin 1981, S. 53
6 vgl.: Halm, Heinz: Islam und Laizismus — Strukturprobleme der modernen Türkei und ihre historische Entwicklung; in: Die Türkei und die Türken in Deutschland; Stuttgart 1982
7 Keyder, Çaglar: Die Agrarstruktur; in: Seven, Ömer: Die Türkei — zwischen Militärherrschaft und Demokratie; Hamburg 1984, S. 37
8 Weiher, Gerhard: Militär und Entwicklung in der Türkei 1945—73; Opladen 1978, S. 76
9 Binswanger, Karl: Islamischer Fundamentalismus und türkischer Nationalismus; in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Die türkische Krise; Bonn 1981, S. 29; Zur Politik der Menderes-Regierung s. auch: Eberhard Schmitt, Die Geschichte der Türken, S. 36ff.; in: E. Schmitt (Hrsg.) Türkei, Bd. 1; Express-Edition; Berlin 1984
10 Werle, Rainer: „Modell" Türkei — Ein Land wird kaputtsaniert; Hamburg 1983, S. 113
11 Die Tageszeitung, 18.11.1984

Zur Lage der christlichen Minderheiten



Die Zahl der Christen in der Türkei wird auf gegenwärtig höchstens 106 000 geschätzt (siehe auch die Tabelle im Kasten). Dagegen lebten vor dem Ersten Weltkrieg noch ca. 2,1 Mio. Armenier, etwa 2 Mio. Griechen, 600 000 bis 700 000 Assyrer und mindestens 300 000 christliche Araber innerhalb der Grenzen des Osmanischen Reiches. Sie gehörten Völkern an ,die seit über drei Jahrtausenden in Kleinasien, Kilikien sowie im Armenischen Hochland lebten und das kulturelle und politische Leben dieser Länder entscheidend geprägt hatten. Die größten unter ihnen, die Armenier und besonders die Griechen, hatten Staaten und ganze Reiche gegründet.



Eine Türkei der Türken?

Auf einen Blick: Anzahl und Siedlungsgebiete christlicher Volksgruppen in der Türkei einst und jetzt

Armenier
1914: ca. 2,1 Millionen. Siedlungsgebiete: Armenisches Hochland, Kleinasien einschließlich Kilikien und Mesopotamien; europäischer Teil der Türkei
1985: 70 000, davon ca. 60 000 in Istanbul

Griechen:
1914: ca. 2 Millionen in Kleinasien mit Siedlungsschwerpunkten an den Küsten des Schwarzen und Mittelmeers sowie den Städten Konstantinopel und Smyrna (heute Istanbul und Izmir).
1985: 4000—8000 in Istanbul; auf den Inseln Imbros und Tenedos 2 225 (Stand 1975).

Assyrer:
1914: 600000—1 Millionen in Mesopotamien, Anatolien, Südarmenien.
1985: ca. 15000—35000 (davon 90% Angehörige der syrisch-orthodoxen Kirche) in Südostanatolien und Istanbul.

Arabischsprachige Christen:
1939: 300 000 im „Sandschak von Alexandrette" (ursprünglich syrisches Gebiet unter damals französischem Mandat)
1985: 4000—10000 in „Hatay" (= Sandschak von Alexandrette)

Da in der Türkei offiziell nur Türken leben, gibt es keine Statistiken der Volksgruppen. Die obigen Zahlen sind Mindest- bzw. Höchstschätzungen im Zeitraum 1979—1985 aus den oben genannten Quellen.

Einige der ursprünglich christlichen Volksgruppen verloren ihre religiöse Identität, als sie von den osmanischen Türken erobert worden waren, wie etwa die Lasen und die Georgier in Südwest-Georgien (Pontos-Gebiet, Adscharien, und das Tao-Klardscheti), oder bei ihrer Einwanderung in das Osmanische Reich, wie die Tscherkessen im vorigen Jahrhundert. Sie wurden meist mit Gewalt „bekehrt" oder traten „freiwillig" zum Islam über, um sozialen, steuerlichen und rechtlichen Benachteiligungen zu entgehen.

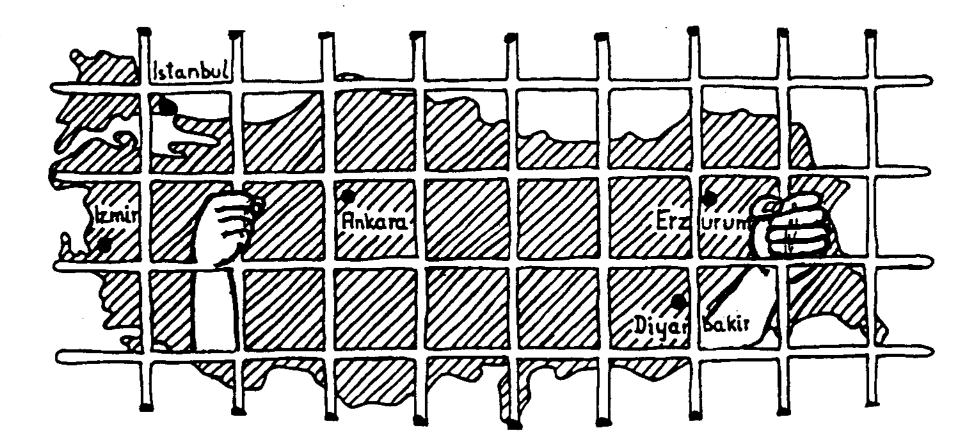
Die übrigen christlichen Völker, die bis dahin jeglicher Assimilierung widerstanden hatten, wurden zwischen 1914 und 1922 in dramatischer Weise durch eine gezielte Völkermords- und Vertreibungspolitik, deren Ziel die Schaffung einer ethnisch einheitlichen „Türkei der Türken" war, zu Minderheiten gemacht. Bereits Monate vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde die griechische Bevölkerung der Mittelmeerküste in das Landesinnere deportiert. Kurz vor und während des Weltkrieges war ein Drittel der griechischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches ähnlichen Deportationen, Massakern und Grausamkeiten ausgesetzt wie die Armenier. Ab Mai 1919 wurde die griechische Bevölkerung der Schwarzmeergebiete, besonders aus der Gegend um Trapesunt, nach Kars und Sarikamisch deportiert. Vom 26.5.1921 bis Januar 1922 wurden 30 000 Griechen und Armenier von Sivas nach Diarbekir deportiert, von denen nur 10 000 das Deportationsziel erreichten.

Als kemalistische Truppen die Stadt Smyrna eroberten, töteten sie 100 000 weitere Griechen und 10 000 Armenier. Schließlich wurden nach den Bestimmungen des Lausanner Friedensvertrages (1923) — nach unterschiedlichen Angaben — 1,1 bis 1,7 Mio. Griechen aus der Türkei ausgesiedelt, während 390 000 Türken den griechischen Teil Thraziens verließen und in die Türkei übersiedelten.

Die Armenier verloren während des Weltkrieges die Hälfte bis drei Viertel ihrer Vorkriegsbevölkerung im Osmanischen Reich. Bei diesem ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts kamen etwa 1,5 Mio. Armenier bei Massakern um oder starben während bzw. infolge der Deportationen, deren Ziel nach den Worten des damaligen Innenministers „das Nichts" war (vgl. „blätter des iz 3W" Nr. 109). Da die örtlichen Beamten und Bevölkerungsgruppen nicht immer genau zwischen Armeniern und anderen Christen unterschieden, kam es im Zuge der Armeniervernichtung auch zu Massakern an Hunderttausenden von Assyrern.

Die Lage in der Türkei heute

Der Lausanner Friedensvertrag garantiert in seinen Artikeln 37—44 den „nichtmuslimischen Minderheiten" gewisse Religionsfreiheiten. Kulturelle Minderheitenrechte sind in der türkischen Verfassung, die jeden Einwohner der Türkei zu einem Türken erklärt und Türkisch zur einzigen Verkehrs- und Erziehungssprache erhebt, nicht vorgesehen. Diese Repressionen, die bisher von jeder Regie-



rung der Republik Türkei — ob demokratischen oder diktatorischen Charakters — aufrechterhalten wurden, treffen alle in der Türkei (noch) lebenden Volksgruppen, am folgenreichsten jedoch die sehr kleinen Gruppen, die oft auch keinen geschlossenen Siedlungsraum mehr besitzen. Die sogenannten armenischen und griechischen Schulen, die beide Volksgruppen in Istanbul besitzen, dürfen Armenisch bzw. Griechisch nur in Verbindung mit der Religionserziehung unterrichten. Grundsätzlich ist die Erzeugung, der Vertrieb sowie der Besitz von Kassetten, Videos oder Druckerzeugnissen in anderen Sprachen als Türkisch verboten. Dazu tritt die Angst, an der eigenen Muttersprache als Angehöriger einer Minderheit erkannt zu werden, so daß der Gebrauch der Muttersprache nur noch im engen Familienkreis stattfindet.

Armenier und Griechen leben heute vorwiegend in Istanbul, wo sie traditionelle Zentren ihrer Kirchen besitzen (das Armenisch-Apostolische Patriarchat der Türkei, das Ökumenisch-Orthodoxe Patriarchat). Nur noch geringfügige Reste — nach Angaben des armenisch-apostolischen Patriarchats etwa 10000 — leben außerhalb Istanbuls in ihren ursprünglichen westarmenischen Heimatgebieten, häufig unter unsäglichen Bedingungen der Assimiliation, Erniedrigung und Abhängigkeit hauptsächlich von kurdischen Stammesführern oder Feudalherren, deren Unbildung, Gewinnsucht und religiöser Fanatismus sich unheilvoll mit der Untätigkeit der Behörden ergänzt. Wie das „Churches Committee on Migrant Workers in Europe" 1979 in einer eindrucksvollen Dokumentation erkannte, ist dem türkischen Staat die Einschüchterung, Vertreibung oder Assimilierung der christlichen Volksgruppen willkommen. Daher duldet er Willkür und Übergriffe durch Kurden, die ansonsten bekanntlich selbst unter Verfolgung und vielfältiger Repressionen durch den türkischen Staat leiden.

Sämtliche Angehörige christlicher Minderheiten leiden unter Benachteiligungen in ihrem Berufs- und gesellschaftlichem Leben, sobald bekannt wird, daß sie verhaßten Minderheiten angehören. Die Folge ist ein ständiges Verleugnen der eigenen Identität als Überlebensstrategie. Selbst noch im Ausland wird dieses seit früher Kindheit eingeübte und von den Eltern übernommene Verhalten beibehalten. Dies gilt ganz besonders für die Bundesrepublik mit großen und einflußreichen türkischen Gemeinschaften, in denen auch das Spitzel- und Denunziantentum reichlichen Nährboden findet. Zu den Anpassungsmechanismen gehört der Verzicht auf die für griechische und armenischen Familiennamen typischen Endungen (-idis oder -yan) bzw. die vollständige Türkisierung des Familiennamens sowie die Wahl eines neutralen oder sogar muslimischen Vornamens, zumindest für die Außenkontakte in der türkischen Gesellschaft. Das Auswärtige Amt der Bundesrpublik, das sich in der Vergangenheit nicht gerade durch eine kritische Haltung gegenüber innertürkischen Zuständen ausgezeichnet hat, berichtete am 12.4.85 an den Verwaltungsgerichtshof Ansbach, daß zwei Drittel der in der Türkei lebenden Armenier ihre Familiennamen bereits türkisiert hätten, um Benachteiligungen zu vermeiden. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an den vehementen Protest der türkischen Presse gegen die Slawisierung der Familiennamen der in Bulgarien lebenden Türken.

Der Militärdienst bildet für alle jungen Christen in der Türkei eine Zeit besonde-



rer Leiden und Ängste. Gewöhnlich müssen sie in „Ostanatolien“ bzw. Westarmenien dienen, das wegen seiner rauhen Klimabedingungen und geringen Lebensstandards bei der türkischen Bevölkerung besonders unbeliebt ist. Die christlichen Rekruten leiden darüberhinaus unter Schikanen und Mißhandlungen durch muslimische Kameraden und Vorgesetzte; sie werden häufig geschlagen und bisweilen ernsthaft verletzt oder sogar getötet. In dem bereits erwähnten Bericht des Auswärtigen Amtes werden Berichte armenischer Flüchtlinge bestätigt, wonach armenische Rekruten — besonders solche ohne höhere Schulbildung — häufig zwangsbeschnitten werden. Die Zwangsbeschneidung wird bisweilen als hygienische Maßnahme begründet.

Zwischen 1960 und 1980 flohen 160000 Christen aus der Türkei nach Westeuropa. Sie beklagen sich über ihre rechtlose Lage: Beschwerden gegenüber türkischen Behörden, der Polizei oder Gerichten verlaufen gewöhnlich ergebnislos. Selbst wenn ein Straftäter einmal festgenommen wird, ist es für seine Familie oder seine Freunde ein leichtes, ihn freizubekommen, falls der Geschädigte ein Christ war. Im Februar 1985 wurde bekannt, daß die Türkei 422 türkischen Staatsbürgern die Staatsbürgerschaft entzogen hatte. Die meisten der Betroffenen waren Armenier, Griechen oder Juden (18—20000), darunter auch solche, die sich geweigert hatten, ihren Militärdienst zu leisten und/oder längere Zeit im Ausland gelebt hatten.

Die Armenier

Nach Angaben des armenischen Patriarchats leben heute nur noch 70000 Armenier in der Türkei. Die zahllosen Verletzungen der ohnehin schmalen Rechte, die Armenier und Griechen in Istanbul durch den Lausanner Vertrag als religiöser Minderheit (nicht als Volksgruppe!) eingeräumt wurden, haben zu einer wachsenden Assimilierung bzw. der Flucht von mehr als 25000 Armeniern seit 1955 geführt.

Heute gibt es nur noch 25 armenische Schulen mit 5000 Schülern in Istanbul. Um ihre Kinder vor Benachteiligungen zu schützen, bevorzugen jedoch viele armenische Eltern eine türkische anstelle einer Schule, die nur noch dem Namen nach armenisch ist und in vielen Fällen von Türken geleitet und stets zumindest von Türken kontrolliert wird und wo die Anzahl armenischer Stunden seit 1974 auf vier Wochenstunden gesenkt wurde. Ein deutliches Anzeichen für die sprachliche Assimilierung der Armenier ist die Tatsache, daß eine der beiden armenischen Zeitungen, die in der Türkei erscheinen, „Schamanak“ („Zeit“), sowohl in armenisch, als auch in türkisch erscheint, das die Hauptsprache nahezu aller Armenier in der Türkei geworden ist. Erst im Ausland beginnen einige armenische Flüchtlinge, ihre Muttersprache wiederzuentdecken und zu lernen (ähnliches geschieht mit Angehörigen anderer Volksgruppen aus der Türkei wie Tscherkessen, Kurden usw.).

Auch die übrigen Funktionen der armenisch-apostolischen Kirche in der Türkei, der einzig geduldeten armenischen Körperschaft, werden durch die Verletzungen des Lausanner Vertrages beeinträchtigt. Der armenische Patriarch, der bis zum Militärputsch von 1980 derartige Verletzungen relativ häufig und offen kritisiert hatte, zeigt seither im Interesse seiner Gemeinde ein demonstrativ staatstreues Verhalten, das äußerst erniedrigend wirkt. Es hat allerdings nicht verhindert, daß seit 1980 mindestens elf für ihre Gemeinde in Istanbul aktive Armenier festgenommen und z. T. gefoltert wurden. Der bekanntese und härteste Fall ist der des jungen Geistlichen Hajk Manwel Jerkatjan (geb. 1956), der im Oktober 1980 festgenommen, durch das Herausreißen der Finger- und Zehennägel während seiner Untersuchungshaft gefoltert und im März 1983 wegen angeblich „antitürkischer Propaganda“ zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der Jerkatjan-Fall veranschaulicht, daß sich die Mitglieder der armenischen Gemeinschaft in einer Geiselsituation befinden und benutzt werden, um moralischen Druck auf die auslandsarmenischen Gemeinden auszuüben. Das Gefühl der Ohnmacht und Rechtlosigkeit, der in der Türkei lebenden Armenier, wird durch die zahlreichen und stets negativen Presseberichte- und kommentare verstärkt, die dem türkischen Leser die Armenier als eine angebliche Bedrohung seines Staates hinstellen. Als Reaktion auf diesen häufig gelenkten Volkszorn kam es 1977, 1979 und 1980 zu Anschlägen auf armenische Kirchen und sonstige Gebäude in Istanbul.

1979 berichtete das „Churches Committee on Migrant Workers in Europe“ in seiner bereits erwähnten Dokumentation über noch in ihren angestammten Siedlungsgebieten lebende Armenier: Sie bilden den Besitz von stammesorganisierten Kurden und werden von diesen sogar an ihre Kinder vererbt, ohne irgendwelche Eingriffe von staatlicher Seite fürchten zu müssen.

Seit 1983 besteht eine wachsende Tendenz zur Zwangsislamisierung armenischer Christen. Die Istanbuler Zeitung „Güneş“ berichtete über das armenische Dorf Harent (türk.: Acar) im Bezirk Siirt, dessen gesamte Bevölkerung von 600 Personen im Frühsommer 1983 zum Islam übergetreten war. Auslandsarmenischen Kommentaren zufolge handelte es sich dabei um eine Zwangsbekehrung.

Die Griechen

Während sich die Anzahl der in Griechisch-Thrazien verbliebenen Türken zwischen 1953 und 1982 von etwa 120000 auf 129000 erhöht hat, ist die

griechische Gemeinde in Istanbul im selben Zeitraum von 100000 auf weniger als ein Zehntel geschrumpft. Der Hauptgrund für den griechischen Exodus seit 1955 waren die von der türkischen Regierung angestifteten Unruhen vom 5. und 6.9.1955 in den Städten Istanbul und Izmir, in geringerem Umfang auch in Ankara. Weitere Spannungen brachen während der Zypernkrise von 1964 bzw. während der türkischen Invasion in Zypern im Juli 1974 aus.

Paragraph 14 des Lausanner Friedensvertrages sieht vor, daß die griechische Bevölkerung der Inseln von Imbros und Tenedos einen besonderen Autonomiestatus erhalten sollen, der jedoch niemals verwirklicht wurde. Vielmehr kam es zur Schließung der griechischen Schulen auf beiden Inseln, die zum Militärgebiet erklärt wurden. Der griechischen Bevölkerung wurde es unmöglich gemacht, ihre traditionellen Gewerbe (Fischfang, Akkerbau und Viehzucht) weiterhin auszuüben. Während der Krise von 1974 wurde über Plünderungen, Folter, Vergewaltigungen und sogar Morde auf den Inseln berichtet. Die Bevölkerung von Imbros verringerte sich von 7.500 im Jahre 1934 auf 1920 im Jahre 1975, auf Tenedos von 1200 auf 305 im selben Zeitraum.

Die griechische Gemeinde Istanbuls leidet unter ähnlichen Repressionen ihres Kultur- und Kirchenlebens wie die Armenier. Besaßen die Griechen 1966 noch 45 bis 50 Schulen in Istanbul, so war ihre Anzahl 1981 auf 15—20 mit nur 500 Schülern gesunken. Der Unterricht der griechischen Sprache wurde von ursprünglich 14 auf sechs Wochenstunden verringert. Seit 1974 ist es Geistlichen verboten, in den Schulen Religionsunterricht zu erteilen. Bis 1974 wurden fünf der sechs griechischen Tageszeitungen und alle fünf Wochenzeitungen geschlossen. Von Zerstörungen und Entweihungen griechischer Friedhöfe in Istanbul wurde 1979 berichtet.

Weitere Diskriminierungen sind:

— Ein Grieche, der eine griechische Schule in Istanbul absolviert hat, darf keine türkische Universität besuchen.

— Studiert ein Grieche türkischer Staatsbürgerschaft im Ausland, muß er nach zwei Jahren in die Türkei zurückkehren und darf sie drei Jahre lang nicht verlassen, anderenfalls kann er seine Staatsbürgerschaft verlieren.

— Beim Tod eines Griechen verfällt sein Besitz an den türkischen Staat.

Kleinere christliche Gruppen: Die Assyrer und die Araber

Gegenwärtig leben noch 15—20000 Assyrer in der Türkei, die meisten davon in Südostanatolien. Sie sprechen eine moderne Version des Aramäischen, der Sprache, die auch Jesus benutzte. Die Assyrer gehören vier verschiedenen Kirchen an (Syrisch-Orthodox, Chaldäer, Nestorianer, Jakobiten), wobei die Syrisch-Orthodoxen in der Türkei am zahlreichsten sind. Die immer noch anhaltende Flucht der Assyrer, die bis vor kurzem in ausschließlich christlichen Dörfern wohnten, hat zu einer Situation geführt, in der die örtlichen muslimischen Volksgruppen — meist Kurden — die verlassenen oder bis auf Alte und Kinder weitgehend geleerten Dörfer übernehmen, in einigen Fällen den Flüchtlingen auch die Flugkarten bezahlt haben sollen, nachdem sie sich zuvor Verzichtserklärungen für das Land und die Höfe haben unterschreiben lassen. Ebenfalls berichtet wird, daß sie unter den nach West-Europa Geflüchteten weiterhin nach Altvätersitte „abkassieren" (wie auch bei ihren eigenen kurdischen Landsleuten). Türkische Sozial- und Unterdrückungsstrukturen enden nicht an der Staatsgrenze. Die Gründe, die assyrische Bauern zur Flucht ins Ausland treiben, sind in den Berichten der Flüchtlinge und durch Berichte neutraler Beobachter vielfach geschildert worden: Vergewaltigung, Frauenraub und Zwangsehen von Mädchen und Jungen Frauen mit ihren Entführern, Zerstörung assyrischer Höfe, Felder und Weingärten, Viehdiebstahl und Brunnenvergiftung, Totschlag an männlichen Einwohnern ohne jeglichen Eingriff seitens der türkischen Behörden. In einem weiteren Bericht des „Churches Committee" von 1982 ist über Folterungen durch Militäroffiziere im Dorf Üçyol (Sideri) zu lesen: Einige Männer wurden in ein Gebäude der Ortskirche eingeschlossen, gekreuzigt und verbrannt. 1981 kam es zu mindestens zwei Übergriffen des Militärs auf die syrisch-orthodoxen Klöster Mar Melki und Mar Gabriel (beide im Bezirk Midyat).

Gegenwärtig ist ein assyrisches Dorf, unweit der türkisch-irakischen Grenze, dessen 1300 Einwohner der chaldäischen Kirche angehören, von der Auflösung bedroht: Oberhalb dieses Ortes wird seit kurzem Kohlebergbau betrieben. Wegen angeblicher Erdrutschgefahr sollen die Einwohner evakuiert werden. Es besteht dabei die Gefahr, daß sie entschädigungslos über die umliegenden muslimischen Dörfern verteilt werden. Die Pässe der Christen wurden bereits eingezogen und ihre Bewegungsfreiheit damit eingeschränkt. Hier geht aus vorgeblich wirtschaftlichen Gründen eine Gemeinschaft unter, die sich jahrhundertelang in ihren sprachlichen und kulturellen Besonderheiten erhalten hat (die Frauen des Ortes sprechen noch heute nur aramäisch), die durch das Weben einer bestimmten Stoffart auch eine unverwechselbare Produktion hervorbrachte, das sie so nie wieder finden wird. Denn selbst wenn es diesen Menschen gelänge, so, wie sie es beabsichtigen, zu bereits in Frankreich lebenden Landsleuten zu stoßen, zerbrechen ihre Sozialstrukturen in aller Regel doch

in den ungewohnten westlichen Industriegesellschaften. Der Kulturschock, den assyrische Flüchtlinge in Westeuropa erleiden, ist für sie als Landbewohner weitaus größer als für die das urbane Leben bereits gewohnten armenischen und griechischen Flüchtlinge aus Istanbul.

Die Existenz der hauptsächlich im ehemaligen „Sandschak von Alexandrette" (heute: „Hatay") im äußersten Südwesten der Türkei konzentrierten arabischen Christen ist alles andere als gesichert und normal. Dies beweist auch hier der erschreckende Rückgang dieser Volksgruppe, deren Anzahl von 300000 im Jahre 1930 auf 10000 sank; in der Stadt Samandağ sank ihre Zahl um die Hälfte von 5000 auf 2500. Die Türkisierung des „Sandschak", den sich die Türkei 1939 gegen den Protest Syriens einverleibte, brachte allen arabischen Einwohnern dieses Gebietes Nachteile, gleichgültig, ob sie Muslime oder Christen waren. Entsprechend groß war der Rückgang der arbischsprachigen Bevölkerung, die einst im multiethnischen Sandschak dominierte: Von einer halben Millioen im Jahre 1939 blieben gegenwärtig nur noch ca. 30000.

Anteilmäßig war dabei der Rückgang der christlichen Araber am größten. Die drei Zypernkrisen von 1955, 1964 und 1974 sowie die durch sie hervorgerufenen Spannungen innerhalb der Türkei taten ein übriges.

Die Haltung der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik leben schätzungsweise 2500 assyrische, 2000 armenische sowie einige hunderte arabisch-christlicher Flüchtlinge türkischer Staatsbürgerschaft. Auch die meisten „türkischen Gastarbeiter", die diesen Volksgruppen angehören, wird man in Wahrheit als Flüchtlinge betrachten müssen, da die wenigsten eine Rückkehr in die Türkei beabsichtigen. Allerdings sind nur wenige ihrer Asylanträge positiv entschieden worden. Das kann inzwischen nicht mehr daran liegen, daß die eklatanten Verletzungen von Grund- und Menschenrechten, wie sie gegenüber den christlichen Volksgruppen in der Türkei begangen werden, den an den Asylentscheidungen Beteiligten, — also dem Bundesamt für ausländische Flüchtlinge in Zirndorf und den Gerichten — nicht bekannt sind. Es liegt vielmehr an der Interpretation der Tatsachen, die eine Tendenz zur Verharmlosung oder Entstellung erkennen lassen. So wird z. B. eine Kollektivverfolgung allein auf Grund der Tatsache, daß ein türkischer Staatsbürger zu einer der christlichen Volksgruppen gehört, bestritten und besonders hinsichtlich der Armenier behauptet, daß sie unter dem Schutz des Lausanner Vertrages eine sogenannte Binnenfluchtalternative in Istanbul besäßen, wo ihnen keine nennenswerte Verfolgung drohe. Weiterhin wurde in zahlreichen Ablehnungsbegründungen der



Militärputsch von 1980 als stabilisierendes Ereignis gewürdigt, das es den christlichen Gruppen ermögliche, ein Leben in Ruhe und Sicherheit zu führen. Die Militärs werden hier zu Garanten der Minderheiten hochstilisiert, bei völliger Verkennung der gerade unter Evren und Özal verstärkten Reislamisierung und des Nationalismus.

Derartige Verdrehungen entspringen natürlich zum einen dem grundsätzlichen Bedürfnis, den Anteil von Ausländern so gering wie möglich zu halten, was im Asylbereich vor allem für die Gruppe der Kollektivverfolgten gilt. Zum anderen kommt in solchen Entscheidungen eine übertriebene Rücksichtnahme auf den türkischen Staat zum Ausdruck, der nicht durch externe Kritik an innenpolitischen Zustände als NATO-Partner verprellt werden soll. Man kann und will die offenkundigen Repressionen in der Nationalitätenpolitik nicht zugeben.

Die andere Möglichkeit, die abgelehnten christlichen Asylbewerber aus der Türkei bei uns zumindest im Rahmen des Ausländerrechts zu dulden, ist seit der Konferenz der Länderinnenminister vom 1.3.1985 zumindest sehr fraglich geworden. Diese Konferenz entschied nämlich nach jahrelanger Unschlüssigkeit, abgelehnte christliche Asylbewerber aus der Türkei nur noch in „Härtefällen" zu dulden, sowie die sogenannte Härteregelungen des Asylverfahrensgesetzes (z. B. Verbringung in Sammellager) nun auch auf diese Flüchtlingsgruppe anzuwenden. Gegenwärtig beschäftigt sich eine aus Vertretern der Länder Bayern, Hamburg und Niedersachsen sowie des Bundes bestehende Arbeitsgruppe mit der Definition des Begriffes „Härtefall", was eine einheitliche Regelung erlauben soll. Ein nur geringer Trost ist, daß der Innenminister Nordrhein-Westfalens zugesagt hat, es werden keine Angehörigen christlicher Volksgruppen aus der Türkei abschieben lassen. Möglicherweise sind ähnliche Zusagen auch von anderen SPD-regierten Bundesländern zu erwarten, während die christlich regierten Länder womöglich weniger Duldsamkeit gegenüber ihren „christlichen Brüdern und Schwestern" aus der Türkei aufbringen. Der Zufall hat es gewollt, daß die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz wenige Wochen vor dem 24. April 1985 stattfand, an dem weltweit des Beginns des Völkermords an den Armeniern 1915/16 gedacht wurde. Dieser Jahrestag hätte auch bei uns ein günstiger Anlaß zum kritischen Nachdenken über die bundesdeutsche Türkei-Politik sein können. Stattdessen fuhr die Bundesregierung in einer Duldungspolitik fort, die bereits das Kaiserliche Deutschland im Ersten Weltkrieg an den Verbrechen des damaligen türkischen Verbündeten hatte mitschuldig werden lassen. Unsere eigene Geschichte hat uns mal wieder eingeholt.

Tessa Hofmann

- **Christliche Minderheiten aus der Türkei. Ein Bericht eines Ausschusses von Kirchen. Epd-Dokumentation Nr. 49/79, Frankfurt am Main, 12.11.1979**
- **The Situation of the Christian Minorities in Turkey since the Military Coup d'Etat of September 1980. Hrsg.: Churches Committees on Migrant Workers in Europe, Working Party on Christian Minorities of Turkey and the Middle East. Brüssel, Juni 1982**
  Deutsche Übersetzung u. d. T.: Die Lage der christlichen Minderheiten in der Türkei seit dem Staatsstreich im September 1980 (Bericht vom Juni 1982). Epd-Dokumentation Nr. 26/84. Frankfurt am Main, 12.6.1984 (zu beziehen über: GEP-Vertrieb, Postfach 174192, 6000 Frankfurt/M 17)
- **Christelijke minderheden van Turkije. Mensenrechtenproblematiek in de periode september 1980 — februari 1984. Red.: C. Hulsman. Hrsg. Werkgroep Midden-Ooosten, Leiden. Leiden 1984**
- **über Armenier:**
  „pogrom", Zeitschrift für bedrohte Völker, Nr. 64, 72/73, 82, 85, 88, 89 (Postfach 2024, 3400 Göttingen)
- **Antje Bauer: Armenier, eine fast vergessene Minderheit: 70 Jahre nach dem Völkermord, ein Leben zwischen Druck und Anpassung. „die tageszeitung", 25.4.1985,**
- **über Griechen:**
  „pogrom", Nr. 64, 85
- **über Assyrer:**
  Gabriele Yonan: Assyrer heute: Kultur, Sprache, Nationalbewegung der aramäisch sprechenden Christen im Nahen Osten. Verfolgung und Exil. Göttingen 1978 (reihe pogrom, Nr. 1001)
  „pogrom", Nr. 64, 72/73, 82, 85
  Thomas Thelen: Die verkaufte Heimat. Sozial-Magazin, Juni 1985, S. 25—27
- **über christliche Araber:**
  Gabriele Yonan: Arabischsprachige orthodoxe Christen in der Türkei. „pogrom", Nr. 102/103

Entwicklungspolitik

Der Druck auf Warnke nimmt zu

„Warnkes schwarze Kassen — Die Reprogrammierung der Entwicklungshilfe", so lautet der Titel einer Dokumentation der Grünen im Bundestag, die im September der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Wende in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland kam wenig spektakulär. Sie ist aber, so zeigt die Dokumentation der Grünen, tiefgreifend und weitaus schlimmer, als die größten Pessimisten es sich wohl träumen ließen. Es geht um die sog. Mischfinanzierung bei Entwicklungshilfeprojekten.

Unter Mischfinanzierung versteht man, daß Bundesmittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) mit kommerziellen Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gemischt und zu einem Paket zusammengeschnürt werden. Die international ausgewiesene Entwicklungshilfe der Bundesrepublik kann durch diesen Trick erhöht werden, ohne daß auch nur eine zusätzliche Mark bereitgestellt werden müßte und, so die Grünen, die Lieferbindung werde dadurch „in eleganter Weise durch die Hintertür eingeführt" (die „Blätter" haben darüber ausführlich in ihrer Ausgabe vom Dezember 1984 berichtet).



Siemens-Vorstand Baur : Vom Start weg gut im Geschäft

Die nun vorgelegte Dokumentation setzt sich mit dererlei Praktiken detailliert auseinander. Sie wirft dem zuständigen Bundesminister Warnke vor, daß er sich ungeschminkt für die Interessen der deutschen Exportwirtschaft einsetze, den Weg der Grundbedürfnis-Strategie verlassen habe und das alles unter Umgehung des Bundestages und den dafür vorgesehenen Gremien. Auf der Strecke bliebe die Förderung von Ländern und Sektoren in der Dritten Welt, wo Hilfe am nötigsten wäre.

So lägen beispielsweise die staatlichen Entwicklungshilfezusagen für die Länder Afrikas südlich der Sahara für 1984/85 um 35% unter denen von 1980/81. Gleiches gelte auch für die ärmsten Entwicklungsländer. Hier seien die Zusagen um 30% niedriger ausgefallen als noch 1980/81. Ein bedrohliches Ausmaß habe die Förderung der ländlichen Entwicklung erreicht. Sie sei, in absoluten und relativen Zahlen ausgedrückt, auf dem niedrigsten Stand angelangt. Dieses ist, so die Grünen, „erschreckend" und würde zudem bei der Erstellung des Haushaltsplans 1985 durch ein neues Erfassungssystem (durch Erweiterung der Kriterien für ländliche Entwicklung) zusätzlich verschleiert.

Demgegenüber haben sich die Mischfinanzierungen massiv ausgeweitet. Das Volumen dieser Finanzierungsform habe sich im Vergleich zu 1983 im Jahr 1984 um nochmals 60% erhöht. „Damit entfallen mehr als die Hälfte aller Zusagen der Bundesregierung (Finanzielle Zusammarbeit und Finanzkredite zusammengenommen) auf Mischfinanzierungen (1983 ein Drittel)."

1984 erhielten 48 Länder Finanzierungszusagen der Bundesrepublik. Nur in 12 dieser Länder wurden Mischfinanzierungen eingesetzt. Allein diese zwölf bekamen 57% der öffentlichen Haushaltsmittel, was, so die Grünen weiter, „eine enorme Verschiebung der Entwicklungshilfeprioritäten gegenüber dem vom Parlament gebilligten Planungen" darstelle. Die Steigerung der Länderquoten dieser „Großkunden deutscher Entwicklungshilfe": Indonesien mehr als 100%, Ägypten 67% und Türkei 90%. Besonders pikant sei das Beispiel Kolumbien. Obwohl seit Jahren keine FZ-Mittel mehr vom Parlament bewilligt wurden, bekam Kolumbien aus Reservemitteln 35 Millionen Mark für ein Mischfinanziertes Fernmeldeprojekt. 1984 hatte der Bundestag 90 Millionen Mark als finanzielle Reserve vorgesehen, damit man in der Lage sei, auf unvorhergesehene entwicklungspolitische Erfordernisse zu reagieren. Diese Reserve, so weisen die Grünen nun nach, werde zu 98,4% zweckentfremdet und für zusätzliche Mischfinanzierungen eingesetzt.

Elektrifizierungsvorhaben liegen mit 55% an der Spitze der Mischfinanzierungsprojekte, gefolgt vom Telekommunikationssektor (18%). Die Dokumentation führt eine Reihe von Beispielen an, die nahelegen, daß Mischfinanzierungsprojekte Entwicklungshilfeprojekte verdrängt haben:

- In Kamerun wurde der geplante Bau von Getreidespeichern nicht durchgeführt. Es wurde aber eine Lieferung von Funkgeräten und Bremsen für die Eisenbahn finanziert.
- In Tunesien fiel ein Trockenlandwirtschaftsprojekt der Stadtbahn in Tunis zum Opfer.
- In Ägypten mußte nach 1983 die Instandsetzung und Erweiterung des Wasserleitungsnetzes Giza ein weiteres Mal dran glauben, diesmal zugunsten eines Fernmeldeprojektes.
- In Pakistan wurden die beiden geplanten Vorhaben der Trinkwasserversorgung und der Bewässerung durch Diesellokomotiven, digitale Telekommunikation und Hochspannungsleitungen

ersetzt.

— In Marokko trat an die Stelle von Aufforstung und Erosionsschutz die Modernisierung von Kohlegruben.
— In El Salvador wurde die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in der Landwirtschaft durch „allgemeine Warenhilfe" an die Regierung Duarte ersetzt.
— In Bangladesh mußte die ländlich Entwicklung der Einführung der digitalen Telefonvermittlungstechnik weichen.
— In den Philippinen verdrängte ein Fernmeldeprojekt die Elektrifizierung kleiner Inseln.

Nutznießer dieser Politik: die deutsche Industrie. Sie hat nach Meinung der Grünen längst die ihr vom Ministerium zugedachte aktive Rolle übernommen.

Umprogrammierungen

Mehr als die Hälfte der vom Parlamanet gebilligten Entwicklungshilfe-Vorhaben kommen letztendlich nicht zustande, weil sie anderen, oftmals nicht einmal in der Reserveplanung enthaltenden Projekten weichen müssen. In der Regel verdrängen industrielle Großprojekte die landwirtschaftlichen.

Aber auch die Zusagen früherer Regierungen würden systematisch auf den neuen Kurs des BMZ umprogrammiert:

— In Pakistan kommt ein 1982 vereinbartes Landwirtschaftsprojekt nicht zur Durchführung, weil es 1984 in das Gasturbinenkraftwerk Kot Addu umprogrammiert wurde.
— Die in Indonesien ebenfalls 1982 für die Wasserversorgung Padang bereitgestellten Mittel wurden 1984 zum größten Teil umprogrammiert und in den Ausbau des Fernschreibnetzes gesteckt.
— Die bereits 1979 mit Indonesien vereinbarte Ausweitung des Bewässerungsvorhabens Panti rao wurde 1984 gestoppt. Die Mittel fließen jetzt in das digitale Fernmeldewesen.
— Als in Kolumbien einem Firmenkonsortium unter der Beteiligung von Siemens ein Großauftrag (Stadtbahn für die Großstadt Medellin, Herkunftsort des Präsidenten Betancur) durch die Lappen zu gehen drohte, mußte das BMZ sämtliche diesem Land gegebenen und bislang noch nicht realisierten Zusagen zusammenkratzen, um das deutsche Angebot von der Finanzierungsseite her zu subventionieren. Die Frage, ob die seit 1975 für die Energieversorgung der kolumbianischen Nordregion bereitgestellten 52 Millionen DM vielleicht für die Förderung des sozialen und regionalen Ausgleichs im Landes eingesetzt werden könnten, hat sich Minister Warnke offensichtlich nicht gestellt.

Bundesminister Warnke schiebt den Schwarzen Peter den Entwicklungsländern zu. „Sie wollten diese Projekte nicht oder bereiteten sie nicht richtig vor", so zitierten ihn sinngemäß die Grünen in ihrer Dokumentation.

Fazit der Grünen: Reprogrammierungen zugunsten von Mischfinanzierungen „stellen aber offensichtlich nur die sichtbar gewordene Spitze des Eisberges dar, der unterhalb der Ebene parlamentarischer Kontrolle treibt und regelmäßig entwicklungspolitischen Schiffbruch produziert."

Ein interessanter Herbst

Mit dem parlamentarischen Mittel einer „Großen Anfrage" wollen die Grünen Bundesminister Warnke dazu zwingen, öffentlich zu den von ihnen vorgebrachten Vorwürfen Stellung zu beziehen. Dann wird er sicher auch auf mehr Widerstand treffen, als in der 50. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (insgesamt 25 Abgeordnete; CDU/CSU: 12, SPD: 10, FDP: 2, Grüne: 1) am 26. Juni 1985. Dort konnte er noch, unter Auschluß der Öffentlichkeit, unverbindlich und relativ unbehelligt sein entwicklungspolitisches Credo von sich geben: „Die Bundesregierung bekenne sich im Gegensatz zu früheren Regierungen dazu", so das Protokoll, „daß sie die Beschäftigungswirksamkeit innerhalb der Entwicklungspolitik berücksichtige, und sie sage auch, daß sie dies verstärkt tun werde. Er (Warnke) halte es für seine Amtspflicht, sich in einem entwicklungspolitisch sinnvollen Projekt für deutsche Lieferungen einzusetzen... Er setze sich für die Vergabe von Aufträgen an die deutsche Wirtschaft ein, nehme aber keinen Einfluß auf den Wettbewerb innerhalb der Bundesrepublik." Er gab auch zu, daß die Mischfinanzierung bei der Bundesrepublik hohe Priorität genieße.

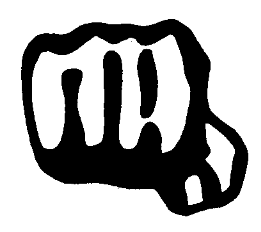
Allerdings bleibt fraglich, wann die Anfrage der Grünen beantwortet wird. Sie wurde Mitte Juli gestellt. Entgegen sonstigen parlamentarischen Gepflogenheiten — normalerweise wird sie innerhalb von 3 Wochen beantwortet — will man sich in Warnkes Ministerium diesmal viel Zeit lassen. Eine Antwort und damit auch eine öffentliche Debatte im Bundestag soll erst im Dezember erfolgen. Dann wäre es bereits zu spät, um über den Haushalt 86 eine Kurskorrektur zu erzwingen. Denn auch in der CDU und FDP regt sich Widerstand. Die pannenproduzierende Regierung Kohl kann es sich beim heraufziehenden Bundestagswahlkampf wohl kaum leisten, auch noch in der Entwicklungspolitik zu eng mit den Interessen deutscher Konzerne identifiziert zu werden. (Danksagungsbrief des Vorstandsvorsitzenden von Siemens, Kaske, an Warnke; siehe dazu: „Blätter" vom Juni 1985).

Teile von CDU und FDP wollen, daß Warnke die ländliche Entwicklung der Dritten Welt fördern soll, anstatt sich für seinen bayrischen Lieblingskonzern Siemens ins Zeug zu legen.

Ungemach droht Warnke auf jeden Fall schon im Oktober, denn dann wird im Bundestag der sechste Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung diskutiert werden. Im Gegensatz zu früheren Berichten meidet man hier das Wort „Grundbedürfnis-**Strategie**" wie der Teufel das Weihwasser. Selbst das Wort „Grundbedürfnis" taucht nicht gerade häufig auf — vielleicht ein halbes Dutzend mal! Dafür stehen allerorts so kluge Sachen wie: „Es ist ... heute allgemein anerkannt, daß die absolute Armut ... die Hauptursache der Unterernährung ist." Die Grenzen zwischen Realität und Satire scheinen immer mehr zu schwinden, denn bereits vor einiger Zeit kam ein bekanntes Satire-Magazin exakt zu dem gleichen Schluß: Hungerproblematik??? Einfach mehr essen!!!

Breiten Raum hingegen nehmen die Betrachtungen über die heilenden Kräfte der Privatwirtschaft ein, daß die Schuldnerländer selbst den Hauptbeitrag zur Rehabilitierung und Anpassung ihrer Volkswirtschaften zu tragen hätten und in Bezug auf eine neue Weltwirtschaftsornung wird mit Befriedigung festgestellt, daß inzwischen zunehmend Realismus erkennbar sei.

Alles in allem: Es steht ein spannendes letztes Quartal 1985 in Aussicht und man kann nur hoffen, daß die Parlaments-Grünen die Chance nutzen und den Dritte-Welt-Gruppen und entwicklungspolitisch Interessierten (endlich) das Salz für die Suppe liefern. Von der SPD ist wahrscheinlich das Übliche zu erwarten, nämlich: Nichts! Oder war es ihr nicht möglich, eine ähnliche Dokumentation, wie die jetzt von den Grünen vorgelegte, zu publizieren? **ph**



ACTION

Verschiedene Gruppen der Dritte-Welt-, Anti-AKW- und Friedensbewegung rufen auf zum **„Besuch" beim Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft** in Eschborn bei Frankfurt am 7. November um 10.30 Uhr.

Warum? Dort werden die Uran-Importe und die Exporte von Atom- und Rüstungsgütern genehmigt.

Aufrufe gibts bei:
Thomas Kieseritzky
Merianstr. 53
6000 Frankfurt 1

Phantasie aus Mangel

Medien in Vietnam — ein Reisebericht

Anerkennung für ein auf Ausgrenzung unerwünschter Auslands-Einflüsse angelegtes Mediensystem? Der folgende Bericht über vietnamesische Medien führte innerhalb unserer Redaktion zu heftigen Kontroversen. So wurde gegen einen Abdruck des folgenden Artikels der Einwand erhoben, man könne ein Mediensystem nicht unabhängig von den Inhalten, die über eben diese Medien transportiert werden, betrachten. In diesem Zusammenhang tauchte die Frage auf, welchen Wert ein autonomes Mediensystem habe, wenn dieses nicht demokratische Kommunikationsstrukturen beinhalte, sondern im Sinne eines Verlautbarungsjournalismus der Herrschenden benutzt werde.

Letztlich überwogen aber doch die Argumente für einen Abdruck: Einmal bietet Vietnam ein anschauliches Beispiel für ein weitgehend autonomes Mediensystem, wie es in den Diskussionen um eine Neue Internationale Informationsordnung (NIIO) so oft propagiert wird; zum anderen zeigt der Blick auf Vietnam auch, mit welchen grundsätzlichen — und häufig profanen — Medienproblemen die Dritte Welt zu kämpfen hat.

— Red. —

Medien in Vietnam — kein Bericht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit. Recherchen am Rande einer Reise in den Norden der Sozialistischen Republik Vietnam, bei der ich mich über das Gesundheitswesen, über industrielle Produktion, die Entwicklung der Landwirtschaft, die Rolle der Frau, die Außenpolitik Vietnams informieren konnte. Von diesen Eindrükken ist sicher auch das Bild über Medien geprägt, subjektiv möglicherweise, wenn man die Sprache nicht versteht, wenn man — zu Recht wohl — die Eindrücke aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in Bezug zu setzen versucht mit den kurzfristig zugänglichen Medien.

Die geschriebene Presse — geprägt durch den Mangel an Papier und Technik

Es wird für Sie schwieriger sein, eine Zeitung in Hanoi zu kaufen als einen Anzug oder vielleicht gar ein Auto, scherzte Ly Van San, der Vizepräsident des *Rundfunk- und Fernseh-Komitees.* Nach fünf Tagen Hanoi hatte ich die Chance, mich gegen den Anzug und für eine Zeitung zu entscheiden: Zweimal fünf Dong (ein Dong entspricht nach offiziellem Wechselkurs etwa 30 Pfennig) für je 16 Seiten Kleinformat erscheinen, gemessen an einem Monatsgehalt von 300 Dong für einen Lehrer oder 150 für eine Fabrikarbeiterin, nicht gerade als sozialistische Preispolitik für Medien.

Doch die Wahrheit ist komplizierter: Die beiden Zeitungen, an einem Sonntag im Straßenverkauf vertrieben, sind, in unseren Begriffen, Boulevardpresse — nationale und internationale Sportnachrichten, an vorderster Stelle Fußball, Geschichten über nationale Filmstars, über Musik, Theater, Politik in populärer Form.

Die Regierung befürwortet solche Publikationen, subventionieren kann sie sie nicht. Der Herstellungspreis wird, weil es sich um „Zusatzmedien" handelt, direkt an den Käufer weitergegeben. Papier ist in Vietnam knapp, kann bislang nicht im Lande produziert werden und ist deshalb entsprechend teuer.

So ist die Regierung gezwungen, zwischen wichtigen und weniger wichtigen Printmedien zu unterscheiden, weil sie sich bemüht, so viel Publikationen wie möglich zu subventionierten Preisen an die Bevölkerung weiterzugeben. Angesichts der Devisenknappheit Vietnams aber kann es sich dieses Land nicht leisten, Papier entsprechend dem Bedarf zu importieren. Die Papiermengen aber, die im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten liegen, sind für westliche Papierkonzerne nicht interessant, nicht profitabel.

Keine Zeitung in diesem Land, erklärt Hoang Nguyen, Chefredakteur des (französischsprachigen) *Vietnam Courier,* hat eine Auflage, die auch nur annähernd dem Bedarf entspräche. Die größte überregionale Tageszeitung, *Nhan Dan (Das Volk),* erreicht durchschnittlich 300.000 Exemplare täglich. Vietnam hat fast 53 Millionen Einwohner, die Alphabetisierungsrate liegt bei 100 Prozent! *„Diese Auflage ist nicht einmal ein Viertel dessen, was wir für den minimalen Bedarf halten. Sie sehen, wir sind arm",* sagt er.

Die Schweden bauen momentan eine Papierfabrik in der Nähe von Hanoi, die ausschließlich Bambus verarbeiten soll. Dann, hofft man bei *Nhan Dan,* kann die Auflage vielleicht auf 500.000 gesteigert werden. Noch freilich muß Papierbrei aus Schweden importiert werden, weil die Bambusmengen unter den Berechnungen der Experten liegen.

Die Amerikaner haben ein verwüstetes Land hinterlassen. Die Anstrengungen des Wiederaufbaus galten und gelten der Landwirtschaft, dem Aufbau einer eigenen Industrie, dem Erziehungs- und Gesundheitswesen. Verständlich, daß das Kommunikationssystem von sekundärer Bedeutung sein mußte: Kaum eine Zeitung, die über einen Telexanschluß verfügt, Telefonverbindungen funktionieren allenfalls zwischen den Zentren, Benzin und Automobile sind ein Luxus in diesem Land, abgesehen von den drei Druckorten für die überregionalen Tageszeitungen — Hanoi, Haiphong, Ho-Chi-Minh-Stadt — gibt es kein Offset-, kein Linotype-Verfahren für die ministeriellen oder die dezentralen, die lokalen Printmedien.

Mobilisieren, sensibilisieren, erziehen

„Mit der Gründung der Kommunistischen Partei war zugleich der Grundstein gelegt für die Presse in Vietnam. Schließlich war Ho-Chi-Minh selbst ein bedeutender Journalist, vielleicht unser erster. Wir waren uns von Anfang an klar, daß Medien ein wichtiges Instrument sein müßten, die Massen zu mobilisieren — und das sind sie bis heute geblieben. Wir sehen in der Presse drei Aufgaben: sensibilisieren, erziehen und weiterbilden und die Errungenschaften des Sozialismus verteidigen."

So Hoang Nguyen, Chefredakteur des *Vietnam Courier.* Er macht dabei einen Unterschied zwischen Norden und Süden: im Norden war die kommunistische Partei die tragenden Kraft der Befreiung;

der Norden hat sich selbst befreit, das politische Bewußtsein ist höher entwikkelt, hier geht es mehr um die Verbreitung neuen Wissens. Der Süden wurde befreit, Korruption, Schwarzmarkt, Prostitution, Drogen, US-Kommerzkultur, importierte Luxusartikel für wenige, nach denen sich schließlich dann alle sehnten, haben die Lebensgrundlage, das Bewußtsein von Millionen negativ beeinflußt. Dort, sagt Hoang Nguyen, habe man es noch immer mit den Ausläufern eines neokolonialen Bewußtseins zu tun. Im Süden hätten die Medien deshalb mehr die Aufgabe des Sozialismus zu erklären, an praktischen Beispielen die Menschen dafür zu gewinnen. Und: es gehe auch darum, Vietnam den Menschen als Teil der Dritten Welt zu erläutern, etwa am Beispiel der Region:

„Gemessen an Thailand oder Indonesien sind wir einerseits entwickelt, andererseits unterentwickelt. Oberflächlich gesehen haben diese Länder durch ihren Anschluß an das kapitalistische System ein höheres Sozialprodukt, mehr Konsumartikel, in etlichen Bereichen eine höher entwickelte Technologie. Aber diese Länder sind abhängiger vom Ausland, von Monopolen, die angebliche Entwicklung kommt nur wenigen zugute, die Technologie nutzt nicht ihnen selbst. Diese Länder haben ihre Befreiung noch vor sich und sind insofern gemessen an uns unterentwickelt. Wir haben einen langsameren Weg eingeschlagen. Unsere Technologie ist rückständig, im Konsumbereich produzieren wir das Nötigste. Aber wir haben die geistige, die politische Befreiung zuerst geleistet. Und nun kommt es darauf an, den Menschen zu erklären, daß wir wissenschaftlichen, technischen Fortschritt brauchen, nachdem gesichert ist, wer über die Produktionsformen, über die Verteilung der Güter bestimmt."

Weil die beiden überregionalen Tageszeitungen all diesen Aufgaben nicht gerecht werden können, gibt es drei Arten von gedruckter Presse:

— die beiden Tageszeitungen *Nhan Dan (Das Volk)* und *Quan Doi Nhan Dan (Die Volksarmee),*

— eine Lokalpresse: kleine Zeitungen, die, je nach Budget und technischen Voraussetzungen, täglich oder wöchentlich, in jeder der 39 Provinzen erscheinen,

— sowie zwei-wöchentliche Publikationen, in der Verantwortung der einzelnen Ministerien bzw. Verbände und Parteien, die eine Mischung aus Gazette und Zeitschrift darstellen: zu Landwirtschaft, Gesundheit, Sport, Jugendfragen, Handel, Verkehr, Wissenschaft & Technologie, von den Fachministerien herausgegeben, das französischsprachige (Intellektuellen-) Journal *Vietnam Courier,* das Magazin des Nationalen Frauenverbandes (Union des Femmes) sowie Gazetten der drei im Parlament vertretenen Parteien, der Sozialistischen, der Demokratischen und der Kommunistischen Partei.

Alternatives Vertriebssystem

Außer den eingangs erwähnten Druckmedien mit Beiträgen zu Sport, Kino, Kurzgeschichten etc. sind alle anderen vom Staat subventioniert, der Preis liegt durchschnittlich zwischen 50 Xu (15 Pfennig) und einem Dong. Es ist verständlich, daß angesichts der knappen finanziellen Ressourcen dieses Landes und der politischen, erzieherischen Erwartungen, die in die Presse gesetzt werden, Zeitungen oder Zeitschriften auf der Straße nicht zu kaufen sind (oder nur mit viel Glück).

80 Prozent der Bevölkerung lebt nach wie vor auf dem Lande. Die Landwirtschaft Vietnams hat in den letzten Jahren, durch stärkere Autonomisierung der Kollektive, durch stärkere Eigenständigkeit der Bauern im Verband der Kooperativen, durch die Entwicklung von Naturdung-Methoden, den Einsatz angepaßter, verbesserter Reissorten, durch ein breites Schulangebot und ein auch das letzte Dorf erreichendes Gesundheitssystem gewaltige Fortschritte gemacht. 1983 ist Vietnam in seiner Reis- und Fleischproduktion autonom geworden. Deshalb wird vor allem darauf geachtet, daß die Medien die Landbevölkerung erreichen. Es ist die Regel, daß jedes Dorf, jede Kooperative oder jedes landwirtschaftliche Kollektiv eine (von ihr bezahlte) Tageszeitung erhält. Nach eigener Wahl und in gemeinsamer Absprache abonnieren sie zusätzlich eine Reihe von Zeitschriften, das lokale Blatt oder, spezifischen Bedürfnissen entsprechend, auch ein Fachmagazin aus dem technischen oder landwirtschaftlichen Bereich. Sämtliche Publikationen werden in den „Landbibliotheken" (im Gemeindesaal, im Versammlungsraum einer Kooperative, in der Schule oder einem Ausbildungszentrum) aufbewahrt und ausgelegt. Lehrer, Leiter von Kooperativen, Dorfvorsteher fördern die „kollektive Rezeption"; einerseits, weil nur je ein Exemplar für eine ganze Gruppe, ein ganzes Dorf vorhanden ist, vor allem aber, um zu Kritik, zu Verbesserungsvorschlägen, zu Leserbriefen und themenbezogenen Arbeitsgruppen anzuregen. *„Umsetzung des Gelesenen in Aktion",* nannte es ein Hanoier Journalist.

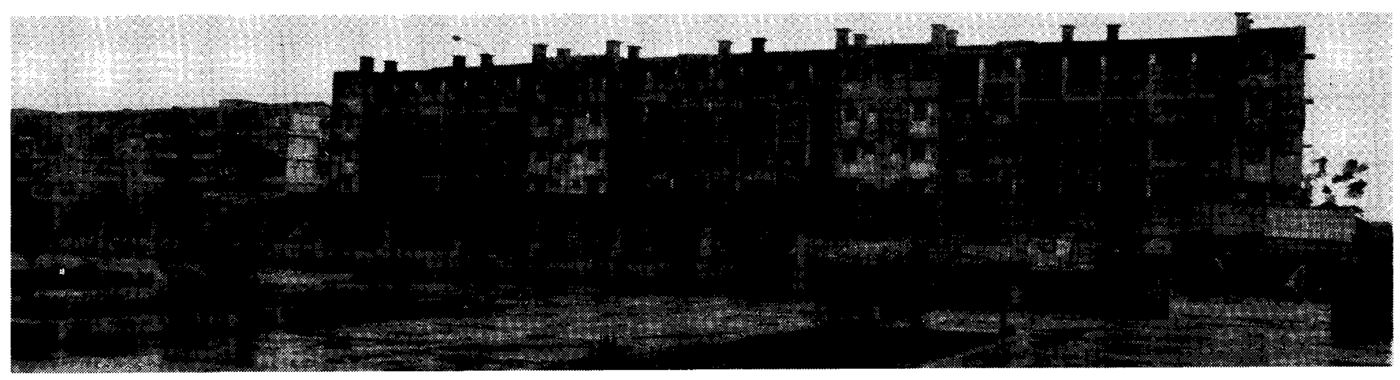
Meist fungiert einer der Lesegewandteren in den Arbeitspausen oder nach Arbeitsende als Vorleser oder Protokollant der gemeinschaftlichen Diskussionen.

Dies ist ein sehr verbreitetes System auch in Fabriken: Artikel, Nachrichten, Leserbriefe, Kommentare werden über die Lautsprecheranlage vorgelesen. Agitation? Der Hinweis sei erlaubt, daß die Tabakarbeitergewerkschaften bei uns aus eigener Tasche einen Vorleser engagierten, der aus Büchern und Zeitungen den Arbeitern vorlas. Die früheste Form der Arbeiterbildung in Europa!

Das System der Korrespondenten

Der gezielte Vertrieb von Printmedien (außer auf das Land auch nach einem ähnlichen System für alle städtischen Produktionsstätten, für Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen) garantiert nicht nur eine vermutlich höhere Effektivität, die Medien selbst profitieren von einem Nebeneffekt: Durch die gemeinschaftliche Rezeption werden die Inhalte der Medien kritisch reflektiert, es kommen Fragen, Verbesserungsvorschläge auf, Arbeitsgruppen entstehen — die aktiveren Lesergruppen kommunizieren mit den Redaktionen.

„Wir wollen aus der Einbahnstraße der üblichen Presse heraus, deshalb schikken die Redaktionen der Zeitungen und der Fachorgane, der Zeitschriften so oft wie möglich Journalisten in die Fabriken, aufs Land, um unter den Lesergruppen, unter den aktiven Briefeschreibern lokale (und selbstverständlich unbezahlte) Korrespondenten ausfindig zu machen, sie



Arbeitersiedlung in Hanoi — *Photo: W. Frommlet*

zu motivieren, regelmäßig für uns zu schreiben", sagt Hoang Nguyen.

Die, die dabeibleiben, Talent vermuten lassen, werden dann, in Absprache mit dem Arbeitgeber, nach Hanoi eingeladen und erhalten an der Nationalen Journalisten-Schule einen mehrwöchigen Kurs. Längerfristig hofft man bei Zeitungen wie auch beim Rundfunk, über dieses Korrespondentensystem auch einen Teil der professionellen, hauptberuflichen Journalisten rekrutieren zu können, weil sie den Hintergrund mitbrächten, der dem der Leser und Hörer entspricht.

Meist entsteht der Kontakt zwischen Profis und Laien erst über die kleinere, die in der Provinz produzierte Lokalzeitung.

In der Gegend von Haiphong beispielsweise handelten die Bauern einen Vertrag mit den örtlichen Landwirtschaftskooperativen aus: Sie waren nicht mehr, wie bisher, quasi angestellte Arbeiter, mit Festlohn und ohne Mitsprache und Verantwortung, sondern Vertragspartner, die mit der Kooperative für einen Fixpreis einen gemeinsam festgelegten landwirtschaftlichen Ertrag vertraglich vereinbarten, den sie flexibel und eigenverantwortlich erwirtschaften konnten und mußten. Den Überschuß konnten sie, auf eigenes Risiko, auf dem freien Markt anbieten oder, ohne Risiko, aber zu einem Fixpreis, der Kooperative verkaufen. Das Modell war ein durchschlagender Erfolg: höhere Arbeitsleistung, bessere Landausnutzung und gewaltige Ertragssteigerungen, abgesehen vom Vertrauensgewinn der Institution „Coop". Einige der Bauern schrieben über ihre Erfahrungen an die lokale Zeitung in Haiphong, die Berichte wurden gedruckt. Ein Korrespondent aus Haiphong schickte sie nach Hanoi, wo sie in den beiden Tageszeitungen und im Landwirtschaftsministerium mit großem Interesse gelesen wurden.

Die Redaktionen kontaktierten Minister und Parteigremien, sie erhielten grünes Licht: Die Beiträge der Bauern-Korrespondenten aus der Gegend um Haiphong wurden überregional verbreitet — das Modell der „Verträge" wird inzwischen fast in ganz Vietnam praktiziert und war ein entscheidender Grund für die gewaltigen Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft in den letzten Jahren.

Schriftsteller als Journalisten

Nguyen Dinh Thi, der Generalsekretär des Vietnamesischen Schriftstellerverbandes, hat, wie zahlreiche Schriftsteller, in der Presse zu schreiben begonnen. Am populärsten sind in den Tageszeitungen die Kolumnen. Die Kommentare, die Schriftsteller regelmäßig eingeräumt bekommen — und am beliebtesten sind jene, die die Form der Satire, des Essays, der ironisierten, überzeichneten Charaktere benutzen, ein altes und beliebtes Stilmittel in der vietnamesischen Literatur —, haben in der Wahl der Themen und der Stilmittel völlige Freiheit. Diese Kolumnen sind für die Journalisten ein Hinweis auf Themen, die „in" sind, denn die Schriftsteller schreiben sehr realitätsbezogen, auch wenn es noch so stilistisch überzogen ist, höre ich von Redakteuren. Zum anderen ist es, weil dieselben Autoren auch Gedichte, Kurzgeschichten, vielleicht auch Romanfragmente veröffentlichen können, eine Art literarischer Erziehung, eine Popularisierung der Schriftsteller, wofür die Presse ebenfalls benutzt wird.

Wenn man von Zeitungen, von Literatur redet, ist dies eigentlich der einzige Moment, wo die vietnamesischen Gesprächspartner Positives über den Kolonialismus zu sagen haben: Portugiesische, belgische, französische Missionare haben 50 Jahre vor dem Beginn des Befreiungskampfes, also vor 100 Jahren, die jahrtausendealte vietnamesische Sprache unter Benutzung des lateinischen Systems in eine Schriftsprache umgesetzt, sie förderten systematisch die Benutzung des Vietnamesischen (statt der Kolonialsprache Französisch), so daß, wenngleich auch in Vietnam die Mehrheit in der Kolonialzeit und noch unter der amerikanischen Okkupation Analphabeten waren, literarische Texte, Gesetzesdokumente, wissenschaftliche, religiöse Texte eine Tradition auch im Bewußtsein der Bevölkerung haben.

Literatur ist in Vietnam populär: Theatervorstellungen sind, wie auch traditionelle Singspiele, immer ausverkauft, Bücher vietnamesischer Autoren (gewiß auch wegen der Papierknappheit) auch gebraucht kaum in den zahlreichen „Antiquariaten" Hanois zu finden. Dies erklärt wohl auch, warum die literarischen Beiträge in der vietnamesischen Presse in Leserbriefen, Erwiderungen die stärksten Reaktionen bei Lesern, Parteien, Behörden hervorrufen.

Rundfunk und Fernsehen

Am 2. September 1945 wurde, unter der Führung von Ho-Chi-Minh, die Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Viet Nam ausgerufen. Fünf Tage später, am 7. September, ging die erste Übertragung des vietnamesischen Rundfunks, der *Stimme Viet Nams,* über den Sender. Was aus dem Befreiungskampf gegen den französischen Kolonialismus und die Besetzung durch die Japaner von 1940—45 begann, blieb noch lange ein Befreiungssender: Bis die Franzosen sich geschlagen 1954 aus Nordvietnam zurückzogen, sendete *Die Stimme Viet Nams* aus den Wäldern des Nordens.

Sofort nach dem Sieg über die Franzosen bekam der Sender ein Gebäude in Hanoi. Als im Dezember 1972 die amerikanischen B-52 in den berüchtigten „Weihnachtsbombardements" auch Hanoi in Schutt und Asche legen sollten, war die Radiostation eines der Ziele. Es kam zu den „historischen neun Minuten" in der Rundfunkgeschichte Vietnams: Der Sender wurde getroffen und war nach neun

Minuten wieder im Äther, denn Jahre zuvor schon waren im Norden und den befreiten Gebieten des Südens kleine, mobile Sender im Dschungel aufgebaut worden.

„Für uns waren diese neun Minuten mehr als nur den Rundfunk Vietnams zu retten. Es war die Frage, ob es den Amerikanern gelingen würde, die Stimme Vietnams, und dies im übertragenen Sinne, zum Schweigen zu bringen. Sie haben es für neun Minuten geschafft, unsere Stimme vor der Welt zu unterdrücken", erinnert sich Ly Van San, der Vizepräsident des *Radio- und Fernsehkomitees.*



Einzelhandel in Hanoi, in Ergänzung zu den staatlichen Kaufhäusern — *Photo: W. Frommlet*

Heute sendet der Rundfunk 20 Stunden täglich im nationalen Programm auf Kurz- und Mittelwelle und, von wenigen Sendungen abgesehen, die in den Sprachen der Minderheiten vor allem in den Nordprovinzen produziert werden, in Vietnamesisch. Der Auslandsservice sendet insgesamt 36 Stunden täglich, in französisch und englisch, auf KW-Frequenzen.

Neben der politischen Information und sozialen Hintergrundberichten wird viel Sendezeit für „Unterhaltung" bereitgestellt: Literatur, Radio-Dramen, Singspiele (eine sehr alte vietnamesische Kulturform), traditionelle und neue vietnamesische Musik, Musik aus anderen Ländern der Region, aus der Dritten Welt, von Befreiungsbewegungen, klassische westliche Musik, Filmmusik — aber keine kommerziellen Billigprodukte der westlichen Kulturmüll-Produktion.

30—40 Prozent der Sendungen im nationalen Programm werden, inhaltlich eigenverantwortlich und teilweise mit eigenen Produzenten, von Fachministerien wie Sport, Jugend, Landwirtschaft, Gesundheit, von der Radioabteilung der Armee und — mit besonders hohem Anteil — der Frauen-Union erstellt. Hanoi wird unterstützt durch ein Sub-Studio in Ho-Chi-Minh-Stadt, durch Reporter in den Provinzhauptstädten und, wie bei der gedruckten Presse, durch „country trotters", unbezahlte Korrespondenten, die ebenfalls, bei regelmäßiger Mitarbeit, Kurse in Hanoi bezahlt bekommen.

Das dezentrale Element des Radios aus dem Befreiungskampf ist beibehalten worden: In allen 40 Provinzen (39 und Hanoi als eigene Provinz) senden, auf UKW, Lokalsender zweimal 30 Minuten am Tag. Regionalnachrichten, amtliche Verlautbarungen, regional-spezifische Musik, Zielgruppen-Sendungen, im Medienjargon könnte man von „development support media" reden: also Sendungen für Bauern, zu Handel und Vertrieb von landwirtschaftlichen Produkten, zu spezifischen Gesundheitskampagnen oder, wie bei den jüngsten Taifunen im Oktober 83, Notstandsinformationen.

„Kabel-Rundfunk"

Nicht anders als bei den Printmedien bestimmt der Mangel die Rezeption von Radio in Vietnam: Noch hat Vietnam keine Batterien, für den regelmäßigen Import von Batterien reichen die Devisen nicht. Noch sind die meisten Häuser auf dem Land ohne Strom — nicht aber die landwirtschaftlichen Kooperativen, Gemeindezentren, Handwerker-Kollektive und dergleichen. So entstand das Kabel-Radio, wie es Ly Van San lachend nennt, in Vietnam: Von der (meist einzigen) Stromquelle des Dorfes, dem Generator der Produktionsgenossenschaft oder einer vergleichbaren Einrichtung, werden elektrische Leitungen zur Schule, zu den Häusern der einzelnen Familien und zum Haus des Direktors der Kooperative oder zum Dorfvorsteher gelegt. Der verfügt über das meist einzige Gerät, schaltet das Programm ein, und über „Kabel" kommt aus den kleinen Lautsprechern zu Hause oder, wenn nötig, auf dem Dorfplatz, im Versammlungsraum, das nationale oder regionale Programm. „Big brother" oder die zentrale Sendeleitstelle? Jeder kann nach Belieben den Kontakt zum Lautsprecher zu Hause lösen, und in jedem Dorf, in jeder Produktionsgemeinschaft gibt es, nach Interessen verschieden, Hörergruppen, Hörerclubs, die, sollte es nur einen Empfänger am Ort geben, entscheiden, wann und wie eingeschaltet wird.

Der Sender in Hanoi erhält durchschnittlich 40.000 Zuschriften im Monat: Kritik, Fragen zu Sendungen, Themenvorschläge, vor allem aber die für Macher wichtigen Hinweise auf zielgruppengerechte Sendezeiten, die, gerade in einem agrarisch geprägten Land, betimmt werden durch die Saison, durch Anbau- und Produktionsmethoden. Viele der Hörerclubs verfügen inzwischen über Cassettengeräte, da die Bauern, die Kooperativen mit steigender landwirtschaftlicher Produktion über mehr Geld verfügen. Vor allem zu technisch-instruktionalen Themen, zu Bildung und Weiterbildung produziert der Rundfunk in Zusammenarbeit mit Fachministerien, nun Cassetten, die die Hörerclubs bestellen und ausleihen.

Auf eine Besonderheit des Rundfunks wurde ich bei Zeitungen und beim Funk hingewiesen: Aufgrund des Papiermangels, der begrenzten Auflagen also, aufgrund der schlechten Verkehrswege für die Distribution von Printmedien ist das Radio auch „die Zeitung der Zeitungen", denn täglich werden die wichtigsten Meldungen, Artikel, Kommentare oder auch Leserbriefe im Rundfunk wiederholt.

Das Fernsehen

Während die Franzosen kein Radiosystem in Vietnam eingeführt hatten, nutzten die Amerikaner in den 20 Jahren ihrer Okkupation, in dieser Ideologie von ihren südvietnamesischen Marionetten unterstützt, das Fernsehen als ideales Medium des „cultural brainwashing", zur Konsumpenetration, zur Zerstörung der Identität eines Volkes. 1975 ließen die „boys" auch eine hochmoderne Station im damaligen Saigon zurück, für die sich heute die Regierung die hochkomplizierten Ersatzteile aus den USA nicht leisten kann. Als Anfang der 70er Jahre das „Studio Hanoi" entstand, gab es in Nordvietnam

genau sieben Fernsehempfänger und eine Kamera, die sich die Vietnamesen selbst zusammengebaut hatten.

Am 7. September 1970 produzierten sie das erste TV-Bild. *„Man konnte nur live senden, weil wir kein Aufzeichnungsgerät hatten. Und weil diese Sendungen ein solcher Erfolg waren, weil die Menschen eine Wiederholung forderten, mußten wir eben alles noch einmal, wie beim ersten Mal, von vorne beginnen.“*, erinnert sich einer der TV-Veteranen.

Es versteht sich von selbst, daß die ersten Geräten öffentlich waren und Fernsehen ein öffentliches Medium geblieben ist, es auch bleiben soll. Wer als Individuum sich ein Gerät leisten kann (was selbst für die Bestverdiendenden ein Jahresgehalt wäre), ist eine extreme Ausnahme und stellt dieses Gerät selbstverständlich der ganzen Nachbarschaft zur Verfügung. Die Regel ist, von denen abgesehen, die etwa in Saigon als Händler oder kleine Korrupteure zu einem amerikanischen Gerät kamen, Kollektivbesitz : in Gewerkschaftshäusern, Bildungszentren, in Kooperativen, Verbänden, in Gemeindesälen und den staatlichen Hotels. Wo TV öffentlich ist, bilden sich, wie beim Radio, TV-Clubs.

Am weitesten entwickelt ist das „Publik TV“ in der Provinz An Giang, an der südlichen Grenze zu Kampuchea: Ein Gerät wird, leicht erhöht, fest in der Wand des Gemeindehauses, gelegentlich auch der Kooperative, installiert, mit einem soliden „Fensterrahmen“ darum, davor werden Bänke und Stühle ebenfalls dauerhaft installiert, und zwischen 200 und 500 Menschen sehen täglich das abendliche Programm. 500 dieser open-air-Fernseher gibt es bereits in dieser vom Klima her allerdings auch besonders geeigneten Provinz.

Bewußt begrenzte Sendezeit

Produziert wird, neben Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt (den ehemaligen Saigoner Studios), in weiteren sechs Außenstudios, über deren Transmitter auch übertragen wird. Eine Direktverbindung zwischen den acht Stationen gibt es nicht, weil die technischen Voraussetzungen vorerst zu teuer wären. Die Programme werden über Cassetten ausgetauscht.

Dennoch sind die personellen und technischen Kapazitäten limitiert: Rundfunk, Presse, Buchproduktion haben materiell eindeutig Vorrang. Durch die in der Relation extrem viel teurere Fernsehtechnologie sollen diese Medien nicht zu kurz kommen. Die Konsequenz ist eine sehr begrenzte nationale Fernsehproduktion. Dies ist eigentlich kein spezifisch vietnamesisches Phänomen. Auch andere Staaten der Dritten Welt erreichen, selbst mit teuersten japanischen Sendekomplexen, keine nenneswert höhere Eigenproduktion, weil die teureren, moderneren technologischen Investitionen meist noch weniger Etat für die Produktion übriglassen. Nur in der Schlußfolgerung unterscheidet sich Vietnam von den meisten Fernsehsystemen der Dritten Welt: Weil man selbst nur begrenzt produzieren kann, wird nicht US-amerikanische oder japanische Massenware, wird nicht *Transtel* zu Serien-Schleuderpreisen eingekauft, sondern die tägliche Sendezeit auf zwei Stunden begrenzt. Auch die guten Beziehungen zu europäischen sozialistischen Staaten sind für die Verantwortlichen des Fernsehens kein Grund, die Sendezeit auszuweiten und das Abendprogramm kriterienlos mit Filmen und Fernsehproduktionen aus der DDR, der UdSSR, aus Ungarn oder der CSSR zu füllen.

„Wir betrachten die Sowjetunion als unseren Verbündeten, als unseren Freund,“ sagte mir ein Redakteur in Hanoi. Dies gilt auch für den Programmaustausch mit befreundeten Staaten. Es gibt einen Programmaustausch mit allen Fernsehanstalten des COMECON, einen lockeren Programmaustausch mit Indien, mit Cuba, gelegentlich auch mit Indonesien. *„Aber wir diskutieren sehr sorgfältig, was der Enwicklung unseres Landes nützlich ist. Wir sind uns sehr darüber im klaren, wie rasch Fernsehen die nationale Identität, Familien- und Gemeinschaftsstrukturen zerstört“*, meint Ly Van San vom *Radio- und Fernsehkomitee*, das seit 1979, zusammengesetzt aus, wie man bei uns sagen würde, gesellschaftlich relevanten Vertretern, eine Art oberstes Beratungs- und Entscheidungsgremium für diese beiden Medien bildet. Was er auf den Philippinen, in Indonesien, in Thailand an eingekauften Produktionen auf dem Fernsehschirm gesehen haben, vermittelte ihm den Eindruck, *„daß die Menschen dieser Länder in einer einfachen Hütte leben, meist die Küche leer ist, sie aber den Luxus amerikanischer Millionäre bestaunen.“*

Die nationale Nachrichtenagentur

VNA, die vietnamesische Nachrichtenagentur, ist so alt wie der Rundfunk — 38 Jahre. Sie ist für Funk, Fernsehen und Presse die Verteilerstelle von Nachrichten außerhalb Vietnams. Wenngleich man sich über den Charakter der Nachrichten der großen westlichen fünf Agenturen im klaren ist, sich deshalb auch den Nachrichtendienst von *TASS, ADN, tanjug, Prensa Latina* abonniert, nutzt *VNA* auch, um ein möglichst breites Bild zu erhalten, *Reuters, ap* und *upi*. *VNA* ist Mitglied im *news pool* der Blockfreien, arbeitet mit dem *India Press Trust* und dem Pool der Nachrichtenagenturen der Region, vor allem der ASEAN-Staaten zusammen.

Rundfunk und Fernsehen sind Mitglied in der *ABU*, der *Asian Broadcasting Union*, und im *AIBD*, dem *Asia Institute for Broadcasting Development* in Kuala Lumpur.

„Sehen Sie das auch kritisch?“

„Sehen Sie das auch alles kritisch?“, fragte mich eine Kollegin, als ich ihr über die meines Erachtens enormen Errungeschaften berichtete, die für die Frauen in Vietnam erreicht wurden.

Sehe ich die Medienentwicklung kritisch? Einen solchen Standpunkt würde ich mir, ohne jahrelangen Aufenthalt in einem Land, nicht anmaßen, und auch deshalb nicht, weil ich frage, wie kritisch die Entwicklungen in anderen Ländern zu sehen sind, wenn im eigenen Land Tausende von Journalisten die Zerschlagung der Rundfunkanstalten nicht verhindern konnten, wenn Gewerkschaften und andere demokratisch orientierte Verbände *Springer* und *Burda* nicht, und auch nicht Privat-TV, verhindert haben. Aber das führte hier zu weit.

Medien in Vietnam sehe ich primär im Vergleich: In Bangkok oder Manila unterbrechen die von japanischen und US-amerikanischen Agenturen produzierten Werbespots Radio- und Fernsehsendungen fast im Fünf-Minuten-Takt; in den Kinos Indonesiens werden in amerikanischen und japanischen Filmen, Frauen vergewaltigt, gefoltert, gedemütigt, wird der Vietnam-Krieg, werden Söldner in afrikanischen Kolonialkriegen verherrlicht, von Nairobi bis Lusaka feiert *Octopussy* mit Sex, Superhelden-Technik, mit Luxusweibchen und weißer Herrenrassenmentalität Triumphe. Dies findet in Vietnam nicht statt, und dies ist ein Fortschritt.

Noch immer wird in den meisten afrikanischen Ländern die Mehrzahl der Schulbücher von *Heinemann, Longman* oder *McGraw-Hill* entworfen und produziert, die Comics für Kinder und Jugendliche, brutal, trivial, mit westlichen Helden gefüllt, im besten Falle die billigste Variante Grimmscher Märchen oder abgestandener Mother-Goose-Reime, kommen aus den Kommerz-Kulturfabriken in Hongkong, Taiwan, Japan oder den USA.

In Vietnam habe ich eine breite Palette von Schul-, Kinder- und Jugendbüchern gesehen, deren Texte statt in Lodon zum Ausgleich auch nicht in Moskau entworfen waren, sondern in Vietnam, deren Illustrationen nationale Typologien, nationale Charaktere und Bildformen zeigen.

Im vietnamesischen Fernsehen laufen nicht *Dallas, Sesame Street, Streets of San Francisco*, auch auf die Gefahr hin, daß Eisenstein dreimal wiederholt wird. So weit müßten wir in unserem Lande vielleicht kommen, müßten vielleicht selbst noch einmal den Stand eines „Entwicklungslandes“ erreichen.

Wolfram Frommlet

Der Artikel wurde der Zeitschrift „medium“ 2/84, S. 33ff entnommen. „medium“ kann vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Friedrichstr. 2—6, 6000 Frankfurt bezogen werden.

Bücher aus und über Südafrika

Uwe Timm
Morenga
Verlag Kiepenheuer & Witsch, 1985, DM 14,80

Umfassend informiert Uwe Timm über ein verdrängtes Kapitel deutscher Geschichte. Er erfaßt in wechselnden Perspektiven einen Abschnitt des Imperialismus in Deutsch-Südwest. Abwechselnd auf Heeresberichte, Tagebauchaufzeichnungen und Erzählungen deutscher Soldaten, aber auch Legenden der Eingeborenen zurückgreifend, entfaltet Uwe Timm die Geschichte des Morenga.

Mit einer kleinen Gruppe Aufständischer hielt er von 1904 bis 1907 eine unverhältnismäßig große Anzahl von Deutschen in Atem. Der Guerillakrieg gegen das aufstrebende Deutsche Reich wird mit ungleichen Mitteln geführt. Auf der einen Seite der militärisch gewitzte Sohn eines Grubenarbeiters, der sich als moralisch überlegen und als großzügiger Gegner erweist; auf der anderen Seite die Militärmaschinerie, die in ihrer Arroganz und Einfalt bloßgestellt wird. Im Namen der Zivilisation wird ein Gemetzel gutgeheißen, wird ein wirtschaftlich wie militärisch sinnloses Unternehmen aus reinen Prestigegründen bis zum Ende getrieben. Angesichts seiner wachsenden Kenntnisse über die Einheimischen, wird aus einer der Hauptfiguren, dem Veterinär Gottschalk, ein Gegner des Kolonialismus. Er durchschaut in individueller Ablehnung, daß eine solche Zivilisation keine Rechtfertigung und Grundlage hat. Gottschalk sieht, daß ein Krieg ohne Rücksicht auf Frauen und Kinder geführt wird, nur um im Reich einen „Erfolg" vorweisen zu können. Uwe Timm vergißt aber auch nicht zu zeigen, daß sogar die sozialdemokratische Opposition damals die Kolonialpolitik guthieß, dem Hottentottenkrieg jedenfalls nicht entschieden entgegentrat, um nicht in den Verdacht zu geraten, nicht vaterländisch genug zu sein. In einer solchen historischen Situation bleibt der stille Protest des Veterinärs Gottschalk in Lethargie stecken, während das Unrecht seinen Lauf nimmt, und die letzten Rebellen durch einen Verrat besiegt werden.

Das Buch ist ein schonungsloses Aufräumen mit dem Traum von Deutsch-Südwest, ein Aufruf zur Verantwortung, um eine zuschauende und passive Haltung gegenüber Kolonialismus und Rassismus aufzugeben.

Andre Brink; Die Nilpferdpeitsche, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 700 Seiten, 1985, DM 39,80

Im Herbst erscheint im Kiepenheuer Verlag das neue Buch des südafrikanischen Autors Andre Brink. Bei uns ist er zu einer gewissen Bekannheit durch seinen Roman „Weiße Zeit der Dürre" gekommen. In seiner Heimat dürfen seine Bücher nicht erscheinen. In der „Nilpferdpeitsche" bringt er zwei Dinge zusammen, die in dieser Konzentration sehr selten sind: Engagement und literarische Qualität. Verarbeitet wird ein historischer Stoff, nämlich ein lokaler Sklavenaufstand aus dem Jahre 1824. Die Gerichtsakte, die dem eigentlichen Roman vorrangestellt ist verweist auf die Personen des Romans. Die „Opfer": einige getötete Weiße und die durchnumerierten Gefangenen, auf die der Tod wartet.

Im Rückblick wird aus der jeweiligen Sicht aller Beteiligten die Entwicklung des Lebens der Einzelnen, sowie der Gemeinschaft auf den betroffenen Farmen, bis zum Ausbruch der Rebellion beschrieben. An den Menschen, ihrem Denken und Fühlen, wird deutlich, welche Verwüstungen das System der Rassendiskriminierung in den Menschen anrichtet, welche Gräben zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung zwischen den Rassen aufgeworfen werden. Gleichzeitig wird aber auch vermittelt, wie die Persönlichkeit von Unterdrückern und Unterdrückten durch die Sklaverei verunstaltet wird.

In den einzelnen Kapiteln erzählt immer eine Person aus ihrer Anschauung den Hergang. Da ist Ma Rose, eine freie Negerin, die noch Anteil hat an der angestammten Kultur ihres Volkes. Mit ihrer belebenden Geschlechtlichkeit hat sie etwas Allgegenwärtiges; sie kennt jeden und spielt für jeden auf der Farm eine besondere Rolle. Sie steht noch in enger Verbindung mit ihrem Land und einer Natur, die nur von den Weißen „wild" genannt wird.

Dann ist da der Master. Er ist nun alt und hilflos, war aber der Herr, dessen Gewalt die Familie und die Farm erdrückte. Er schlief mit jeder Schwarzen, denn Gott hatte ja nur von weißen Frauen geredet, als er seine Gebote erließ. Piet der Gewaltige, ist in seinen Grundfesten erschüttert, weil einige seiner Sklaven sich gegen seine Söhne erhoben haben. Für ihn war das eine undenkbare Ungeheuerlichkeit. Als er einmal von einem weit entfernt niedergeschlagenen Sklavenaufstand erfahren hatte, ließ er alle seine Leute auspeitschen, mit der Bemerkung: „Laßt das euch eine Lehre sein."

Die herausragende Person des Romans aber ist Galant, der Sklave, der später Anführer der Rebellen sein wird. Er wächst auf mit den Söhnen seines Herrn, deren Mörder er einst wird. Schon früh lehnt er sich gegen den scheinbar natürlichen Zustand der Dinge auf: daß nur Masters Schuhe haben, daß nur seine weißen Altersgenossen Lesen lernen etc. Galant, von dem der Aufseher sagt, er gehöre zu der Rasse der Pferde, die man nicht zureiten könne, wird im Übergang von der Kindheit zur Jugend schwer in seinem Bewußtsein geprägt. Er ist es, der das Pferd zureiten kann, das aber für seinen bisheri-

gen Gefährten, den Sohn des Masters bestimmt ist. Als eines Tages die Zeit der Gemeinsamkeiten zwischen ihm und den Kindern des Herrn zu Ende gehen, als er sie nicht mehr begleiten soll, als er nur noch der Sklavenjunge ist, wächst in ihm bereits die Wut und das Bewußtsein der gerechten Auflehnung.

Unrecht und Unterdrückung prägen nicht nur die Schwarzen. Da sich die Weißen zwischen ihnen wie im Feindesland bewegen, lassen sie in ihren eigenen Reihen keine Schwächen oder Gefühle zu. Mit unbeugsamer Härte werden die Kinder zu Herren erzogen. Nicolaas und Barend, Piets Söhne, lernen früh, „ihr Herz zu verriegeln und weiterzumachen". Vor allem die Frauen müssen sich unterordnen. Sie werden betrogen, sind nur Gebärmaschinen für Herren, die oft in dieser Welt zerbrechen.

In der Person der Galant wird deutlich, daß es keine Verschleierung innerhalb des Systems der Ungerechtigkeit gibt. „Wir sind keine kleinen Kinder mehr. Es ist anders. Es gibt ein Geschirr, das mich einzwängt; es gibt Zügel. Manchmal sind sie straff und manchmal sind sie locker, aber sie sind jetzt immer da." Er weiß, daß er vielleicht niemals frei sein wird. Trotzdem bleibt ihm Hoffnung: „Doch mein Junge wird einmal die aufgehende Sonne stürmen."

Das Buch ist getragen von Auflehnung und Hoffnung. In dem historischen Stoff wird uns die Wurzel der zerstörten Menschlichkeit des Apartheidsystems von heute nahe gebracht. Andre Brink kann uns das auf literarischem Wege verständlich machen, denn nach seiner Aussage ist ihm das Schreiben das Leben selbst. Andre Brink über sein Schreiben:

„Ein Mann, der fünf Jahre in dem bekannten Gefängnis von Robbin Island verbracht hat, ist zu mir gekommen, um mir zu sagen, daß die Lektüre von im Untergrund verbreiteten Exemplaren meiner Bücher ihm den Glauben und den Mut gegeben haben, die Leiden zu ertragen... Ich weiß, daß ich nicht anders handeln kann. All diese Stimmen bestehen in einer endlosen Kette. Und hinter ihnen nehme ich das Murmeln der unsichtbaren Masse derer wahr, denen man ihre Stimme vorenthält, die im Dunkeln stöhnen. Also nehme ich die Feder wieder auf."

Hans Martin Große-Oetringhaus
Wird Feuer ausbrechen?
Rowohlt Verlag Reihe Rotfuchs, DM 6,80

In diesem Buch geht es im wesentlichen um die Schülerunruhen von 1976. Nicht nur sind Parallelen zu ziehen zur Eskalation der Gewalt im heutigen Südafrika, sondern es besteht ein direkter Zusammenhang: Die ersten Toten dieses Jahres gab es anläßlich der Feier zum Gedenken der Toten des Schülerstreiks von 1976.

In einem Nebeneinander von Reportage, Zeitungsmeldungen und einer Erzählung wird der Hergang des Geschehens verdeutlicht. An einem nur scheinbar zweitrangigen Problem entzündete sich damals der aufgestaute Widerstandswille der Jugendlichen. Per Erlaß sollte ihnen das verhaßte Afrikaans als Schulsprache aufgezwungen werden. Jugendliche, von denen einige in der Erzählung exemplarisch herausgegriffen werden, versammeln sich, verteilen Flugblätter, organisieren einen Schulstreik. Shanti, Tiba, Nora und Ben geraten durch ihren spontanen Protest in den Sog der Gewalt. Die herrschenden Weißen lassen die Polizei auf die demonstrierenden Schüler schießen. Die Schulen in Soweto werden geschlossen. Schüler anderer Townships — und durch die Agitation der Jungen in den Arbeitervierteln auch Ältere — beteiligen sich an den Protestaktionen. Bei einem Zug durch die Viertel der Weißen kommt es zu den gewalttätigsten Ausschreitungen, bei denen zahlreiche Schwarze getötet werden. Ben's Weg führt über das Gefängnis und Folterungen in den Untergrund. Die anderen müssen sich ebenfalls verstecken. Bens ohnehin schwierige Freundschaft mit einer Weißen, die den Freunden half, wo sie konnte, wird nun ganz unmöglich. Der Obrigkeit gelingt es mit der Rücknahme des Afrikaans Erlasses und brutaler Gewalt noch einmal, die Ruhe wiederherzustellen.

Unter der Oberfläche aber gärt die Saat des Apartheid Regimes. Heute scheint sich in den Unruhen zu erfüllen, was der Junge Shanti am Ende des Buches sagt:

„In dieser Zeit des Terrors können wir nicht einfach überwintern, uns wie eine Schildkröte in den Winterschlaf begeben und abwarten, bis die Kälte vorbei ist. Vielmehr müssen wir viele kleine Feuer anzünden, damit es wärmer wird." Nicht umsonst ist das Buch mit „Wird Feuer ausbrechen?" betitelt. Nach der Lektüre, die sich besonders für Jugendliche in Gruppen in der Schule anbietet, wird man zu der Gewißheit gelangt sein, daß die gerechten Forderungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit nicht auf Dauer mit Gewalt zu unterdrücken sind.

Das Buch weist über eine einfache Lektüre hinaus, verweist auf die Notwendigkeit einer kritischen Lektüre unserer Presse ebenso, wie auf die Möglichkeit praktischer Informationsarbeit in der Bevölkerung. Dies wird unter anderem begründet mit der starken Veflechtung von deutscher und südafrikanischer Wirtschaft, die ja heute nach wie vor besteht.

Dieter Schönebom

Multis und Menschenrechte

Volker Kasch/Ulrich Leffler/Peter Schmitz/Rainer Tetzlaff
Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt
Lamuv Taschenbuch 42, Juni '85, 262 S., 18.80 DM

„Die Weltkonzerne haben ihre Macht, ihr Finanzierungskapital, ihre Technik, ihre organisatorischen Fähigkeiten und ihre Kontrolle der Massenkommunikationsmittel dazu benutzt, ein globales Einkaufszentrum zu schaffen, das die Hungernden zum Kauf teurer Leckerbissen stimuliert, um eine globale Fabrik zu errichten, in der es immer weniger Arbeitsplätze gibt. Die „Eine Welt", von der Weltmanager träumen, besteht in Wirklichkeit aus zwei scharf voneinander getrennten Welten — eine für steigenden Wohlstand für eine kleine transnationale Minderheit und die andere mit steigenden Elend für die große Masse der Menschheit." (s. S. 16, Zitat aus: Barnet/Müller — Die Krisenmacher)

Wer solch markige Worte, scharfe Verurteilungen und radikale Forderungen von der Studie des Hamburger Autorenquartetts erwartet, wird sicherlich nach der Lektüre des Bandes enttäuscht sein. Vielmehr bemühten sich die Verfasser um einen leicht lesbaren, anschaulichen, aber dennoch anspruchsvollen und von Nicht-Ökonomen durchaus verständlichen Sprachstil, um die komplexen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten transnationaler Unternehmen (TNU) in der 3. Welt und der Achtung der Menschenrechte zu erklären.

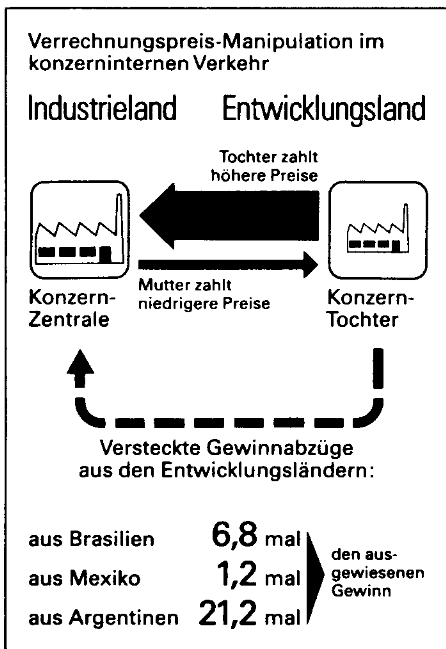
Die Multis gehören zu den Wettermachern des Menschenrechtsklimas (S. 10), stellt der ehemalige Generalsekretär von amnesty international — Helmut Frenz — in seinem Vorwort zu der von ai mitfinanzierten Studie fest. Eine Einschätzung, die sich — an vielen Fallbeispielen verdeutlicht — fast zwangsläufig aus den Zielen der TNU (Gewinnstreben, Marktsicherung) ergibt. Multis brauchen stabile Verhältnisse, ein günstiges Investitionsklima, um sich in 3. Welt Staaten wohl zu fühlen. Diese Stabilität wird allerdings oft mit Repressionen erkauft, deren Folgen für die Bevölkerung sich nicht zuletzt in den ai-Jahresberichten nachlesen lassen.

Entwicklung und Menschenrechte

Das Buch gliedert sich in 10 Einzelbeiträge, die zwar aufeinander aufbauen, aber auch unabhängig voneinander sinnvoll gelesen werden können. Kurze Zusammenfassungen am Ende der Kapitel er-

leichtern den Überblick. Genaue Definitionen zweier zentraler Begriffe, die für das weitere Verständnis der Studie maßgebend sind, stehen am Anfang.
1. „Entwicklung" läßt sich, so die Autoren, nicht in Wachstumsraten des Sozialprodukts ausdrücken, sondern muß sich am Konzept der Befriedigung von Grundbedürfnissen (Nahrung, Kleidung, Behausung, Arbeit) erweitert um zwei immaterielle Bedürfnisse (Mitbestimmung i.w.S., kulturelle und religiöse Selbstbestimmung) orientieren. Ein Hinweis auf die Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge fehlt hierbei nicht.
2. Die Verfasser legen einen umfassenden sozialen Menschenrechtsbegriff zugrunde, der bürgerlich-politische Menschenrechte sowie wirtschaftliche, soziale und

Transferpreis-Manipulation dient versteckten Gewinnabzügen



Quellen: Vaitsos / UNCTAD © Strahm; Peter Hammer Verlag

kulturelle Menschenrechte beinhaltet. Menschenrechte definieren sich dabei als Schutzrechte des Bürgers gegenüber dem Staat, der das Gewaltmonopol ausübt (S. 34).

Diese beiden Begriffe bilden den Maßstab für die weitere Untersuchung der TNU-Aktivitäten in der 3. Welt.

Kolonialismus — gestern und heute

Ein kurzer historischer Rückblick begreift die Geschichte des Kolonialismus als gewalttätige europäische Expansion seit Ende des 15. Jahrhunderts (S. 51), die nach dem 2. Weltkrieg dank der Revolution im Transport- und Telekommunikationswesen in eine hauptsächlich wirtschaftliche Expansion mit internationaler Arbeitsteilung überging. Die Folgen: die Durchkapitalisierung und Verwestlichung der 3. Welt Gesellschaften, das heißt die warenmäßige sowie kulturelle Durchdringung mit Produkten bzw. Werten der Industrieländer (IL). Folgen, die sich beispielsweise in den bestehenden Herrschaftssystemen und Regierungsformen sowie in Entwicklungsstrategien niederschlagen. Typisch für ein TNU-freundliches Entwicklungsland: autoritäres bis diktatorisches Herrschaftssystem und weltmarktorientierte Exportindustrialisierung als Wirtschaftsstrategie. Eine beliebte Kombination mit einer hohen Wahrscheinlichkeit für satte Wachsttumsraten und gewaltsamer Unterdrückung großer Teile der Bevölkerung. Anhand vieler Einzelbeispiele zeigen die Autoren die Auswirkung des TNU-Engagements in Landwirtschaft, chemischer Industrie (Pflanzenschutzmittel), Wirtschaft und Medizin (Pharmaprodukte).

Neuere Tendenzen

In den letzten Jahren kristallisierte sich ein Wandel im Geschäftsgebahren der TNU heraus. Die Öffentlichkeitsscheu der TNU führte angesichts der laufenden Verschlechterung der weltweiten Menschenrechtssituation zu einer unauffälligeren Gangart in den Entwicklungsländern. Dazu zählen vor allem folgende zwei Deckmäntelchen, unter denen sie weiterhin ihre Ziele verfolgen.
1. Intrakonzernhandel
Der Handel zwischen Muttergesellschaften in den IL und Tochterfirmen in den Entwicklungsländern spielt eine immer bedeutendere Rolle. 70—80% des Welthandels laufen über TNU, davon 40% als Intrakonzernhandel (S. 54). Diese Handelsform öffnet der Preis- und Gewinnmanipulation Tür und Tor. Das funktioniert folgendermaßen (s. a. Schaubild). Die Konzernzentrale bewertet ihre Produkte beim Verkauf an die Tochtergesellschaft höher, die Tochter setzt den Preis für Rücklieferungen einfach niedriger an. Ergebnis: Doppelter Gewinnabzug in unbestimmbarer Höhe durch kaufmännische Bewertungsfreiheit.
2. Investition und Finanzierung
Minderheitsbeteiligungen, Koproduktionen, Technologie- und Lizenzverträge lösen zunehmend Direktinvestitionen als wichtigste Anlageform zur ökonomischen Kontrolle von Unternehmen ab. Die verstärkte Finanzierung der TNU an den Kapitalmärkten ihrer Gastländer gefährdet die Kreditaufnahme der kleineren 3. Welt Unternehmen. Günstigere Kredite für TNU führen u. a. zu einem Verdrängungswettbewerb, bei dem die „Kleinen" in der Regel das Nachsehen haben.

Hierbei wäre eine Untersuchung der Bedeutung und Aktivitäten der sog. „neuen" Multis — den TNU der Entwicklungsländer — interessant gewesen.

IWF und Menschenrechte

Der Beitrag von Hofmeier/Körner/Maaß/Siebold faßt ihr Buch „Im Teufelskreis der Verschuldung" (Rezension in blätter des iz3W Nr. 123) im Hinblick auf die Auswirkungen der Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf die Menschenrechte in der 3. Welt zusammen. Eine Liste aller Hungeraufstände als Folge der IWF Rezeptur spricht für sich. Die Kritik an dem überkommenen, stereotypen IWF-Instrumentarium gipfelt in der Bemerkung, daß selbst ein Erfolg der Maßnahmen die Anfälligkeit der angeblich sanierten Ökonomie erhöht sowie die Anfälligkeit die Versorgungslage der Bevölkerung verschlechtert (S. 201).

Dringend müsse der IWF seine sozial und politisch blinde Auflagenpolitik, die Konditionalität, ändern, um im Sinne seines Statuts zur Stabilisierung der 3. Welt Ökonomien beitragen zu können.

Schwellenländer als Musterschüler?

Aufgeräumt wird schließlich mit dem „Mythos der Schwellenländer" (z. B. Südkorea). Die Kehrseite der Medaille ihrer rapiden Sozialproduktentwicklung heißt Repression. Ökonomische Konkurrenzfähigkeit im heutigen Entwicklungsmodell muß politische Zwangsmittel zur Folge haben. Die wirtschaftlichen „Erfolge" können im politischen Bereich gar soweit führen, daß die in Entwicklungsländern herrschenden Eliten die politischen und wirtschaftlichen Interessen der TNU mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung durchsetzen. Daraus leiten die Verfasser die Forderung nach schärfster Kontrolle der TNU ab. Denn sie werden als Fahnenträger der Wachstumsideologen zu „Mitprofiteuren des staatlichen Terrors". Im Hinblick darauf mag Tansania als relativ positives Beispiel eines menschen(-rechts)freundlichen Entwicklungswegs gelten (Kapitel 9).

Fazit und Ausblick

Hoffnungsvoll stimmt die Einschätzung der Autoren, daß das Schalten und Walten der TNU sowie politische Repressionen Grenzen kennt. Denn es existiert eine kritische Schwelle, jenseits der die wirtschaftlichen Vorteile dank einsetzender Streik- und Sabotageaktionen u. ä. in Nachteile, sprich Kapitalverluste, umschlagen. Diese Schwelle möglichst niedrig zu halten, ist Aufgabe einer informierten Weltöffentlichkeit.

Kritisch zu fragen bleibt nur noch, inwieweit die Studie für die Aktivitäten von ai verwertbar ist und Impulse für die Menschenrechtsarbeit in dieser Richtung zu geben vermag. Erst die konkrete Arbeit von ai zu den Ursachen von Menschenrechtsverletzungen in den nächsten Jahren wird darüber wohl Aufschluß geben. Den Autoren ist jedenfalls für ihr gelungenes und empfehlenswertes Buch zu danken. as

Repression in der BRD

Zum Verhältnis von Krawall und Notstand

Am 28.9.85 wurde Günter Sare bei einer antifaschistischen Demonstration in Frankfurt von der Polizei getötet. Im folgenden dokumentieren wir ein Flugblatt, das sich mit dem politischen Kontext dieses Verbrechens auseinandersetzt.

Der Tod Günter Sares ist für uns weder ein Unfall noch ein Zufall. Seit Jahren wird die Polizei durch Ausrüstung und Ausbildung zu einem militärischen Apparat hochgezüchtet, der bei der Bekämpfung von innerem Widerstand Verletzte oder Tote einkalkuliert. Dazu gehört die Legalisierung des präventiven Todesschusses, die Aufstellung mobiler Einsatzkommandos, Sondereinsatzkommandos, Präzisionsschützenkommandos ebenso wie Hochdruckwasserwerfer des Typs, dem Günter Sare zum Opfer fiel. Der Einsatz dieser Geräte hat in den letzten Jahren bereits zu schweren Verletzungen bei Demonstranten geführt, die lediglich vom Wasserstrahl getroffen wurden. In Hessen war die Anschaffung dieser Hochdruckwasserwerfer Bestandteil der 1984 mit den Stimmen der Grünen beschlossenen Landeshaushalte.

Es wird von den staatlichen Organen als Selbstverständlichkeit gerechtfertigt, daß ein derart militanter Polizeieinsatz zum Schutz einer neofaschistischen Versammlung notwendig sei. Im umgekehrten Fall, wenn es darum ginge eine antifaschistische Versammlung vor Neofaschisten zu schützen, wäre es undenkbar, daß dabei ein Neofaschist durch die Polizei getötet würde. In solchen Fällen bleibt die „Verhältnismäßigkeit der Mittel" immer gewahrt.

Red.

Die frankfurter Ereignisse der letzten Tage werden in der Öffentlichkeit nur noch auf Krawall und Chaos reduziert. Staatliche Repräsentanten, bürgerliche Medien und Polizei behandeln die Auseinandersetzungen nur unter dem Aspekt der Überschreitung des bürgerlichen Rechts. Der Tod von Günter Sare verschwindet hinter den Glasschäden des Bahnhofsviertels. Wir sind der Ansicht, daß Günter Sare nicht für etwas, sondern durch etwas gestorben ist. Über die notwendige Rekonstruktion des Tathergangs hinaus, geht es uns darum, die Verhältnisse zu benennen, die zu seinem Tod geführt haben.

Der direkte Hintergrund war ein brutaler Polizeieinsatz gegen ein antifaschistisches Aktionsbündnis, das versuchte, eine NPD-Versammlung im Haus Gallus zu verhindern (Dort fanden in den 60iger Jahren die Auschwitz-Prozesse statt). Im Nachhinein versuchte sich Wallmann zu rechtfertigen, daß es für ihn formaljuristisch keine Möglichkeit gegeben hätte, die NPD-Veranstaltung zu verhindern und infolgedessen das Recht der NPD sich zu versammeln mit allen Mitteln des Rechtsstaates durchgesetzt werden müsse.

Dem steht unsere politische Auffassung gegenüber, daß angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit es insbesondere in Deutschland eine Notwendigkeit ist, das Auftauchen faschistischer Tendenzen gesellschaftlich radikal zu verhindern. Es gibt in Deutschland einen historisch-politisch begründeten Antifaschismus, der seine Legitimation nicht aus legalistischen Begründungen ableiten muß und darf. Denn hätte es in der BRD eine konsequente Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gegeben, dann könnten diese Gesellschaft und ihre Politiker das Auftreten neofaschistischer Elemente nicht mehr mit der These der formalen Gleichheit der politischen Positionen legitimieren. Die bürgerliche Legalität setzt Ungleiches gleich!

Die permanente Versöhnungsforderung von Weizäcker, CDU/CSU und FDP und den Sozialdemokraten setzt Täter und Opfer gleich. Am selben Tag verneigen sich Repräsentanten dieses Staates vor den Gräbern von SS-Mördern und vor denen von KZ-Opfern.

Es geht uns nicht um die Gleichsetzung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, sondern darum, daß ein bloß formaler Demokratiebegriff nicht über das Ziel einer Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung hinauskommt und so die Durchsetzung eines radikalen Demokratiebegriffs mit Gewalt verhindert.

Die in den Demonstrationen ausgedrückten Forderungen nach der Aufklärung des Todes eines Menschen wird mit dem Hinweis auf mögliche Sachschäden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterdrückt. Walter Wallmann erläßt ein Demonstrationsverbot für das gesamte Stadtgebiet und übt den Notstand.

Der gleiche Polizeiapparat, der den Tod von Günter Sare verursacht hat, wird zur Unterdrückung der Bewegung eingesetzt, welche die rückhaltlose Aufklärung der Ursachen dieser Ereignisse fordert. So fordern auch die sozialdemokratischen Innenminister nicht, politische Konsequenzen aus der Tötung des Demonstranten zu ziehen, sondern „den gesetzlichen Auftrag der Polizei, den inneren Frieden zu wahren, zu respektieren und einer Diffamierung der Polizei entschieden zu widersprechen" (FR 3.10.) Die staatsbürgerliche Ausbildung der Beamten erweist sich als völlig unzureichend, die Brutalität überforderter Polizisten zu binden.

Von „Bayern-Kurier" bis zur „Zeit" berichtet die Presse über das sogenannte Gewaltpotential, das sich in deutschen Großstädten angesammelt hat und das man, so weit es möglich ist, für Jahre hinter Gitter bringen müsse (vgl. Zeit v. 3.10.). Presse, Partei und Polizeiapparat verfolgen mit dieser Argumentation eine Linie, nämlich die Ursachen und Hintergründe für den Tod eines Menschen in ei-

ner gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu Gunsten einer konsequenten Durchsetzung von politischen Machtinteressen zu benutzen. Das singuläre, besondere Geschehen in Frankfurt ist aber lediglich Ausdruck eines Allgemeinen. Darin zeichnet sich die allgemeine Logik von Kapital, Repräsentanten, Justiz und Polizei ab, gesellschaftliche Konflikte nur noch über eine Law and Order Mentalität lösen zu wollen.

ASTA/Grün-Alternative Liste, Undogmatische Linke/Uni-Ffm

Tagungshinweise

China 1985 — Auf dem Weg zum Kapitalismus? Innen- und außenpolitische Dimensionen der Reformpolitik, Seminar Nr. 1/96 vom 8.—10. November 1985, Information und Anmeldung: RWAG, Arndtstr. 30 a, 4600 Dortmund.

Kolloquium unbürokratische Entwicklungshilfe? Zur Leistungsfähigkeit von Nicht-Regierungs-Organisationen in der deut. Entwicklungspolitik, 25. November 1985, 9—19 Uhr, Leverkusen, Information und Anmeldung: Fakultät für Soziologie, Uni Bielefeld, z. H. Kemper, Pf 8640, 48 Bielefeld 1

Medienmarkt Dritte Welt, Filme/Bilder/Spiele aus vier Kontinenten, 14. November 1985, Information und Anmeldung: Evangel. Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, Gänseheidestr. 67, 7000 Stuttgart 1

Drei Welten oder eine? 31.10.—3.11.85, Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 4973 Vlotho, Tel. (05733) 5063

Entwicklungspolitik — Zwischen Quantität und Qualität, Resignation und Erneuerung, Fachtagung vom 20.—22.11.85 im Schloß Eichholz, Wesseling, Informatin und Anmeldung: Konrad-Adenauer-Stiftung, Pf 1331, 5047 Wesseling

Die Rüstungsexportpolitik der BR Deutschland, 9.—10.11.85 in Sonnenbühl-Wimandingen, Information und Anmeldung: Verein für Friedenspädagogik e. V., Bachgasse 22, 74 Tübingen 1

3. Tübinger E.-Bloch-Tage, „Gesellschaft und Vernunft", 8.—9. November 1985, Information und Anmeldung: Sozialistisches Büro, Pf 591, 605 Offenbach 4

Rüstungsexport — Das Geschäft mit dem Tod, 30.11.—1.12.85 in Karlsruhe, Kontakt und Information: Raetz/Bölter, Friedenstr. 8, 75 Karlsruhe, Tel. (0721) 818662

Afrika-Festival Frankfurt vom 18. Okt.—2. November 1985, Information: Karibuni Afrika, c/o Dr. Oduro, Kepplerstr. 11, 6 Ffm 1

„Wer Unrecht sät, erntet Widerstand", 1.—3. November 1985 in Ulm/Donau, Information und Anmeldung: SASF, Pf 2331, 7400 Tübingen

3. Indien Vernetzungstreffen, 15.—17.11.85 in Obermehnen (Ostwestfalen), Information und Anmeldung: M. Weißenfeld, Alt Bossel 11, 4322 Sprockhövel 1

Informeller Sektor in Kalkutta und West-Bengalen, 8.—9. Nov. 1985 in Dortmund, Information und Anmeldung: Hilde Coers, Rubinstr. 18, 46 Dortmund 30.

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik 18/85 September
Informationen: EKD zu Südafrika, EZE-Kritik an staatlicher Entwicklungspolitik, Welbankjahresbericht 1985, Tagung über Menschenrechte und Außenpolitik
Analyse: Unsittliche Schulen (R. Knieper), Experten (B. S. Needs), Deutsche Gewerkschaften und Dritte Welt (M. Wortmann)
Im **Dokumentationsteil** mehrere Texte zu Südafrika
Bezug: epd, Pf 170361, Frankfurt 17
Preis: Einzel-/Doppelnummer 3,—/4,50 DM

AIB Nr. 10/1985
Das Heft enthält als Themenschwerpunkt **Südafrika** und hierzu u. a. Interviews mit O. Tambo, A. Nzo und A. Boesak. Weiter Artikel zum Thema Sowjetunion und Dritte Welt (Handel und Hilfe), Bolivien, Uganda, Südpazifik und El Salvador. Darüberhinaus enthält das Heft einen Sonderteil unter dem Titel **Rüstung im All — Gefahren für die Dritte Welt.**
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Preis: 2,50 DM (Sonderheft **Rüstung im All** 2,—)

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, September 1985
Die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der **BRD und Südafrika** wird Thema von Aktionstagen am 4. + 5. Oktober sein. Von der Rüstungsexportkampagne wurden einige Seiten des FORUM zu dem Thema gestaltet. Es geht um die laufenden Vorbereitungen zu den Aktionstagen, um eine Liste von Fakten zur bisher stattgefundenen Zusammenarbeit und um Daten und Zahlen zum deutschen Rüstungsexport.
Der längste Artikel im FORUM befaßt sich mit dem Thema **„Nationalstaat und Kulturelle Identität in den Ländern der Dritten Welt."** Schwerpunkt der Pharma-Kampagne wird in der nächsten Zeit u. a. die **Firma Hoechst** sein, deshalb zwei Artikel, — Hoechst auf dem Prüfstand und — Vitalität und Energie durch Hoechst?
Außerdem: Gegen die Macht der Kaffeekonzerne, Kaffeekampagne '85; Ausnahmezustand in Südafrika; Presseerklärung der Agrokoordination zur Gentechnologie im Agrarsektor; Welternährungstag am 16.10.

„FREIRE-RUNDBRIEF" (Nr. 24/85)
c/o „bewußt": päd. — AG SPAK
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Für eine ökologische Pädagogik, Verzeichnis der vorhandenen Arbeiten zum Thema „bewußtseinsbildende Arbeit" in unserem Leihkopiedienst, Besprechung neuer Materialmappe: Ermittlung einer Bildungskonzeption in der Arbeit mit Frauen nach Freire, Bildungstag 1986, einige Thesen für eine „grün-alternative Bildungskonzeption", Hinweise und Tips...

ila-info Nr. 89, September 1985
Schwerpunktthema: Multinationale Konzerne am Amazonas — Die Ausbeutung Amazoniens und ihre ökologischen Folgen. Der Artikel „Ökobewegung in Brasilien" zeigt, daß die Aufschreie gegen die Zerstörung der Umwelt nicht nur aus der industrialisierten Ersten Welt kommen, sondern daß sich auch die Menschen in der sog. Dritten Welt dagegen zur Wehr setzen.
Weiterhin berichten wir über die **Verschuldungsproblematik**, wo es den Anschein hat, daß die hochverschuldeten Länder Lateinamerikas der Politik der Banken und des IWF nicht mehr länger nachzugeben bereit sind. Außerdem Berichte zum „Deutschen Mexiko-Tourismus" und der Autonomie-Debatte an Nicaraguas Atlantikküste.
Bezug: ila, Römerstr. 88, 53 Bonn 1
Preis: 3,—

Neuerscheinungen

„Brasilianischer Zucker", Kalorien für Autos statt für Menschen, Bernhard Merk (Red. grüßt Jimi), Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit Nr. 21, Bezug: Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e. V., Postfach 5222, 7800 Freiburg, Loseblattsammlung, 32 Seiten, DM 6,00

„Swapo of Namibia", Axel Harneit-Siever, Hrsg.: Institut für Afrikakunde, 1985

„Paradies und Babylon", Guatemaltekische Gebete und Visionen, Julia Esquivel, Peter Hammer Verlag, 112 Seiten, 16,80 DM

„Vom Schrei zum Gesang", Brasilianische Meditationen, Paulo Suess, Jugenddienst-Verlag, 112 Seiten, 16,80 DM

„Warum sie so arm sind", R. Strahm, Jugenddienst-Verlag, 223 Seiten, 14,80 DM

„Der Adler der nicht fliegen wollte", Bilderbuch für Kinder, Aggrey/Erlbruch, Peter Hammer Verlag, 35 Seiten, 19,80 DM

„Israel und die palästinensische Frage", Udo Steinbach, 32 Seiten, 5 DM
„Die Philippinen: Anatomie einer Krise", Jürgen Ruland, 62 Seiten, 5 DM
Bezug: Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53 Bonn 2

„Dritte Welt im Hohen Haus", Erfahrungen und Ergebnisse aus zwei Jahren grüner Entwicklungspolitik im Bundestag, 191 Seiten, DM 8, Bezug: Die Grünen im Bundestag (AG Dritte Welt), Bundeshaus HT, 5300 Bonn 1

„Weltentwicklungsbericht 1985", Weltbank, Vertrieb: UNO-Verlag, Simrockstr. 23, 53 Bonn

„Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik", Franz Nuscheler, Verlag Neue Gesellschaft, 280 Seiten, 19,80 DM

„Städtepartnerschaft Offenbach-Rivas (Nicaragua)", Materialien, 60 Seiten, 2,50 DM, Bezug: Nicaragua-Gruppe Offenbach, Ev. Luthergemeinde, Waldstr. 74, 6050 Offenbach

Schweizer Mammutkraftwerke in der Dritten Welt, Hrsg. und Bezug: Erklärung von Bern für solidarische Entwicklung, Quellenstr. 25, CH-8005 Zürich, 72 Seiten, 13,65 DM

„Dritte Welt Kalender '86", Hrsg.: agib/BUKO/ÖIE, Lamuv-Verlag, 256 Seiten, 9,80 DM

„Acid earth", J. McCormick, earthscan paperback, £ 3,95/$ 6,25, Bezug: earthcan, 3 Ensleigh Street, London WC1H ODD UK, ISBN 0-905347-61-7

„Indonesien 1965—1985, lange Schatten des Terrors", Rainer Werning, Wurf-Verlag, 70 Seiten, 6.50 DM, ISBN 3-923881-14-2

„Mayombe", Pepetela (Roman), Bonn 1985, 274 Seiten, 17,70 DM, Bezug: issa, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

„Pastoral Man in the Garden of Eden", Kaj Arhem (Tanzania), 123 Seiten, SEK 70, Bezug: The Scandinavian Insitute of African Studies, P O Box 2126, S-750 02 Uppsala

„Sanktionen gegen Südafrika", Tatsachen und Argumente, Hans Mayer, Peter Wahl, Hrsg.: Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 1, Broschüre, 12 Seiten

Presseerklärung

Schwierigkeiten mit der Südafrika-Solidarität

Am 21. September fand in Bonn eine zentrale Südafrika-Solidaritäts-Demonstration statt. Getragen wurde diese Demo von einem breiten Bündnis aus Solidaritätsgruppen, Parteien (GRÜNE, JUSOS, DKP), kirchlichen Organisationen, Friedensgruppen, etc. Hat sich hier nun ein breites Aktionsbündnis gebildet, das weiterhin effektiv den Befreiungskampf in Südafrika/Azania und Namibia unterstützen kann?

Leider täuscht der äußere Eindruck. Im Vorfeld dieser Demo gab es scharfe Auseinandersetzungen, die auch nicht beigelegt werden konnten. Um die Demo nicht zu gefährden, wurde im Vorfeld darauf verzichtet, diese, für die Südafrika Solidarität leider typischen Konflikte zu veröffentlichen, aber im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit der Solidaritätsbewegung scheint es dem Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) nötig, die Auseinandersetzung öffentlich zu führen, in der Absicht einer Klärung dienlich zu sein.

Die Situation in Südafrika/Azania

Südafrika befindet sich im Zustand der dritten größten Revolte, nach Sharpeville 1960 und Soweto 1976.

1960, im Zuge der Anti-Paß-Kampagne, die wesentlich vom Pan Africanist Congress of Azania (PAC) getragen wurde, kam es zum Bann der Befreiungsorganisationen ANC (African National Congress) und PAC. Tausende gingen ins Exil, viele Führer wurden in der Folgezeit verhaftet und Jahrzehntelang gefangengehalten, z. T. bis auf den heutigen Tag. Der wohl auch international bekannteste von ihnen ist Nelson Mandela, aber auch noch immer sitzen führende Leute des PAC in südafrikanischen Kerkern.

In den 70er Jahren gewann die sog. Schwarze Bewußtseinsbewegung (BCM) an Bedeutung. Ihr wohl prominentester Vertreter war Steve Biko, der 1977 im Gefängnis ermordet wurde. Einen Höhepunkt fand diese Bewegung im Aufstand der Schüler und Studenten 1976. Dieser Aufstand richtete sich gegen das rassistische Bildungssystem, das für Schwarze nur die sog. Bantu-Education vorsieht. Bei den Revolten von 1976 wurden hunderte von Schülern und Studenten erschossen. Wiederum gingen viele ins Exil, andere tauchten unter oder verschwanden für viele Jahre in den Gefängnissen. 1977 wurden 18 Black-Consciousness-Organisationen gebannt.

Seit Anfang der 80er Jahre bildeten sich eine Vielzahl von Initiativen und Komitees in den schwarzen Städten, die sich gegen Miet- und Fahrpreiserhöhungen richteten, Komitees von Angehörigen politischer Gefangener, Boykottkomitees. Auch gelang es der BC-Bewegung sich neu zu organisieren, der Azanische Volkskongreß (AZAPO) wurde gegründet. Vor allem gewannen die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften immer größere Bedeutung.

1984 veranstaltete Botha die „Wahlen" zu einem 3-Kammer-Parlament. im Vorfeld dieser „Wahlen" gründeten sich 2 politische Dachverbäde, die zum Boykott dieses kosmetischen Reformversuchs aufriefen und damit auch Erfolg hatten: die United Democratic Front (UDF) ist im wesentlichen an der Freiheitscharta orientiert, wohingegen die Grundlage des National Forum (NF) das „Manifest des Azanischen Volkes" ist. Eine der wichtigsten Mitgliesorganisationen des NF ist die aus der Black Consciousness Bewegung hervorgegangene AZAPO.

Der Widerstand umfaßt zwei Hauptströmungen

Die sog. demokratische Strömung ist an der ANC-Freiheitscharta orientiert, mit dem Kernsatz: „Das Land gehört allen, die darin leben, Schwarzen und Weißen." Das Ziel ist die Abschaffung der Apartheid. Diese Bewegung umfaßt auch weiße liberale Organisationen und Kreise. Die andere Hauptströmung ist eine eher sozialistisch ausgerichtete Bewegung. Eine der führenden Organisationen ist dabei dei AZAPO. Für sie ist der Kampf gegen Arpartheid nur Ausgangspunkt, die Befreiung erfolgt nur durch die Beseitigung von Rassismus und Kapitalismus, ein nicht rassistischer Kapitalismus scheint für sie in Südafrika unmöglich. So hat die AZAPO beispielsweise gegen den von der UDF begrüßten Kennedy Besuch Front gemacht, da AZAPO den US-Senator als Vertreter derjenigen Kapitalkreise betrachtet, die die südafrikanische Regierung zu Reformen bewegen wollen, um das Überleben der kapitalistischen Ausbeutung zu garantieren. AZAPO hat sich ebenfalls gegen Verhandlungen des ANC mit Vertretern des südafrikanischen Kapitals ausgesprochen. So kurz und lückenhaft wie dieser Abriß auch sein mag, so wird doch deutlich, daß der Widerstand in Südafrika sich nicht unter eine Idee, geschweige denn unter eine Organisation subsumieren läßt. Besonders deutlich wird dies, betrachtet man die jüngste Entwicklung, seit Herbst letzten Jahres.

Seit einem Jahr nun gehört der Aufstand zum Alltag Südafrikas. Der Widerstand bezieht sich auf alle Lebensbereiche: Schulboykotte, Konsumboykotte, Streiks. Es wird deutlich: die schwarze Bevölkerungsmehrheit läßt sich nicht mehr mit Reformen, schon gar nicht durch solch kosmetische, wie z. b. das 3-Kammer-Parlament u. ä. befrieden, man fordert die totale Beseitigung des Systems. In den schwarzen Städten wurde die von der Regierung eingesetzte Gemeindeverwaltung praktisch außer Kraft gesetzt, und eine Struktur der Selbstverwaltung aufgebaut. Die faktische Besetzung der schwarzen Städte durch Polizei und Militär ist eine ständige Provokation, die auch die Schulkinder, die „Kids" nicht mehr bereit sind, hinzunehmen. Mit Steinen und Molotow Cocktails gehen sie gegen die gepanzerten Fahrzeuge vor, obwohl jedesmal viele bei solchen Aktionen erschossen werden. Dieser Massenaufstand enthält sehr viele Elemente, die sich weder einer einzigen Ideologie noch einer einzigen Organisation zuordnen lassen.

Aus all dem ergibt sich für uns die Notwendigkeit der Solidarisierung mit dem gesamten Befreiungsprozeß. Dieses Prinzip wurde auch schon in den BUKO-Resolutionen von 1982 festgelegt. Aus diesem Grund hat es auch der BUKO für selbstverständlich erachtet, daß dieses auch bei der zentralen Demonstration zum Ausdruck gebracht wird. Konkret: neben den Vertretern des ANC, der SWAPO, der Kirche sollte auch ein Vertreter/eine Vertreterin aus dem Umkreis von National Forum/AZAPO sprechen. Diese Forderung ließ sich bei der Organisation der Demo nicht realisieren. Der ANC bestand auf einem Alleinvertretungsanspruch, der Vertreter des ANC in der BRD negierte die Existenz aller Organisationen, die sich nicht auf die Freiheitscharta beziehen. Sollte dieser Teil der südafrikanischen Opposition an der Kundgebung beteiligt werden, so ziehe der ANC seine Teilnahme zurück und mit ihm natürlich auch Teil der bundesdeutschen Organisationen. Die gesamte Solidaritätskundgebung schien somit gefährdet. Unter diesen Umständen sahen sich viele der Trägerorganisationen wie auch der BUKO, mit den inzwischen schon berühmt-berüchtigten Bauchschmerzen gezwungen, diesem Erpressungsversuch nachzugeben. Von der AAB (Anti-Apartheid-Bewegung) und von dem DKP-nahen Spektrum wurde dieser Alleinvertretungsanspruch widerstandslos akzeptiert und als selbstverständlich erachtet. Die Vertreterin der AAB formulierte: „Wir (?!, Anm. BUKO) können

keine Redner akzeptieren, die sich nicht auf die Freiheitscharta beziehen."

Dieses Diktat kann unserer Meinung nach keine Leitlinie für die Solidaritätsarbeit sein. Wir halten es für nicht tragbar, daß bundesdeutsche Organisationen sich anmaßen, über die ideologische Ausrichtung des südafrikanischen Befreiungskampfes zu bestimmen. Von der AAB und der ihr nahestehenden Organisationen wurde eine vom BUKO und anderen Gruppen vorgeschlagene Rednerin einer schwarzen Frauenorganisation mit dem hinweis abgelehnt, daß diese Frau sich wiederholt kritisch gegenüber der Freiheitscharta ausgesprochen habe.

Diese Ausgrenzungspolitik muß auch Folgen für ein breites Solidaritätsbündnis hier in der BRD haben. Außerdem kann Solidarität unserer Meinung nach nicht die bedingungslose Unterwerfung unter die Ansprüche einer Befreiungsorganisation heißen. Solidarität muß immer die Möglichkeit auch kritischer Auseinandersetzung beinhalten. Das Vorgehen des ANC Vertreters in Bonn und der entsprechenden bundesdeutschen Organisation war für uns umso unverständlicher, als es in Südafrika dauernde Bemühungen gibt, trotz aller ideologischen Unterschiede, die Gespräche zwischen UDF und AZAPO nicht abreißen zu lassen, so hat sich Allen Boesak als Vermittler in Gesprächen zwischen UDF und AZAPO angeboten. Auch im ANC selbst scheint es noch andere Meinungen als die des Bonner ANC-Vertreters zu geben. So äußert sich Alfred Nzo, Generalsekretär der ANC, am 9.5.85 wie folgt: „Laßt uns den Feind daran hindern, die vorübergehenden Probleme zwischen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und der Azanischen Volksorganisation (AZAPO) auszunutzen. Diese Probleme müssen in der ruhigen Atmosphäre eines politischen Dialogs gelöst werden, sie sind keine antagonistischen Widersprüche."

Der BUKO ist der Ansicht, daß an diesem Konflikt einige der prinzipiellen Schwierigkeiten und Schwachstellen in der sog. Solidaritätsarbeit zum Ausdruck kommen, besonders was das Verhältnis zu den Befreiungsbewegungen betrifft. Deswegen halten wir eine weiterführende Auseinandersetzung darüber für unumgänglich. Auch auf dem 10. Bundeskongreß im nächsten Jahr soll die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Solidaritätsbewegung und Befreiungsorganisation einen Schwerpunkt bilden.

BUKO-Koordinationsausschuß

D O K U M E N T A T I O N

Offener Brief

taz MONTAG, 7.10.85

Zum Fall Sacharow wurde am Samstagabend folgendes Flugblatt auf dem Kurfürstendamm verteilt:

An den
Generalsekretär der KPdSU
Gorbatschow,
Kreml, Moskau

Betrifft: Menschenrechte
Sehr verehrter Herr Generalsekretär Gorbatschow,

mit großer Sorge verfolgen wir hier in Berlin die Verbannung, Isolierung und Zwangspsychiatrisierung von Oppositionellen in Ihrem Land. Besonders sorgen wir uns nun schon seit Jahren um das Befinden Ihres Nobelpreisträgers Sacharow.

Wir fordern Sie auf, lassen Sie Herrn Sacharow in die Freiheit ausreisen!

Wir haben bereits mit Herrn Innensenator Lummer gesprochen. Er hat uns zugesichert: Herr Sacharow wird die gleiche Behandlung erfahren wie alle anderen Flüchtlinge und Asylanten in unserem Lande auch.

Das heißt:

— Hier im freien Westen wird er sich im Sammellager Flottenstraße in den besten Händen befinden. Seine vier Quadratmeter sind ihm schon reserviert. Angesichts der vom Senat beklagten „Flüchtlingsflut" wird ihm das wohl einsichtig sein.

— Dafür wird er keine Probleme mit dem Kochen haben: Vollverpflegung übernimmt das Rote Kreuz und verzichtet auf seine sonst üblichen Profite — weil doch die im Osten unsere Brüder sind. So braucht er sich auch keine unnützen Gedanken mehr zu machen, was er essen will und hat nicht mehr die Qual der Wahl.

— Im Sammellager Flottenstraße wird er auch nicht durch ständige ärztliche Überwachung belästigt. Ärztliche Besuche beschränken sich auf fünf Minuten die Woche. So schlimm krank wird er sicherlich nicht werden.

— Berlin, die Kulturmetropole, bietet ihm vielseitige wissenschaftliche Möglichkeiten. Wie jeder Flüchtling erhält er 55,— DM Taschengeld im Monat — bar auf die Hand! Das müßte ja wohl reichen. Oder? Gerade Herr Sacharow, als Physiker, dürfte gelernt haben zu rechnen.

— Auch im Hinblick auf die Freizügigkeit wird sich Herr Sacharow verbessern: Er darf zwar Berlin nicht verlassen, aber vergleichen Sie mal die Größe Gorkis und Westberlins!

In einem sind wir mit Ihnen einer Meinung, Herr Generalsekrtär! Herr Sacharow soll seine Finger von der Politik lassen und sich voll der Wissenschaft widmen. Auch bei uns ist politische Betätigung jedem Flüchtling verboten. Arbeiten zunächst auch. Dann wird er vielleicht Gefallen finden an der Schönheit unserer vielen Parks und Anlagen.

In Jordanien tragen fünf Einwohner einen Flüchtling, in Djibuti zehn einen, in Burundi sind es 19. In der BRD kommt auf 617 Deutsche ein Flüchtling. Die Aufnahme von Herrn Sacharow wird uns schon nicht in die Nähe dieser unterentwickelten Länder bringen.

Wir brauchen nämlich unser Geld selbst und Platz, denn es fehlt sehr schnell der Lebensraum. Und außerdem tragen wir für unsere ostdeutschen Nachbarn und Gefährten eine besondere Verantwortung, wie die 'FAZ' vom 5.9.1985 schon schreibt, „wie wäre es erst, wenn eines Tages hunderttausende Deutsche aus der DDR an unsere Tür klopfen? Auch hierfür, so unwahrscheinlich es im Augenblick ist, müssen wir uns bereithalten."

Wir hoffen auf baldigen positiven Bescheid und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

„Freundeskreis Sacharow"
c/o Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V.
Wilhelmshafener Straße 44
1000 Berlin 21

Viktor Lüpertz

Bergstr 6

7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz 3w
Postfach 5328
7800 Freiburg



Nun ist er wieder fertig, druckfrisch auf dem Tisch, der

grüne und alternative kalender '86

320 Seiten + Telefonverzeichnis, DM 10,- ISBN 3-88506-138-4

Bewährtes haben wir beibehalten:
- das handliche Taschenformat
- den abwaschbaren Umschlag
- die flexible Bindung
- das herausnehmbare Telefonverzeichnis
- den thematischen Schwerpunkt, diesmal **Gesundheit**
- die aktuellen Stichwörter
- und — wichtig — den Preis: **DM 10,-**

Eure vielen Anregungen haben wir dankbar aufgenommen, und deswegen sind **NEU** hinzugekommen:
- das Lesebändchen
- am jeweiligen Monatsanfang eine Monatsübersicht
- die Jahresübersicht

Doch ganz wichtiger Bestandteil für Benutzer des Kalenders sind die **ADRESSEN** (Über 2500 Adressen aus dem grün-alternativen Bereich.

Es grüßt die Kalenderredaktion, c/o BücherPresse

Bestellungen an: *BücherPresse* Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1